

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 22. September 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Hungersnot und Regierung.

Die preussisch-deutsche Regierung denkt nicht daran, ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen, um der in Deutschland drohenden Hungersnot abzuhelfen. Seit zwei Monaten steht es für jedermann fest, daß ein Mangel an Futterstoffen in bisher nicht dagewesenem Umfange eintreten muß. Dieser Mangel führt dazu, daß eine für die gesamte Volkswirtschaft gefährliche Reduktion der Viehbestände eintreten muß — und damit zugleich eine weitere Preissteigerung. Denn auf der einen Seite werden alle jene Landwirte, die Futterstoffe zukaufen müssen, die Kaufkraft junger Tiere, der Küber und Schweine, auf ein Minimum einschränken und ebenso die Mast; auf der anderen Seite werden, wenn auf solche Weise das Angebot an Schlachtvieh zurückgeht, die Preise rasch steigen — was wiederum zahlreiche Landwirte bewegen wird, auch den noch übrigen Bestand an Vieh zu reduzieren.

Um die Ernährung der Bevölkerung in den nächsten Monaten sicher zu stellen und gleichzeitig einer derartigen Reduktion der Viehbestände vorzubeugen, gibt es ein einfaches Mittel: es muß sowohl Fleisch als Futterstoff nach Deutschland geschafft werden zu möglichst niedrigen Preisen. Das ist möglich, wenn die Grenze für die Zufuhr von gekühltem und gestorenem Fleisch sowie von Schlachtvieh freigegeben wird unter Aufhebung des Zolles, und wenn ferner alles geschieht, um die Preise der Futterstoffe aller Art herabzudrücken.

Die Regierung denkt indessen nicht daran, ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen. Alles was bisher geschehen ist, besteht in der Herabsetzung der Eisenbahntarife für eine Anzahl Futterstoffe — Hackfrüchte, Dorsch, Heu und Rohfutter aller Art. Diese Ermäßigung erstreckt sich indessen zunächst nicht auf Getreide, das zu Futterzwecken Verwendung finden kann und hat somit nur eine ganz minimale Bedeutung. Denn es ist eine Tatsache, daß Heu und Rohfutter kaum aufzutreiben ist, daß ferner sowohl dieses Rohfutter als auch Kartoffeln und Futterrüben selbst dann, wenn der Frachttarif auf die Hälfte reduziert wird, durch den Eisenbahntransport auf größere Entfernungen derart verteuert werden, daß die Landwirte ganz außer Stande sind, diese Futtermittel zu beziehen. Wenn, wie immer noch zu hoffen, die östlichen Provinzen infolge der Regenfälle der letzten Wochen einigen Ueberschuß an Kartoffeln haben werden, so ist doch gar nicht daran zu denken, daß die Landwirte im Westen und Süden diese Kartoffeln als Viehfutter beziehen können, da der Preis unerschwinglich hoch bleiben muß.

Erst in den letzten Tagen hat sich weiter die Regierung entschlossen, auch den Tarif für Mais und Futtergerste um die Hälfte zu ermäßigen. Indessen auch dieser Maßnahme kann keine große Bedeutung beigemessen werden, denn auch bei Mais und Futtergerste ist der Bezug per Bahn nur auf geringe Entfernungen möglich. Die Regel ist, daß diese Getreidearten, die in großen Mengen aus dem Auslande eingeführt werden, von den Häfen auf dem Wasserwege transportiert werden, und dieser Transport stellt sich immerhin noch billiger als der Transport per Bahn zu den reduzierten Tariffüssen. Nur jene wenigen Landwirte, die darauf angewiesen sind, Mais und Futtergerste von den Städten an den schiffbaren Flüssen per Eisenbahn zu beziehen, erfahren also eine kleine Erleichterung. Da es sich dabei um den Transport auf geringe Entfernung handelt, wird es sich um Ersparnisse von ein paar Pennigen pro Doppelzentner handeln. Bestehen aber bleibt der Zoll, der pro Doppelzentner Gerste 1,30 M. beträgt, pro Doppelzentner Mais 8 M. Daß bei der gegenwärtigen Marktlage dieser Zoll vollständig von den inländischen Verbrauchern gezahlt werden muß, daran zweifelt wohl kein Mensch. Dabei beträgt er bei Mais ein Fünftel des Preises der unverzollten Ware, bei Gerste ein Sechstel. Es ergibt sich also folgendes: der deutsche Landwirt bedarf dringend der ausländischen Futterstoffe. Sie werden durch den Einfuhrzoll horrend verteuert, aber die Regierung hebt den Zoll nicht auf; dafür aber setzt sie den Eisenbahntarif herab, was eine Verminderung der Transportkosten um eine Lappalie bedeutet. Welche Fürsorge, welche Weisheit!

Aber die Regierung tut noch etwas: sie will eine Forderung des Branntweinsteuergesetzes bewilligen. Es handelt sich da um folgendes: es sind bekanntlich die jüngerlichen Schnapsbrenner privilegiert, sie zahlen von dem in landwirtschaftlichen Brennereien hergestellten Fusel eine geringere Steuer, als andere Brenner. Als landwirtschaftliche Brennereien gelten solche, die Rohstoffe aus dem eigenen landwirtschaftlichen Betriebe der Besitzer verarbeiten und die Nebenprodukte, die Schlempe, in dem eigenen Betriebe an das Vieh verfüttern. Aus den Andeutungen der offiziellen Presse geht hervor, daß diese einschränkenden Bestimmungen durch eine Verordnung des Bundesrats aufgehoben werden sollen. Die Folge würde sein, daß diese landwirtschaftlichen Brennereien nunmehr auch gekaufte Produkte verwenden würden. Das, so folgern die Offiziösen, würde bewirken, daß nicht Schlempe zum Viehfutter zur Verfügung stehen würde. Die Logik dieser Ausführungen ist schier ungläublich. In normalen Zeiten wird ein Teil der in Deutschland geernteten Kartoffeln sowohl als des Getreides zur Produktion

von Fuselgast verwendet, wobei allerdings ein Teil der in diesen Futterstoffen enthaltenen Nährwerte erhalten bleibt als Schlempe. Aber eben nur ein Teil! Die Schlempe, die bei der Verarbeitung von einem Zentner Kartoffeln oder Roggen zu Fusel gewonnen wird, enthält natürlich nur einen Bruchteil an Nährstoff der Kartoffeln und des Getreides. Jetzt fehlt es an Kartoffeln und Getreide. Folglich sollte man annehmen, daß die Vernunft gebietet, die Produktion des Fuselgastes, wenn nicht gänzlich einzustellen, so doch auf ein Minimum zu beschränken. Es würden dann 2,5 Millionen Tonnen Kartoffeln und 340 000 Tonnen Getreide (so viel verarbeitet im letzten Jahre die Brennereien) als Viehfutter verwendet werden. Freilich gebe es dann keine Schlempe, aber mit diesen Kartoffeln und dem Getreide kann diermal so viel Vieh ernährt werden, als mit der Schlempe. Die Regierung in ihrer Weisheit will aber das Gegenteil: sie will den Junkern die Möglichkeit geben, das einträgliche Geschäft der Fuselfabrikation nicht einzuschränken, sondern auszudehnen. Allerdings würden dann diese Junker so schlau sein, die auf ihren Gütern gewaschenen Kartoffeln nicht in den Brennereien zu verwenden, sondern sie zu verkaufen und würden den Fusel aus Mais brennen, den sie vom Auslande beziehen. Aber das würde zur Folge haben, daß der Mais sofort stark im Preise steigen würde zum Schaden der Kleinbauern, die diesen Futterstoff notwendig brauchen, um ihr Vieh durchzuhalten. Somit ist diese Maßnahme geeignet, die Futternot nicht zu mildern, sondern eher noch für die Kleinbauern zu verschärfen. Wie ein so törichter Plan entstehen kann, ist allerdings begreiflich: er würde den Junkern Millionen einbringen. Sie würden ihre für die Brennereien bestimmten Kartoffeln teuer verkaufen und trotzdem die profitable Fuselfabrikation, die so fette Liebesgaben bringt, nicht einzuschränken brauchen.

Aber allem steht die Tatsache die Krone auf, daß nach wie vor deutsches Getreide nach dem Auslande geht und die Regierung für jeden ausgeführten Zentner Weizen, Roggen und Hafer eine Ausfuhrprämie zahlt. Zur Bewichtigung weist man darauf hin, daß die Getreideernte Deutschlands reichlich sei. Indessen darf nicht vergessen werden, daß auch in den letzten beiden Jahren, in denen Deutschland Rekordmengen in Getreide hatte, die Zufuhr an Getreide enorm war. So betrug 1910 die Mehreinfuhr an Weizen über 2 Millionen Tonnen, während die einheimische Ernte, von der noch die zur Aussaat notwendigen Mengen abgezogen sind, nicht ganz 3,9 Millionen ergab, die Mehreinfuhr an Gerste rund 3 Millionen Tonnen, bei einer Eigenproduktion von 2,9 Millionen. Bei Roggen ergibt sich dagegen eine Mehreinfuhr von rund 430 000 Tonnen und bei Hafer halten sich Einfuhr und Ausfuhr die Waage. In diesem Jahre ist die Getreideernte erheblich geringer als im Vorjahre, und es kommt hinzu, daß unter allen Umständen die Landwirte erhebliche Mengen Roggen an das Vieh verfüttern werden, weil sie keine anderen Futterstoffe haben. Somit kann von einem Ueberschuß an Getreide offenbar keine Rede sein. Trotzdem wurde noch im August der deutsche Roggen als Viehfutter nach Dänemark, Finnland und Polen verkauft, weil die Exporteure ihn dank der Ausfuhrprämie dort billiger abgeben konnten, als einheimischer Hafer kostet. Jetzt allerdings ist der Preis in die Höhe geschneit, die Ausfuhr lohnt nicht mehr, weil der Preis in Deutschland um den vollen Zoll höher ist, als im Auslande. So hat man künstlich den Getreidepreis in die Höhe geschraubt, trotz der günstigen Ernte. Es ist erreicht! In den hohen Fleischpreisen, zu den unerschwinglichen Preisen des Gemüses kommen hohe Brotpreise. Aber eine weise Regierung denkt weder an die Befreiung des Getreidezolles, noch an die Aufhebung der Einfuhrschmelze, d. h. der Ausfuhrprämie. Auch das hat seinen Grund: die Agrarier erzielen bei einer reichlichen Getreideernte Preise, wie sie noch nie in Deutschland erzielt wurden.

So arbeitet die Regierung darauf hin, die Not des Volkes nicht zu lindern, sondern zu steigern. Die blutigen Ereignisse in Wien, die Hungerrevolten in Frankreich und Belgien, lassen die jüngerliche Regierung kalt. Sie baut auf die Hinten und Säbel. Wohin sie damit kommt, wird sich zeigen.

Die Marokkoaffäre.

Man darf nun endlich ziemlich sicher sein, daß die Verhandlungen kurz vor ihrem Abschluß stehen. Eine halbamtliche Note der französischen Regierung besagt: Nachdem die gestrige Unterredung zwischen dem Vorkonfer Cambo und dem Staatssekretär v. Riederlen, Wächter die Neigung Deutschlands bestätigt hat, den Boden einer endgültigen Verständigung mit Frankreich über Marokko zu suchen, kann man der Ansicht sein, daß nach der Prüfung des deutschen Standpunktes, dem sich die französische Regierung in diesen Tagen widmen wird und nach einer endgültigen Ausarbeitung der vorliegenden Formeln ein Einverständnis erzielt werden können.

Fehlt auch auf deutscher Seite eine offizielle Bestätigung, so läßt die offiziöse Presse doch deutlich erkennen, daß die deutsche Regierung die optimistische Auffassung der französischen teilt.

Ueber die noch vorhandenen Differenzen macht der „Matin“ folgende Angaben:

„Deutschland sagt uns: Wir geben Euch Marokko. Gut. Man soll uns Marokko frei von jeder Hypothek geben, die eine Einmischung in Zukunft möglich oder wahrscheinlich macht. Deutschland gibt uns Marokko nicht, wenn es koste des Madrider Vertrages im ganzen Lande die Eingeborenen in deutsche Untertanen verwandeln kann; es gibt uns Marokko nicht, wenn seine Konsuln in Marokko von den Eingeborenen Schutzherrn werden und über sie die bürgerliche und Strafgerichtsbarkeit ausüben. Deutschland sagt uns ferner: Wir begreifen, daß all das für Euch in Zukunft eine Belastigung darstellt. Wir unsererseits sind bereit, darauf zu verzichten, aber natürlich nur unter der Bedingung, daß auch die anderen Mächte ihren Rechten entsagen. Darauf antwortet Frankreich: Es ist klar, daß Ihr nicht verzichten könnt, wenn die anderen Mächte ihre Rechte behalten. Wir werden denn auch unser Möglichstes tun und sind ungefähr sicher, bei allen Mächten Erfolg zu haben, um die Unterdrückung der Konsulargerichte und die Abschaffung des Madrider Vertrages zu erlangen. Wir verlangen von Euch nur, daß Ihr erklärt, diese Bedingung grundsätzlich anzunehmen und uns bei der Erlangung der Einahme durch die übrigen Mächte behilflich zu sein. Das ist die Befehlserte, die vorgestern und gestern zwischen Paris und Berlin stattgefunden hat. Die Formel, die den Riederlag dieser Unterredung jetzt bietet, wird also erklären, daß die grundsätzlich beschlossene Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit in Marokko zur Tatsache wird sowie die französischen Gerichte im Lande vollkommen eingerichtet sind, und daß während der Uebergangszeit das gegenwärtige Rechtssystem in Kraft bleibt.“

Es handelt sich also in der Tat um so untergeordnete Differenzen, daß die Einigung nicht lange mehr auf sich warten lassen kann, umso mehr da die Börsen unter der Verunsicherung des Publikums und unter der Geldklemme leiden und die hohe Finanz mit der weiteren Hinauszögerung unzufrieden ist. Nun sind ja noch über die Längerkompensationen zu verhandeln, doch wird allgemein angenommen, daß diese Verhandlungen glatt von statten gehen werden.

Die gestrige Erklärung des Unterstaatssekretärs Zimmermann an die Bankwelt wird heute offiziös abgemildert versucht. Herr Zimmermann habe nur mit Herrn Fürstenberg, dem Direktor der Berliner Handelsgesellschaft gesprochen, mit den anderen Herren nur telephoniert; er hätte auch nicht von zwei oder drei Tagen, sondern von „einigen Tagen“ gesprochen. Geändert wird mit diesem Abmilderversuch natürlich nicht das geringste an der Tatsache, daß das Auswärtige Amt den großen Finanziers Auskünfte erteilt hat, um die Börsenstimmung zu verbessern. Entweder war das „diplomatische Geheimnis“ nötig, dann durfte es nicht preisgegeben werden, oder es war nicht nötig und dann war es eine Fribolität, erst das Drängen der Finanz abzuwarten und nicht sofort, dem deutschen Volke zu sagen, daß jede Gefahr beseitigt ist.

Sehr hübsch ist übrigens, wie der Wert der halbamtlichen Verlautbarungen, die die französische und deutsche Regierung kürzlich veröffentlichten liegen und die die Ursache der Verunsicherung der Börse waren, jetzt in der offiziellen Presse beurteilt wird. Der Offiziös der „Ndn. Jtg.“ meint, die Noten wären besser ganz unterblieben, der der „Frankf. Jtg.“ versichert gar, sie wären ja gar nicht ernst gemeint gewesen, da zur Zeit, als sie veröffentlicht wurden, bereits zwischen beiden Unterhändlern ein Ausgleiche formuliert worden war. „Nicht ernst gemeint“, ja wenn also die Offiziösen der Offiziösen solche Kritik an der Diplomatie üben, was sollen dann erst unabhängige Kritiker sagen?

Die Auffassung in Paris.

Paris, 21. September. Die optimistische Stimmung der Blätter läßt sich heute an. Man ist beunruhigt über die Verschiebungen, die der Unterstaatssekretär Zimmermann den Vertretern der Berliner Großbanken über den bald bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen gegeben hat. Der Berliner Korrespondent des „Figaro“ erzählt, ein Diplomat, hinter dem man nach gewissen Andeutungen einen französischen vermutet, habe ihm am Sonnabend erklärt: Ich hoffe, das Abkommen wird nächster Tage in einer für Deutschland und Frankreich vorteilhaften Weise perfekt werden. Ich glaube, Deutschlands Antwort wird um zwei Tage verschoben werden. Man darf nicht übertrieben optimistisch sein, weil der endgültige Abschluß, so wünschenswert er ist, nicht nur von der Antwort aus Berlin, sondern auch von der Aufnahme in Paris abhängt. Es scheint nun nach alledem, daß die Antwort, die von Paris zu erwarten ist, durchaus günstig sein wird. „Matin“ schreibt: Informationen aus Berlin und Paris gestatten es, einen baldigen Abschluß mit Optimismus vorauszusetzen.

Entlassung der französischen Reservisten.

Paris, 21. September. Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Die Entlassung der Reservisten muß am 24. und 26. September für das 6. und 20. Korps stattfinden, vom 24. September ab für das 7. und 2. Korps, vom 26. September ab für das 1., 9. und 14. Korps, für alle anderen Korps am 24. September.

Die Interflons-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Wg. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Verordnungs-Anzeigen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das istgedruckte Wort 20 Wg. (zuzüglich 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Eine Reichsverbandswaffe.

Vom Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 147) forderte gestern der Hauptgeschäftsführer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Dr. Franz Ludwig, die Verurteilung des „Vorwärts“-Redakteurs Richard Barth. Gegen Genossen Barth hatte Dr. Ludwig Beleidigungserkl. erhoben, weil er erwähnt worden war in einem „Vorwärts“-Artikel über eine sehr böse Affäre des Vorsitzenden der demokratischen Partei in Mülhausen (Elsass), eines Rechtsanwalts Dieb, der bei einem Hausverkauf die Interessen des Verkäufers zu vertreten hatte und nach Herabdrückung des Kaufpreises sich vom Käufer eine Provision zahlen ließ. In jenem Artikel (Nr. 25 vom 25. September 1910) wurde gesagt, der „so schwer kompromittierte Ehrenmann Dieb“ habe in Mülhausen im Jahre 1908 „die Abschweifung seiner Partei mit den Liberalen an die Seite des Zentrums und den Lügenfeldzug gegen die Sozialdemokratie mitgemacht“, aus dem „ein gewisser Dr. Franz Ludwig das „Material“ zu den in dem reichsverbandlichen Schwindelwerk „Kommunalpolitik und Sozialdemokratie“ niedergelegten Verleumdungen geschöpft“ habe. Das Buch des Dr. Franz Ludwig, das er im Vorwort den bürgerlichen Parteien als eine „solide Waffe“ in ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie empfiehlt, greift unter anderem auch unsere Mülhauser Genossen wegen ihrer Tätigkeit im Gemeinderat an.

Ein früherer Termin war vertagt worden, weil Barths Verteidiger, Rechtsanwalt Hugo Steinmann, den Wahrheitsbeweis dafür anbot, daß in Ludwigs Buch gerade über die Mülhauser Verhältnisse wider besseres Wissen Unwahres behauptet werde. Als gestern der Verteidiger noch einen ähnlichen Beweisanspruch auf bezüglich der Ludwigschen Schilderung der Offenbacher Verhältnisse stellte, wehrte sich dagegen der Rechtsbeistand des Klägers, Justizrat Stolte. In dem gegen Ludwig erhobenen Vorwurf des Artikels, wider besseres Wissen gehandelt zu haben, werde nichts geändert, auch wenn bewiesen werde, daß seine Darstellung unrichtig sei. Es bliebe beleidigend, daß der Artikel ihn zusammen mit jenem Dieb genannt und von „Lügenfeldzug“ und „Schwindelwerk“ gesprochen habe. Der Verteidiger entgegnete, daß sei das Wertvolle an diesem ganzen Prozeß, daß man sich hier so sehr dagegen wehre, den wirklichen Sachverhalt festzustellen zu sehen. Das Gericht kam zu dem Beschluß, der neue Beweisanspruch sei schon deshalb abzulehnen, weil der Artikel nur formale Beleidigungen enthalte. Gelagt hat auch Ludwig nur wegen formaler Beleidigung.

Es wurde dann in die Beweisaufnahme eingetreten, die in der Verlesung der Aussagen einer Reihe kommissarisch vernommener Zeugen bestand. Die Vernehmung hatte sich hauptsächlich darauf erstreckt, ob es wahr sei, daß in Mülhausen, wie Ludwigs Buch behauptet, unter der Herrschaft der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit die Schuldenlast der Stadt sich von 5 1/2 Millionen Mark auf 28 Millionen Mark gesteigert habe und diese Mehrheit aus parteipolitischen Erwägungen durch Errichtung des einen Arbeiter darstellenden Monumentalbrunnens die Herrschaft des Mannes mit der schwierigen Faust habe dokumentieren wollen. In den Aussagen der vom Kläger benannten Zeugen kamen allerlei Meinungen und Ueberzeugungen zum Ausdruck, die sich in derselben Gedankenrichtung wie das Ludwigsche Buch bewegten. Ludwigs Behauptung über die Schuldenlast stütze sich auf ein Flugblatt, das im Jahre 1908 während des Wahlkampfes dem „Mülhauser Tageblatt“ beigelegt worden war. Greifbareres ergab sich aus den Aussagen der von der Verteidigung benannten Zeugen. Oberregierungsrat Kasper-Reh, der 1902—1908 in Mülhausen Bürgermeister war, hat bekundet, die Aufstellung des Brunnens sei keineswegs nur auf die Sozialdemokraten zurückzuführen. Der Vorschlag sei von ganz anderer Seite ausgegangen, und unterstützt habe ihn dann er selber. Auch für die Anleihe seien nicht nur die Sozialdemokraten, sondern ebenso auch andere Mitglieder des Gemeinderats eingetreten und mit ihnen wieder er selber. In der Aussage des Reichstagsabgeordneten Emmel-Mülhausen wurde betont, daß der Sozialdemokratie in dem Gemeinderat Mülhausens schon 1906 die Mehrheit wieder verloren gegangen war. 1907 habe dann die Schuldenlast der Stadt sich auf 22 Millionen belaufen, wenn man das Elektrizitätswerk einrechne, das inzwischen von der Stadt mit Ruhen, wie der Käufer meine, verkauft worden sei. Für die Errichtung des Brunnens ist Zeuge nicht mit eingetreten.

Aus dieser Beweisaufnahme wurde von dem Rechtsbeistand des Klägers, dem Justizrat Stolte, der Schluß gezogen, es sei nicht zu bezweifeln, daß Ludwig im besten Glauben gehandelt habe. Selbst wenn er etwas gesagt habe, was nicht zutrefte, so dürfe man nicht gleich von Lüge und Schwindel reden. „Gerade in der sozialdemokratischen Presse findet man“, fügte er hinzu, „täglich Aufreizungen und Aufhebungen, und ohne Lüge und Schwindel geht nun einmal eine solche Sache nicht ab.“ Als hier der Verteidiger protestierend ihn unterbrach, wiederholte der Vertreter des Klägers: „Ohne Lüge und ohne Schwindel geht es in den Angriffen auf andere nicht ab.“ Der Antrag des Verteidigers, diese Keuherung zu rügen, veranlaßte den Vertreter des Klägers zu der Korrektur: „Ich meine, ohne die Worte Lüge und Schwindel geht es nun einmal nicht ab.“ Das Gericht lehnte durch Beschluß ab, eine Klage zu erteilen. Der Vorsitzende sagte zur Begründung: „Die Keuherung ist lediglich tatsächlicher Art und steht immerhin zu dem vorliegenden Prozeß in einer sehr nahen Beziehung.“ Der Vertreter des Klägers fuhr dann fort: „Bezüglich des Strafmaßes bitte ich, die Vorstrafen des Angeklagten zu berücksichtigen und stelle anheim, ob nicht gegen ihn auch in diesem Fall, wie schon in früheren, auf Freiheitsstrafe zu erkennen ist. Es scheint doch so, wie wenn dem Angeklagten durch diese Vorstrafen das Beleidigen nicht abgewöhnt worden ist.“

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Steinmann, nagelte es als charakteristisch fest, daß der Kläger, der selber Schriftsteller sei, einem Redakteur seine im Beruf erlittenen Vorstrafen vorwerfen und Freiheitsstrafe beantragen lasse. Das Gericht werde zu einer Freisprechung schon deshalb kommen müssen, weil die Ausdrücke „Lügenfeldzug“ und „Schwindelwerk“ nicht, wie die Klage behauptet, formale Beleidigungen enthalten, sondern bestimmte Tatsachen behaupten. Auch das Gericht schiene ja auf diesem Standpunkt zu stehen, da es soeben selber die Ausdrücke „Lüge“ und „Schwindel“ als Angaben tatsächlicher Art bezeichnet habe. Dem Angeklagten siehe der Schutz des § 193 zur Seite, weil er gegenüber dem Kläger, der die Sozialdemokratie angegriffen habe, in seiner Eigenschaft als Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes mit der Abwehr durch jenen Artikel berechnete Interessen gewahrt habe. Der angebotene Wahrheitsbeweis dafür, daß Ludwig wider besseres Wissen Unwahres gesagt habe, sei zwar beschränkt worden, habe aber doch noch genug erbracht. Jetzt sehe man, daß der auf „amtliches Material“ sich berufende Verfasser der „soliden Waffe“ sich u. a. auf ein Flugblatt gestützt habe, das von Gegnern der Sozialdemokratie zusammengeschrieben worden sei. Widerlegt sei die Behauptung, daß die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit die Schuldenlast der Stadt auf 28 Millionen Mark gesteigert habe, widerlegt auch die Behauptung über die Motive der Errichtung des Brunnens. Der Angeklagte sei freizusprechen.

In einer Erwiderung bestritt Justizrat Stolte, Freiheitsstrafe gefordert zu haben; aber der Vorwurf der Lüge verdiene harte Bestrafung. Rechtsanwalt Steinmann insistierte, daß der Kläger

sich über den Vorwurf der Lüge enkräftete, nachdem er selber Unwahrheiten über die Sozialdemokratie behauptet habe.

Das Urteil wurde gestern noch nicht gesprochen. Es soll in 8 Tagen verkündet werden, weil dann — wie der Vorsitzende sagte — die Gründe bestimmter, klarer und schärfer zum Ausdruck kommen können.“ Uns dünkt, die Gründe zur Freisprechung und Zurückweisung der Klage sind schon jetzt leicht zu finden, nachdem dem Kläger die Verbreitung von Unwahrheiten nachgewiesen und von dem Vertreter des ohne Gewerbsmäßigen Angreifers der Sozialdemokratie erklärt ist: „ohne Lüge und ohne Schwindel geht es in den Angriffen auf andere nicht ab.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. September 1911.

Herbsttagung des Reichstages.

Nach einer Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus beabsichtigt der Präsident des Reichstags die nächste Plenarsitzung des Reichstags auf Dienstag, den 17. Oktober einzu-berufen. Da der Reichstag vom 31. Mai bis zum 10. Oktober vertagt worden ist, sieht es in dieser politisch bewegten Zeit wie ein Kompliment an den Absolutismus aus, wenn der selbstverständlich im Einberufenen mit der Regierung handelnde konservative Reichstagspräsident die dem Parlament zur Verfügung stehende Zeit noch um eine volle Woche verkürzt. Die Reichsregierung wird trotzdem sowohl über die Marokkofrage Auskunft geben, wie ihre Stellung zu der immer steigenden Lebensmittelerhöhung verantworten müssen.

Der Arbeitsplan für die Herbstsession des Reichstages.

Wie eine hiesige halbhoftige Korrespondenz mitteilt, wird der Reichszentralrat beim Zusammentritt des Reichstags mit den Führern der Reichstagsfraktionen Besprechungen abgehalten, in denen er die Richtlinien für die Gestaltung der Arbeiten der Herbstsession im Sinne der Regierung darlegen wird. Der Seniorensenator soll daraufhin einen Arbeitsplan festsetzen. In erster Linie soll die Privatbeamtenpensionsvorlage der Kommission überwiesen werden und die zweite Lesung des Schiffsahrtsgesetzes im Plenum vorgenommen werden. Alsdann soll die dritte Lesung der kleinen Strafgesetznovelle verabschiedet werden und die Beratung des Hausarbeitsgesetzes und der Gewerbeordnungsnovelle aufgenommen werden. Bei diesen beiden Vorlagen will die Regierung den im Reichstage geäußerten Wünschen entgegenkommen, um die Erledigung zu beschleunigen. Auf die Verabschiedung der Arbeitskommissionvorlage wird von der Regierung endgültig verzichtet, doch wird die Erledigung der Strafprozessordnung und der Fernsprechgebührenordnung regierungsseitig für notwendig erachtet.

Der Wahlfonds

des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Der Zentralverband deutscher Industrieller macht mobil für den Wahlkampf. Er hat, wie die „Post“ mitteilt, an seine sämtlichen Mitglieder ein Rundschreiben erlassen, in dem auf die kommenden Reichstagswahlen hingewiesen wird, welche eine Scheidung nach links und nach rechts mit sich bringen werden. Der Zusammenhang des nächsten Reichstages komme für die „Fortentwicklung unseres nationalen Wirtschaftslebens eine besondere Bedeutung zu. Deshalb, so heißt es weiter, sei es nationale Pflicht der großen wirtschaftlichen Verbände, daran zu erinnern, daß unser blühendes Erwerbsleben durch schwere Erschütterungen bedroht wird, deren Folgen sich überall — von den größten Unternehmungen über den gewerblichen Mittelstand bis zum Kleingewerbetreibenden keinen ausgenommen — bemerkbar machen werden, wenn die wechselseitige Erbitterung und Verbitterung in den bürgerlichen Erwerbskreisen, die doch aufeinander angewiesen sind, noch weiter um sich greift und die Kluft zwischen den bürgerlichen Parteien immer mehr vertieft wird.“ Vornehmlich aber sollte sich die Industrie mit Rücksicht auf ihre schwierige Lage gegenüber dem Weltmarkt und gegenüber dem überstarken sozialpolitischen Druck unseres Wahlrechts auf die Fraktionen des Reichstages dabei hüten, ihr Wohl und Wehe der mehr oder weniger großen Geschicklichkeit der Führer einer einseitigen Parteirichtung anzuvertrauen.

Es muß angenommen werden, daß die Vertreter des deutschen Volkes in allen bürgerlichen Parteien des Reichstages gewillt sind, das Wohl der Gesamtheit zu fördern; weil dem so ist, kommt es vor allem darauf an, dafür Sorge zu tragen, daß sie über die vielfach überaus komplizierten Zusammenhänge der Dinge gründlich und von ihnen vertrauenswürdig erscheinender Seite unterrichtet werden. Gerade hieran fehlt es und hat es viel zu lange gefehlt. Denn viel zu wenig in der Industrie tätige oder der Industrie nahe stehende und mit ihren verschiedenartigen Bedürfnissen vertraute Männer sind im Reichstage und somit in der Lage, an dem wichtigsten Rechte der Reichsbürger, an der Rittwirkung bei der Gesetzgebung, teilzunehmen.

Getragen von dieser Ueberzeugung und in der Hoffnung, daß diesem Uebelstande nach und nach abgeholfen werden könne, hat der Ausschuss des Zentralverbandes deutscher Industrieller durch die Begründung des industriellen Wahlfonds den Willen bekundet, auf die Wahl von industriellen und industriekundlichen Männern möglichst in allen bürgerlichen Parteien hinzuwirken.

Nichts kann der gesamten deutschen Industrie nützlicher sein, als wenn in allen bedeutenderen bürgerlichen Fraktionen des Reichstages demnächst mehr Männer aus der Industrie selbst und aus der Industrie nahe stehenden Kreisen mitarbeiten, welche durch ihre persönlichen Eigenschaften und Erfahrungen Gewähr dafür bieten, daß die Fraktionen über ihre Darlegungen nicht achtlos hinweggehen werden.

Nicht also eine einseitige Parteirichtung einseitig zu unterstützen, sondern die Entsendung möglichst zahlreicher Vertreter oder doch zuverlässiger Freunde der Industrie in möglichst viele bürgerliche Fraktionen anzustreben, das ist heute angesichts der Entwicklung, welche die Dinge genommen haben, mehr denn je die wirtschafts- und sozialpolitische Pflicht der industriellen Verbände.

Da seit der letzten Reichstagswahl im Jahre 1907 der Zentralverband eifrig für seinen „industriellen Wahlfonds“ gesammelt hat, dürfte eine recht ansehnliche Summe zusammengebracht worden sein.

Zur Stichwahl in Düsseldorf.

Die Nationalliberalen scheinen einstweilen noch wenig geneigt, dem Zentrum bei der Stichwahl in Düsseldorf, die am 29. d. M. stattfinden wird, die vom Zentrum so heftig erflachte Wahlhilfe zu leisten. Die Nationalliberalen wollen dem Zentrum nur dann Helfersdienste leisten, wenn es für Rheinland-Westfalen zu dem von den Nationalliberalen angestrebten Gegenseitigkeitsvertrag kommt. Zeigt hier das Zentrum kein Entgegenkommen, so wollen die Nationalliberalen auch bei der Stichwahl Stimmenthaltung üben. Die „Kölnische Ztg.“ setzt den Beschwörungen der „Kölnischen Volksztg.“, die wir gestern erwähnten, kalblütig den Standpunkt entgegen:

„Für uns bleibt zur Beurteilung der Düsseldorfer Wahl bestehen, was wir in Nr. 41 geschrieben haben: Die liberale

Wahlerschaft soll es bei einer Stichwahl mit Stichwahl vermeiden, der Stellungnahme und der Taktik der Liberalen bei den Hauptwahlen in Rheinland und Westfalen vorzugreifen. Die liberale Wahlerschaft sollte sich für eine bevorstehende Stichwahl zurzeit weder nach rechts noch nach links drängen lassen, um keinen Präzedenzfall für eine Stichwahltaktik bei den Hauptwahlen im kommenden Januar zu schaffen.“

Das Vaterland gerate nicht in Gefahr, wenn für die paar Wochen, die der jetzige Reichstag noch sein Leben fristet, der eine oder andere der beiden Gegner als Vertreter für Düsseldorf gewählt werde.

Wenn also das Zentrum nicht noch rechtzeitig den verlangten Pakt mit den Nationalliberalen abschließt, dürften bei der Stichwahl in Düsseldorf die Nationalliberalen das Zentrum seinem Schicksal überlassen. Natürlich werden trotzdem unsere Genossen mit äußerster Kraft agitieren, zumal ja die Wahltagung für die Sozialdemokratie keineswegs nur dem Zwecke der Mandatgewinnung, sondern in erster Linie der Aufklärung der Massen dient.

Eine Meldung in der bürgerlichen Presse besagt, daß die Sozialdemokraten die Gültigkeit der Preussischen Stimmzettel anfechten wollen, weil darauf der Wohnort des Kandidaten freigegeben ist. Die Meldung ist unzutreffend. Richtig ist, daß die Preussischen Stimmzettel diesen Mangel haben, und daß in früherer Zeit auch wiederholt sozialdemokratische Stimmzettel deshalb kassiert wurden. Die Sozialdemokraten werden aber selbstverständlich keinen Augenblick aus diesem Versehen zu ziehen suchen.

Wachsende Ansprüche des Luftmilitarismus.

Während der Militarismus zu Lande und zu Wasser immer abenteuerlichere Ansprüche an die Steuerkraft des Volkes stellt, beginnen jetzt auch noch obendrein die Anforderungen des Luftmilitarismus immer beträchtlicher zu werden. Zu den Millionen, die schon jetzt für lenkbare Luftschiffe, die sogenannten „Luftkreuzer“ der verschiedenen Systeme, ausgegeben worden sind, kommen auch jetzt die Millionen für die Flugapparate. Wie die „Neue Preussische Korrespondenz“ von „zuständiger Seite“ erfahren haben will, werden die „zufriedenstellenden“ Leistungen der Flugapparate bei den Manövern unsere Seeresverwaltung veranlassen, demnächst beim Reichstage größere Mittel für die Beschaffung von Flugapparaten und zur Ausbildung militärischer Flieger zu beantragen. Die Höhe der anzufordernden Summe sei einstweilen noch nicht festgestellt. Die Zahl der auszubildenden Militärfieger werde grundsätzlich geheimgehalten, doch gehe das Bestreben dahin, den Vorprung Frankreichs möglichst rasch einzuholen.

Der demnächst in Breslau zusammentretende Luftschiffertag will angeblich die Einstellung von fünf Millionen zur Förderung der militärischen Aviation fordern, während von einer anderen Seite bereits kürzlich behauptet wurde, daß für die Zwecke der Luftschiffahrt in den nächsten Etat gar die Summe von 17 Millionen eingestellt werden solle. Diverse Millionen werden es auf jeden Fall sein. Und je größere Anstrengungen Deutschland macht, den französischen Vorprung einzuholen, desto sicherer wird Frankreich seine Militäraviation zu fördern suchen. So werden wir auch in der Luft das internationale Wettrennen erleben!

Ein Fälscherkunststück.

In der letzten Dienstadt- und Mittwochnummer des „Vorwärts“ berichteten wir unter der Ueberschrift: „Wer hat gefälscht?“ über die von der amtlichen „Weimarschen Zeitung“ an einer Jenaer Rede Webers vorgenommenen Fälschung und veröffentlichten zwei auf diese Fälschung bezüglichen Erklärungen des Korrespondenzbureaus Schweder u. Herfisch und der Korrespondenz Herzberg. Nach der stenographischen Aufnahme hat Weibel am 10. September in seiner Eröffnungsrede zum Jenaer Parteitag gesagt:

„Die Teuerung verschwindet auch nicht mehr. Die Preise gehen leicht in die Höhe, aber werden wieder herunter. Die Verkäufer und Produzenten werden sich Widerstand gegen eine Verbilligung leisten, und dann tritt für das Deutsche Reich die sehr ernste Frage der Lebensmittelpreise in den Vordergrund. Wir müssen die Deckung der Grenzen, die Herabsetzung der Zölle, die Einfuhr fremden Fleisches und Viehes, die Aufhebung der Einfuhrschemie, die Verringerung der Futtermittelzölle verlangen. In dem Augenblick aber, wo es uns, unterstützt von der ungeheuren Masse des Volkes, gelingt, eine oder die andere dieser Forderungen durchzuführen, hat das Reich ein erhöhtes Defizit, weil das Reich doch auf den indirekten Steuern und Lebensmittelpreisen aufgebaut ist. (Lebhaftes Sehr richtig!) Und dann muß das Reich an diejenigen Klassen heran, welche Steuern noch aufbringen können. Ist aber einmal die Bourgeoisie zur direkten Besteuerung herangezogen, ja dann schweigen alle Mäuler, dann hört der Patriotismus auf.“

Aus diesen letzten Sätzen hat die „Weimarsche Ztg.“ die Worte gemacht:

„Wir fordern die Verringerung der Zölle, weil wir dem Deutschen Reich den Lebensnerv abschneiden wollen.“

Als Weibel diese Verdrehung seiner Worte in Jena annagelte, entschuldigte sich dieses ehrsame Amtsblatt damit, es hätte jenen Satz einer bekannten zuverlässigen Korrespondenz entnommen. Als diese Korrespondenz wurde auf dem Parteitag die von der Firma Schweder u. Herfisch herausgegebene „Journalpost“ genannt; doch bestritt diese Firma in einer uns zugesandten Erklärung die Richtigkeit der Vermutung.

Jetzt stellt sich heraus, daß tatsächlich die „Weimarsche Ztg.“ den Bericht von Schweder u. Herfisch benutzt hat (sic gesteht es selbst in ihrer Nr. 220 vom 19. d. Mts.), doch hat sie nicht diesen Bericht direkt bezogen, sondern aus der „Jenaischen Ztg.“ abgeschrieben, und ferner hat sie sich keineswegs genau an den von der „Jenaischen Ztg.“ veröffentlichten Wortlaut gehalten, sondern ihn obendrein ihren sauberen Zwecken entsprechend „korrigiert“.

Nach der „Jenaischen Ztg.“ (Nr. 214) soll Weibel nämlich gesagt haben:

„Alle Erfahrungen zeigen uns, daß Preise leicht steigen, aber nur sehr schwer wieder fallen. Wir müssen selbstverständlich die Deckung der Grenzen verlangen, ferner die Herabsetzung der Lebensmittelpreise, die Verringerung der Futtermittelzölle usw. (Weiß!) In dem Augenblick, wo es uns gelingt, weite Verbilligerungskreise in diese unsere Verordnungen hineinzuziehen, ist dem Deutschen Reich der Lebensnerv abgeschnitten, da seine Existenz auf indirekten Steuern beruht. Dann wird die Regierung zu direkten Steuern greifen müssen, und wenn wir erst direkte Steuern im Reich haben, dann schweigen alle Mäuler, dann hört der Patriotismus auf.“

Wie ein Vergleich mit dem obigen Stenogramm zeigt, ist dieser Text sehr ungenau und mißverständlich. Von einem Abschneiden des Lebensnervs hat Weibel überhaupt nicht gesprochen, sondern von dem Eintreten eines erhöhten Defizits, — doch der nationale „Weimarsche Ztg.“ genügt selbst dieser

unrichtige, verballhornte Text noch nicht, sie ließ die verschiedenen Zwischenfälle fortlassen und Bebel kurzweg sagen: „Wir fordern die Beseitigung der Zölle, weil wir dem Deutschen Reiche den Lebensnerv abschneiden wollen.“

Sicherlich ein recht niedliches Fälscherkunststück.

Herr Professor Schiemann als Märchenerzähler.

Das Attentat gegen Stolypin gibt Professor Schiemann in seiner letzten Wochenübersicht in der „Kreuzzeitung“ Gelegenheit, seine üblichen Kannegießereien über das unheimliche Treiben der russischen Revolutionäre loszulassen. Dabei übernimmt der Herr Geschichtsprofessor unbedenken alles, was in den russischen Regierungsbüchern, auch in der von ihm als läugnerisch und verleumdend qualifizierten „Wosoje Wremja“, aus polizeilichen Quellen veröffentlicht wird. Wir würden auf diese Konfusion des Herrn Geschichtsprofessors nicht hinweisen, wenn in der letzten Wochenübersicht nicht Spuren böswilliger Tatsachenverbrechung enthalten wären. So läßt Professor Schiemann einen in Moskau verhafteten Sozialdemokraten an einer Pariser Terroristenkonferenz teilnehmen und bringt die Verhaftungen unter Gewerkschaftsmitgliedern in Moskau mit terroristischen Aktionen in Verbindung. Endlich leistet er sich aber auch die recht niedliche Denunziation, das Attentat gegen Stolypin sei der erste terroristische Akt der vor kurzem erfolgten Vereinigung der Sozialrevolutionäre, der finnländischen Terroristen und des jüdischen Bundes! Wir möchten dem Herrn Professor seine Judenhebe nicht verderben, das eine sollte er aber doch wissen, um sich vor seinen Studenten nicht schämen zu müssen, daß weder die Moskauer Sozialdemokraten noch der Bund, noch irgendeine andere sozialdemokratische Organisation jemals an terroristischen Unternehmungen teilgenommen haben, da sie den Terror als unbrauchbares politisches Kampfmittel betrachten.

Unterschlagungen durch einen Offizier.

Der Oberleutnant Wisolki von der 1. Werstdivision hatte sich wegen Unterschlagung vor dem Marinekriegsgericht in Kiel zu verantworten. Wisolki gehörte früher zur Besatzung des Linien-schiffes „Braunschweig“ und hat hier ihm übergebene Spargelder der Rekruten unterschlagen, die Zinsberechnung gefälscht und den Vorgelegten falsche Meldung abgestattet. Das Urteil lautete auf 1½ Jahre Gefängnis und Dienstentlassung. Die Verhandlung fand, wie immer, wenn die Angeklagten Offiziere sind, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Die revolutionäre Bewegung in Spanien.

Madrid, 20. September. Man glaubt, daß morgen der Generalaufstand ausbrechen wird. Die Regierung ist fest entschlossen, jede Agitation zu verhindern und mit aller Strenge gegen diejenigen vorzugehen, die sich außerhalb des Gesetzes stellen. Die Truppen sollen unnahe-sichtlich von der Waffe Gebrauch machen. In Saragossa, Barcelona und Sevilla herrscht Ruhe. In El Ferrol ist die Arbeit allgemein eingestellt. Die Verpflegung ist sehr schwierig; zum Brotbacken sind Militärbäcker herangezogen worden. Der Gouverneur von Valencia erklärte, die Lage sei derart, daß die aus Madrid entsandten Truppen nach ihrer Garnison zurückkehren könnten.

Der Streik in Madrid.

Madrid, 21. September. Die Stadt bietet heute den gewöhnlichen Anblick. Die Wirkungen des Streiks zeigen sich allein darin, daß auf mehreren Bauhöfen die Arbeiter fehlen, die Droschkenfahrer nicht in Tätigkeit sind und die Zeitungen entweder gar nicht oder nur in beschränktem Umfange erscheinen konnten. Argend ein Zwischenfall hat sich heute früh nicht ereignet. Man erwartet, daß der Versuch eines Generalstreiks wegen des Mangels an Einmütigkeit unter den Arbeiterverbänden scheitern (?) werde.

In dem Volks-hause wurde gestern nachmittags eine Haus-suchung vorgenommen. Zwischen mehreren Gruppen, die sich vor dem Gebäude angesammelt hatten, und Polizeibeamten kam es zu leichten Zusammenstößen. Der sozialistische Stadtrat Quejido wurde verhaftet.

Fortdauer der Agitation.

Madrid, 21. September. Die Wiederaufnahme der Arbeit macht sich in der Provinz bemerkbar, jedoch dauert die Agitation in den Provinzen Gijon und Valencia fort. In Jativa warfen die Streikenden mit Steinen nach den Truppen, die darauf Schüsse abfeuerten. Eine Zivilperson wurde getötet, vier wurden verwundet.

Oesterreich.

Das Todesopfer der Teuerungsdemonstration.

Wien, 21. Sept. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Wiener Sozialdemokratie hat heute dem Todesopfer der großen Teuerungsdemonstration, dem Eisen-dreher Pröhenberger, das Geleit zur letzten Ruhestätte gegeben. Trotzdem es ein Wochentag war, folgten 2000 bis 25000 Arbeiter dem Zuge. Fast alle Fabriken Wiens hatten Deputationen mit Kränzen geschickt, deren Zahl 300 erreichte. Einige große Fabriken waren vollzählig vertreten.

Das Reichenbegängnis des Getöteten fand nachmittags um 2 Uhr statt. Der lange Trauerzug bewegte sich durch ein Spalier von Tausenden von Menschen vom Hospital nach dem Ottakringer Friedhof. Den Zug eröffneten die Ottakringer Genossen, die in Reihenreihen marschierten. An der Spitze des Zuges wurde ein zwei Meter hoher Kranz getragen, dessen zwei Schleifen die ganze Breite der Straße ausfüllten. Sie trugen die Aufschrift:

Dem Todesopfer vom 17. September:

Die Sozialdemokraten Ottakrings.
20 Minuten dauerte der Vorbeimarsch der Ottakringer Genossen. Dann erschienen die 30 Reihen der Kranzträger. Hiervon folgte der vier-spännige Leichenwagen, hinter diesem die Trauertwagen mit den Eltern und Geschwistern. Daran schloß sich der Zug der Arbeiter, an ihrer Spitze die Parteiver-tretung. Den kleinen Friedhof selbst konnten nur die Kranzträger betreten, während die Menge am Friedhof vorbeizog. Am Grobe sprachen die Genossen Abg. Bernerstorfer, Tomasek und Schumier. Mit dem Vortrage des Liedes „Ruhe sanft“ durch den Arbeiter-sängerbund fand die Trauerfeier ihren Abschluß.

Die Regierung hatte wieder höchst provokierende Vorkehrungen getroffen. Außer einem großen Polizeiaufgebot waren mehrere Kompanien und Schwadronen verschiedener Regimenter im Bezirk Ottakring zusammengezogen. Doch verlief die Beisetzung ohne jede Störung. Das Publikum verteilte sich in vollkommener Ordnung, so daß gegen 4 Uhr der größere Teil des Polizeiaufgebots zurückgezogen wurde.

Frankreich.

Ein starkes Stück.

Paris, 20. September. Ministerpräsident Caillaux hat jede Strafenkundgebung gelegentlich der am nächsten Sonntage gegen den Krieg und gegen die Lebensmittelteuerung stattfindenden Proceßversammlungen unter-sagt.

Italien.

Die Tripolisfrage.

Die italienischen Imperialisten hatten anlässlich des Marokko-konflikts die Gelegenheit zu einem aktiveren Vorgehen gefunden und propagieren ein Eingreifen Italiens in Tripolis. Dazu meldet nun ein Telegramm aus Konstantinopel: Die Bürger-meister, Menas, Scheichs und Notabeln von Tripolis sandten an den Großvezir eine Depesche, in der die sofortige Ent-sendung von Munition und Lebensmitteln für ein Jahr sowie die Befestigung des Landes verlangt und die Hoff-nung ausgedrückt wird, daß sich das Kabinett in keine Ver-handlungen zur Gewährung von wirtschaftlichen Privilegien an Italiener einlassen werde. Die Bevölkerung wolle aber die diplomatische Aktion der Regierung nicht hemmen.

Nachts wurde beim Großvezir ein Ministerrat abgehalten, welcher sich auch mit Tripolis beschäftigte, und insbeson-dere, wie verlautet, über die militärische Organisation in Tripolitarien beriet.

Holland.

Für das allgemeine Wahlrecht.

Haag, 20. September. (Sig. Ver.) Die politischen und ge-werkschaftlichen Organisationen der holländischen Arbeiterschaft veranstalten schon seit Jahren zur Eröffnung der Generalstaaten — des holländischen Parlaments — eine Wahlrechtsdemonstration. Bisher fand diese stets an einem Sonntag in einer der größeren Städte des Landes statt. Diese allgemeinen Wahlrechtsdemonstrationen haben wohl agitatorische Wirkung erzielt, indem immer größere Massen des Volkes aus ihrer lethargie aufgerüttelt und für die Bewegung gewonnen wurden, aber der Eindruck auf die Regierung und die herrschenden Klassen reichte nicht aus, um auf dem Wege zum allgemeinen Wahlrecht wirklich vorwärts zu kommen. Die vorige liberale Regierung wollte durch eine Verfassungsänderung — einen sogenannten Blanko-Artikel — erst einmal die Bahn frei machen für eine Wahlrechtsreform, die dann auf dem einfachen Wege der Gesetzgebung durchgeführt werden sollte. Daraus ist aber nichts geworden. Die liberale Regierung, die jetzt am Ruder ist, hat eine Kommission zur Untersuchung der ganzen Verfassungs-frage eingesetzt, und das Resultat der Kommissionsarbeit wird wohl demnächst ans Tageslicht kommen. Daß es auf diesem Wege zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts kommen sollte, scheint aus-geschlossen. Offenbar ist das Ganze nichts als eine Komödie, um die Massen des Volkes noch weiterhin um ihr wichtigstes Staats-bürgerrecht zu pressen. Nach all den Erfahrungen machte sich in der Arbeiterschaft natürlich der Drang geltend, schärfere Mittel anzuwenden, den herrschenden Klassen und ihrer Regierung die Forderung des allgemeinen Wahlrechts etwas eindringlicher vor Augen zu führen. Darum wurde auf dem diesjährigen Parteitag der Beschluß gefaßt, die Demonstration diesmal nicht am Sonntag, sondern am Dienstag, den 19. September, dem Eröffnungstage des Parlaments, und in der Parlaments- und Residenzstadt Haag zu veranstalten. Zudem wurden im ganzen Lande mit großem Eifer und Ausdauer Unterschriften für die Wahl-rechtspetition zur Uebersendung an die Regierung gesammelt, und die Petition ist von 317 000 Männern und Frauen unterzeichnet worden. An dem Demonstrationstage und der gewaltigen Demon-strationsversammlung unter freiem Himmel aber nahmen rund 20 000 Personen teil. 950 Organisationen mit über 600 Fahnen und Bannern waren vertreten. Von 8 Rednertribünen wurden Ansprachen gehalten, und die Redner ließen keinen Zweifel darüber, daß sich die Demonstrationen von Jahr zu Jahr in wachsender Stärke wiederholen werden, und zwar an einem Wochentag. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß dies, wenn man die Forderung nicht beizeiten erfüllt, binnen 3—4 Jahren zum Massenstreik für das allgemeine Wahlrecht führen werde.

Daß ein starker Druck zur Erreichung des Zieles notwendig sein wird, das scheint auch aus dem Verhalten der Regierung gegenüber der Wahlrechtsdeputation hervorzugehen, die die Auf-gabe hatte, die Petition abzuliefern. Die Deputation wurde empfangen vom — Portier, und die Regierung hatte nicht einmal ein paar Leute zur Verfügung gestellt, um die Kisten mit den Petitions-listen von den Wagen zu heben. Die Deputierten der Wahlrechts-demonstration mußten das selbst besorgen und die Kisten selbst ins Gebäude schleppen.

In der Thronrede, mit der das Parlament eröffnet wurde, war die Wahlrechtsfrage mit keinem Wort erwähnt.

Obstruktion.

Haag, 21. September. Wegen der gestrigen Vorgänge in der Kammer begannen die Sozialisten in der heutigen Sitzung systematische Obstruktion zu treiben. Der Abgeordnete Schaper schlug vor, in den Kommissionen den Gesuchentwurf betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter nicht zu be-raten. Er erklärte in der Begründung seines Vorschlags, daß die Sozialisten mit der Obstruktion aufhören würden, sobald die Rechte ihren gestrigen Beschluß aufgehoben haben würde.

Nach Schaper schlug der Sozialist Terlaan in einer Rede, die wie die Schapers unendlich lang war, vor, den Entwurf für eine Aufbesserung der Offiziersgehälter nicht in Kommissionen zu prüfen. Die Rede wird heute Abend fortgesetzt.

Schweden.

Das bisherige Wahlergebnis.

Stockholm, 20. September. Bei den Wahlen zur Zweiten Kammer, die beim Schluß der letzten Session aus 95 Mitgliedern der Rechten, 100 Mitgliedern der Linken und 35 Sozialdemokraten bestand, sind bis heute abend folgende Ergebnisse bekannt geworden: Gewählt sind 43 Mitglieder der Rechten, 53 der Linken und 31 Sozialdemokraten.

Rußland.

Die politische Polizei.

Petersburg, 21. September. Die Revision der poli-tischen Polizei in Kiew hat begonnen; sie wird vom Justizminister geführt.

In der Wohnung der Schriftstellerin Lirkowa, wo der Korrespondent der „Morningpost“ wohnt, ist eine Haus-suchung vorgenommen worden. Der Korrespon-dent hat bei der englischen Botschaft Beschwerde erhoben.

Aus der Partei.

Die Arbeitslosenfürsorge und der Frankfurter Oberbürgermeister Abides.

Auf dem Städtetag hat der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Abides so rühmliche Argumente gegen eine kommunale

Arbeitslosenfürsorge vorgebracht, daß nicht nur Sozialdemo-kraten sich lebhaft gegen seine Ausführungen wandten, sondern auch bürgerliche Politiker und Zeitungen. Herr Abides hat von „sozial-istischen Frelären“ geredet und das Gepeitsch einer „kommunisti-schen Wirtschaft“ an die Wand gemalt. Er erblickt in einer Arbeits-losenfürsorge nach dem Senter System ein „Ausnahmegericht zu gunsten der Arbeiter“. Diese Stellungnahme des Herrn Abides ist, das schrieb selbst die „Frankfurter Zeitung“, „statt der warmen“ Befürwortung eine Deklamation der Arbeitslosenfürsorge“. Abides hat sich mit seinen Ausführungen das Lob aller Scharf-macher errungen, während sie bei der Arbeiterschaft heißen Wider-spruch hervorriefen. Die Arbeiterschaft von Frankfurt a. M. nahm am Dienstagabend in einer außerordentlich stark besuchten Ver-sammlung zu den Ausführungen Abides Stellung. Der Referent, Stadt. Rätinmann, wandte sich scharf gegen den Oberbürger-meister Abides und wies dessen Behauptungen als ungerechtfertigt zurück. Staat und Gemeinden hätten die Pflicht, für die Arbeitslosen, den schuldlosen Opfern der heutigen Wirtschafts-ordnung, zu sorgen. Das Urteil der Versammlung über die Stellungnahme des Herrn Abides kommt in der angenommenen Resolution zum Ausdruck, in der es heißt:

„Die Versammlung protestiert entschieden dagegen, wie auf dem dritten Städtetag in Vosen die Frage der Arbeitslosenfür-sicherung behandelt worden ist. Die auf dem deutschen Städte-tag beliebte Beweisführung über die Ursachen der Arbeitslosig-keit, die mit durchaus mangelhaftem statistischen Material belegt worden ist, und die damit verbundenen Ausfälle und Vor-würfe gegen die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften sind unbegründet. Die Ge-werkschaften sind gegenwärtig die einzigen Organisationen, die im ganzen Reiche, besonders aber in den größeren Städten, die Fürsorge für ihre arbeitslosen Mitglieder durch Arbeitslosen-unterstützung betreiben haben. Dieses soziale Wirken, an dem die Gemeindeverwaltungen in erster Linie lebhaft interessiert sind, sollte in jeder Beziehung unterstützt werden, anstatt es in dieser abfälligen, unverständlichen Art zu belächeln. Die Ver-sammelten verpflichten sich deshalb, wie bisher im Sinne der Be-schlüsse der Gewerkschaftskongresse organisatorisch und agitatorisch für den Ausbau der Gewerkschaften zu sorgen, um noch stärker als bisher den großen sozialen Schäden der Arbeitslosigkeit entgegen-wirken zu können. Die fürsorgende Tätigkeit der Gewerkschaften bereitet aber keineswegs die Gemeinden und den Staat von ihrer Pflicht, ihnen ohne eigene Schuld durch die heutige Wirt-schaftsordnung arbeitslos gewordenen Mitbürgern die Existenz-möglichkeit für sich und ihre Familie zu garantieren, ohne daß den Unterstützten dadurch Einbuße an ihren staatsbürgerlichen Rechten erwächst.“

Soziales.

„Weite Maschinen im Arbeiterinnenschutzgesetz.“

Abst. 1 des § 137 a der Gewerbeordnungsnovelle vom Dezember 1908 schreibt zum Schutze gegen die Umgehung des Maximalarbeitstages von 10 Stunden für Arbeiterinnen vor:

„Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern darf für die Tage, an welchen sie in dem Betriebe die gesetzlich zu-lässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt waren, Arbeit zur Ver-richtung außerhalb des Betriebes vom Arbeitgeber überhaupt nicht übertragen oder für Rechnung Dritter überwiesen werden.“

Bei der Beratung dieser Vorschrift hatten die Sozial-demokraten dargelegt, daß sie völlig ungenügend sei und weite Lücken zur Umgehung des Verbots aufweise. Ihr An-trag, unambigü die Mitgabe von Arbeit nach Hause zu verbieten, wurde indes abgelehnt, weil das Zentrum auch bei dieser Schutzvorschrift zugunsten einer Ueberarbeit der Ar-beiterinnen umfiel. Wie recht die Sozialdemokraten mit ihrer Anschauung hatten, zeigt ein soeben vom sächsischen Oberlandesgericht gefälltes Urteil.

Die Firma Klärner u. Steinberg, eine der bedeutendsten Stiderei-fabriken in Blauen i. B., hatte im Dezember vorigen Jahres an 10 Arbeiterinnen Heimarbeit gegeben, und zwar auf den Namen dritter Personen, auf den Namen von Aus-genossen, der Wittinnen der Arbeiterinnen usw. Die Ver-abfolgung der Hausarbeit geschah durch die Direktrice der Firma Klärner u. Steinberg, Fräulein Juler. Gegen diese und den Inhaber der genannten Firma, den Fabrikanten Klärner, war nun Anklage wegen Vergehens gegen § 137 a der Gewerbeordnung erhoben, der Fabrikant jedoch vom Landgericht Blauen freigesprochen worden, während die Direktrice verurteilt worden war. Das Landgericht hatte zu gunsten des Fabrikanten angenommen, daß die in seinem Betriebe beschäftigten jugendlichen Arbeiterinnen nicht selbst die ihnen von der Direktrice übergebene Heimarbeit auszu-führen beabsichtigten, sondern vielmehr als Voauftragne dritter Personen fungierten. Gegen die Freisprechung des Fabrikanten legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Oberlandesgericht ein. Der Strafanwalt des obersten sächsischen Gerichtshofes erkannte unter Uebernahme sämtlicher Kosten auf die Staatskasse auf Verwerfung der Revision und führte hierzu folgendes aus: Das Gesetz lasse Maschinen auf, die es ermöglichen, dasselbe zu machen. Wenn auch der Gesetzgeber die Absicht gehabt habe, jede Hausarbeit zu entziehen, so könne es dennoch nicht verhindert werden, daß Arbeit nach Hause geschafft werde. Das könne auch nicht ganz verboten werden. Zugunsten des Fabrikanten müsse auch das Oberlandesgericht annehmen, daß jene jugendlichen Arbeiterinnen, welchen Heimarbeit übergeben worden sei, lediglich als Votinnen ihrer Angehörigen, ihrer Wittinnen usw. fungierten und die ihnen mitgegebene Heimarbeit nicht selbst, also nicht auf Rechnung Dritter, des Arbeitgebers, ausgeführt hätten. Das könne nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht verboten werden.

Haben Angestellte der Marine keinen Rechtsschutz?

Um die Verichtigung eines Zeugnisses war ein Rechtsstreit zwischen dem Chemiker St. und dem Marinefiskus des Deutschen Reiches entbrannt, dem folgender Sachverhalt zugrunde liegt: St. war bei der Marinewerft in Kiel als Hülfschemiker angestellt. Wegen Verletzung seiner Vorgesetzten wurde er entlassen. Das Zeugnis, das ihm von der Marineverwaltung ausgestellt worden war, erkannte er nicht als vollkommen an und klagte vor den ordentlichen Gerichten auf Verichtigung des Zeugnisses, weil es lüdenhaft und unzutreffend sei.

Das Landgericht Kiel erkannte nach dem Klageantrag. In der Berufungsinstanz bestritt der Marinefiskus die Zulässigkeit des Rechtsweges: weil Kläger Beamter des Fiskus sei, stehe ihm der Klageweg vor den ordentlichen Gerichten nicht zu. Das Ober-landesgericht Kiel hatte die Zulässigkeit des Rechtsweges bejaht. Gegen dieses Urteil hatte der Fiskus mit Erfolg Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der dritte Zivilsenat des höchsten Ge-richts hob am Mittwoch das Urteil des Oberlandesgerichts Kiel auf und erklärte den vom Kläger eingeschlagenen Rechtsweg für unzulässig.

Auf die schriftlichen Gründe dieses auffallenden Erkenntnisses darf man gespannt sein.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Militärausrüstungsarbeiter.

Seit Freitag voriger Woche befinden sich die Metallarbeiter der Berliner Militärausrüstungsfirmen im Streik. Es kommen folgende Betriebe in Betracht: P. Damaschke, R. Giesecke Nachf., C. F. J. Imme u. Sohn Nachf., C. E. Junfer, A. Meybauer, Paul Meybauer, Prothmann u. Wobeser, C. Schwerin u. Sohn, Friedrich Unterwalder, A. Berner u. Söhne. Die Hauptforderungen der Arbeiter betreffen folgende Mindest-Stundenlöhne: Dreher 65 Pf., Gold- und Silberarbeiter 65 Pf., Gürtler 65 Pf., Graveure 65 Pf., Klempner 65 Pf., Presser 65 Pf., Schleifer 70 Pf., Drücker 75 Pf., Schnittdreher 85 Pf., Hilfsarbeiter über 18 Jahre 45 Pf., solche über 20 Jahre 50 Pf. Ausgeleitete erhalten im ersten Jahre nach Beendigung der Lehrzeit 10 Pf. pro Stunde weniger. Weiter wird verlangt eine angemessene Vergütung der Überstunden. Sonn- und Feiertage sollen ohne Lohnabzug eine und vor den hohen Festen zwei Stunden früher freigegeben zu machen.

Die Unternehmer haben nun in einer Gegenauflistung ihre Bedingungen präzisiert: Die Arbeitszeit soll auch am Sonntag 9 Stunden betragen, vor den hohen Festen jedoch soll eine Stunde früher Feierabend gemacht werden ohne Abzug für Lohnarbeiter. Dem Kassus von den Überstunden stimmen sie zu. Der Mindestlohn für Gürtler beträgt pro Stunde 55 Pf., für Schnittdreher 45 Pf., für Hilfsarbeiter über 18 Jahre 40 Pf. Höhere Löhne bleiben der Vereinbarung überlassen. Ausgeleitete erhalten in den ersten zwei Jahren nach Beendigung ihrer Lehrzeit bis zu 75 Proz. der normalen Löhne. Die Arbeitgeber wollen diese Vereinbarung bis zum 1. Oktober 1914 gelten lassen, während bei den Arbeitnehmern als Ablaufstermin der 1. September 1913 vorgegeben ist. In einem Rundschreiben an die Militärausrüstungsfirmen Deutschlands bezeichnen die beteiligten Fabrikanten die Arbeitsniederlegung als durchaus ungerichtlich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seien durchaus angemessene. Es werden darin Löhne von 45 bis 80 Pf. angegeben.

Während, der in einer vollständig besetzten Versammlung referierte, gab dagegen eine andere Darstellung des Sachverhalts. Es kommen bei dem Streik zum Teil Arbeiter in Betracht, die schon 30-40 Jahre und darüber in ein und demselben Betriebe sind. Wenn diese Leute noch leistungsfähig und verdient, dann sei dies bei ihrer großen Leistung, die sie erlangt hätten, nicht verwunderlich. Die Löhne bewegen sich zwischen 31 Pf. und 74 Pf. Nur vereinzelte Arbeiter kommen darüber. Die große Mehrheit aber steht auf einer sehr niedrigen Lohnstufe. Daß die Arbeiter nichts Unmögliches fordern, beweise die Tatsache, daß die Firmen Damaschke, A. Meybauer, Paul Meybauer und Fried. Unterwalder die Forderungen schriftlich bewilligt, aus Angst vor Boykottierung und Kundenentziehung aber ihre Unterfertigung wieder zurückgezogen haben. Diese Firmen müßten doch, als sie unterschrieben, die Überzeugung gehabt haben, daß sie auch unter den neuen Löhnen weiterbestehen könnten. Bis jetzt ist noch kein einziger Streikbrecher in die Betriebe gekommen, obgleich die Unternehmer in der „Berliner Volkszeitung“ und in der „Berliner Morgenpost“ Arbeitswillige suchen. Desgleichen sucht man aus anderen Städten Arbeitswillige heranzuziehen, so in Solingen, Kiel, Hannover u. a. m. Die Sache steht sehr günstig, zumal die Einführigen bald ihre Ausrüstungsstücke brauchen werden. Der Vertreter des Gewerksvereins, der auch anwesend war, erklärte, was verlangt werde, sei berechtigt und könne auch gegeben werden.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei der Firma Hohndel, Warschauer Straße, dauert ununterbrochen fort. Bei einer Aussprache, welche die Organisationsvertreter (Metallarbeiterverband und Gewerksverein) mit der Firma hatten, legte Herr Cohn, der Mitinhaber der Firma, diesen das Lohnbuch vor, durch welches zu sehen sein sollte, daß die Firma anständige Löhne zahle, da Wochenverdienste bis zu 42 M. verzeichnet seien. Die Firma trennt aber die von den Arbeitern gemachten barem Auslagen nicht von dem wirklichen Verdienst. Die auf Montage Beschäftigten haben für Material, Fahrgehalt usw. große Auslagen. Während in den Wädhern, welche von den Arbeitern selbst gefertigt werden, diese Auslagen von dem Meister mit Lichte spezialisiert eingetragen sind, geschieht dies nicht im Hauptlohnbuch der Firma. Dort werden diese Auslagen zusammengezogen mit dem wirklichen Verdienst für geleistete Arbeitsstunden, als „Wochenverdienst“ eingetragen, was den Organisationsvertretern auch durch den Werkmeister bestätigt werden mußte. Dadurch entsteht ein völlig falsches Bild über die Einkommensverhältnisse der Arbeiter. In Bezug auf die in dem Betriebe als Beihilfinge beschäftigten jungen Leute wissen wir schon darauf hin, daß von einer genügenden Ausbildung nicht geredet werden könnte. Herr Cohn selbst ist wohl Fachmann, aber wenig im Betriebe. Der Meister ist ebenfalls vielfach auf Montage. Herr Cohn als Teilhaber der Firma ist nicht Fachmann und kann wohl mit Recht gefragt werden, daß aus den dort Nennenden tüchtige Leute schwerlich werden dürften. Die Streikenden wünschen nunmehr, da die Firma meistens Montagen (Trondmissionsanlagen) ausführt, daß Arbeitswillige, falls solche Arbeiter der Streikenden ausfinden, auf das Verwerfliche ihrer Handlungsweise hingewiesen werden.

Der Betrieb ist noch wie vor gesperrt und ersuchen wir, Arbeitsangebote der Firma zurückzuweisen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik bei der Firma Schneider, Saumenstr. 181, ist beendet. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Isolierer, Bauarbeiter Berlins und Umgegend!

Die organisierten Unternehmer Breslaus verlangen von den im dortigen Bauarbeiterverband organisierten Isolierern die Anerkennung der Arbeitsbedingungen, wie sie seiner Zeit vom Zentralverband der Isolierfirmen Deutschlands unter dem Namen „Reichs-Arbeitsbedingungen für Isolierer“ aufgestellt wurden. Die Unternehmer nehmen sich darin nicht nur die Freiheit heraus, die Löhne und Arbeitszeit nach eigenem Ermessen und Guldanken festzusetzen, sondern verlangen, daß der Arbeiter auf die spärlichen Rechte, die ihm das Gesetz gewährt, ein für allemal Verzicht leistet. Da soll der Isolierer sich das Gesetz als ein Hindernis aufstellen und muß es in die Verantwortung für die Sicherheit und Haltbarkeit des Baues tragen! Er soll sich außerdem noch verpflichten, das Baumaterial selbst zu beschaffen, ohne dafür eine Vergütung beanspruchen darf! Die im Deutschen Bauarbeiterverband organisierten Isolierer Breslaus haben es abgelehnt, auf Grund solcher Bedingungen zu verhandeln, und da die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharrten, legten die Arbeiter am Montag die Arbeit nieder. Wir appellieren daher nochmals an die Solidarität der Berliner Isolierer und ersuchen sie, den Zugang nach Breslau fernzuhalten! Ferner verweisen wir darauf, daß die Filiale Breslau der Firma Rheinhold u. Co. in der Straß. Zentrale Spandau größere Isolierarbeiten auszuführen hat und ersuchen die bei der Berliner Filiale Rheinhold beschäftigten Kollegen, diese Arbeit nicht fertigzustellen. Das gleiche gilt selbstverständlich auch von allen anderen Arbeitern der Breslauer Filiale.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Berlin.

Die Tarifbewegung der Zigarrenarbeiter.

In einer kombinierten Versammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes und des Verbandes der Zigarrenarbeiter, die am Mittwoch den großen Saal von Dessau in der Neuen Friedrichstraße füllte, vertrat Alwin Schulze über den Stand der Tarifbewegung. Im allgemeinen hat die Bewegung, namentlich soweit die kleineren Fabrikanten in Frage kommen, gute Fortschritte gemacht. Bei 110 Arbeitgebern sind die Forderungen anerkannt. Berantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Informativteil verantw.: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

und wenn es sich auch hier meist um solche handelt, die nur wenige Leute beschäftigen, so zählen doch diejenigen Arbeiter, die zu den neuen Bedingungen beschäftigt werden, bereits nach Hunderten. Die großen Fabrikanten beharren auf ihrem Herrenstandpunkt und bilden sich offenbar ein, sie könnten die Forderungen der Arbeiter fortwährend unbeachtet lassen. Der Redner erwähnte hier den in Nr. 219 des „Vorwärts“ bereits veröffentlichten Briefwechsel mit dem Syndikus Dr. Jonas und bemerkt dazu, daß die Herren sich jedenfalls irren werden, wenn sie glauben, sie könnten auf diese Weise die Tarifbewegung von ihren Betrieben fernhalten. Es sei ganz ausgeschlossen, daß die Arbeiterhaft sich mit einer solchen Antwort zufrieden geben werde. Die Bewegung wird vorwärts schreiten, und der Umstand, daß die Partei und die Gewerkschaften durch die grenzenlose Armut, die die Zigarrenarbeiter bedrückt, sich veranlaßt fühlen, die gesamte Arbeiterschaft zu tatkräftiger Unterstützung der Bewegung aufzurufen, wird es um so eher möglich machen, zum Ziele zu kommen. Hier und da wird von kleinen Fabrikanten die Befürchtung geäußert, daß ihre Existenz durch den Tarif bedroht werde. Daß dergleichen Befürchtungen grundlos sind, geht schon aus der Tatsache hervor, daß in Dresden die Fabrikanten sich mit dem vor zwei Jahren abgeschlossenen Tarif sehr gut abgefunden haben. Was dort möglich war, muß sich auch in Berlin möglichst machen lassen. Es kommt nun vor allem darauf an, daß jeder Zigarrenarbeiter und jede Arbeiterin ihre ganze Kraft in den Dienst der Bewegung stellen, daß sie dort, wo die Forderungen bewilligt sind, dafür sorgen, daß das Erzwungene auch aufrechterhalten bleibt, und im übrigen alles ausgeboten wird, um die Forderungen auch bei den übrigen Firmen durchzudrücken.

In dem Beserat sowohl wie in der darauffolgenden Diskussion wurde ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die Zigarrenarbeiter auch ihrerseits eifrig dahin wirken müssen, daß die auf dem Dresdener Gewerkschaftskongress zu ihren Gunsten gefasste Resolution innerhalb der Arbeiterhaft die nötige Beachtung findet. Es wurde erwähnt, daß die im „Mittelteilungsblatt“ enthaltene Notiz über die Maßnahmen zur Unterstützung der Tarifbewegung nicht überall auf dem letzten Jahlabend zur Verlesung gekommen ist. Es soll dafür gesorgt werden, daß dies auf dem nächsten Jahlabend geschieht und daß überhaupt in jeder Weise in der gesamten organisierten Arbeiterschaft für die Sache der Zigarrenarbeiter Propaganda gemacht wird.

Der Streik in der Album- und Mappenfabrik von Georg Weigert beschäftigte eine stark besuchte Versammlung der Album-, Mappen- und Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen, die am Mittwoch in Graumanns Festsaal tagte. Werber erstattete namens der Branchenleitung den Bericht. Bekanntlich ist es im Juli zu einer Tarifrenewierung in der Album-, Mappen- und Galanterieindustrie gekommen. Die Branchenleitung wurde alsdann beauftragt, die Durchführung des Tarifs in der gesamten Branche zu betreiben und insbesondere die Anerkennung des Tarifs bei den der Arbeitgeberorganisation fernstehenden Unternehmern durchzusetzen. Auch mit der Firma Weigert wurden des öfteren deswegen Unterhandlungen gepflogen, die jedoch nicht das gewünschte Ergebnis zeitigten. Die Firma erklärte sich zwar bereit, ihre Arbeiter und Arbeiterinnen nach den Sätzen des Tarifs zu entlohnen und führte auch die vorgesehene Arbeitszeitverlängerung durch. Doch lehnte sie es ab, den Tarif unterjährig anzuerkennen, weil sie befürchtete, daß ihre Konkurrenz, die Firma A. Dittmar, diese Tarifanerkennung in geschäftlicher Hinsicht zu ihren Ungunsten ausnützen wird. Da aber mit der Firma Weigert schon sehr lästige Erfahrungen gemacht worden sind, gaben sich die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die beteiligten Organisationen mit dieser Regelung der Dinge nicht zufrieden und bestanden auf der formellen Anerkennung des Tarifs. Da dieselbe nicht zu erzielen war, verließen am 2. September sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, 68 an der Zahl, den Betrieb. Aus der Versammlung wurde dann noch darauf hingewiesen, daß auch die Arbeitgeberorganisation nach dem Tarifvertrage die Pflicht habe, für die Durchführung des Vertrages in der Branche zu sorgen. Das wurde auch in der später angenommenen Resolution gesagt. Die Versammlung beschloß sich auch noch mit der Firma Leopold Rosenow, Bilderrahmenfabrik. Dort sind die Löhne der Gehilfen bisher sehr niedrig gewesen. Die Firma will deshalb den Lohn ratenweise erhöhen. Die Versammlung lehnte es aber ab, auf dieses Angebot einzugehen. Sollte sich nun die Firma zur vollen Bewilligung des Tariflohnes nicht verstehen wollen, so dürfte ein Streik unvermeidlich sein.

Die Firma Schuhwarenhaus Carl Sticker sendet uns eine Zuschrift, in der sie uns ersucht, aus der Kopie ihres Briefes an den Transportarbeiterverband nicht nur ihren absehenden Bescheid, sondern auch die Gründe zu demselben mitzuteilen. Dem Ersuchen, den ganzen Brief abzurufen, können wir freilich nicht nachkommen, auch wenn dasselbe damit begründet wird, daß wir den Brief des Transportarbeiterverbandes an die Firma vollständig wiedergaben. Immerhin sei mitgeteilt, daß die Firma in ihrer Antwort auf die gezeigten Löhne hinweist, die in der letzten Woche betragen: für 8 Hausdiener 24 M., für 11 derselben 25 M., für 11 weitere 26 M., für 10 27 M., für 8 28 M. und für 11 29 M. Die Firma hält diese Löhne nicht für unzureichend. Wenn sie dabei noch auf die Prinzipalbeder der Hausdiener verweist, so vermögen wir allerdings dieses Argument nicht als durchschlagend anzusehen. Was die Haftung betrifft, so erklärt die Firma, zu dieser Forderung durch „verschiedene Vorformnisse“ veranlaßt zu sein. Sie meint aber, daß diese Haftung als eine gute Prozentlage angesehen werden könne, weil der Haftungsbetrag mit 6 Prozent verzinst werden sollte. — Das sind in Kürze die Gründe, welche die Firma für ihre Haltung ins Feld führt; sie zu wägen, wollen wir unseren Lesern überlassen.

Deutsches Reich. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen

Hielt am 18. und 19. September in Hamburg eine Konferenz des Verbandsvorstandes mit den Gew. und Ortsbeamten unter Hinzuziehung eines Vertreters des Verbandsauschusses ab. Es wurden zahlreiche Fragen der Agitation und Organisation geklärt; auch der Ausbau der Unterhaltungsanstaltungen war Gegenstand einer längeren Diskussion. Wegen die in jüngerer Zeit bemerkbar gewordene Strömung, die sich gegen die freigewerkschaftliche Bewegung richtet, wurde folgende Resolution gefaßt:

Die Konferenz des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen wendet sich gegen die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, durch Gründung neuer Vereine die Handlungsgehilfenbewegung noch weiter zu zersplittern. Insbesondere betrachtet es die Konferenz als eine Schädigung der Gehilfeninteressen, daß durch die vom Bund der technisch-industriellen Beamten erfolgte Gründung des Bundes der kaufmännischen Angestellten neuer Streit unter die Handlungsgehilfen getragen worden ist. Die Konferenz verurteilt diese neue organisatorische Abspaltung unsonst, als sie nicht etwa aus den Kreisen der Handlungsgehilfen selbst herorgegangen ist, sondern vom Bund der technisch-industriellen Beamten künstlich veranlaßt worden ist. Des weiteren protestiert die Konferenz gegen die andauernden Versuche der Führer und Organe der Demokratischen Vereinigung und der technisch-industriellen Beamten, aus parteipolitischen Gründen die Angestellten und Arbeiter auseinanderzujagen. Die Konferenz macht die Angestellten ausdrücklich darauf aufmerksam, daß jene Bestrebungen ihren Interessen durchaus zuwiderlaufen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Handlungsgehilfen sowohl als auch die technischen Angestellten sich nicht verleiten lassen, jenen Treibereien Vorschub zu leisten.

Der Kampf in Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Der Bewegung der Lithographen und Steindrucker in Frankfurt a. M. schlossen sich nun auch die Hilfsarbeiter an. Sie stellten ebenfalls Forderungen auf und reichten sie am Mittwoch den Unternehmern ein. Die Arbeitszeit soll der der Gehilfen (acht- und

achtstundstündig) gleich sein. Der Mindestlohn soll betragen für: Steinsteiner 20 M., Hilfsarbeiter 24 M., Anlegerinnen 18 M., Vogenfängerinnen 14 M., Bronzeziererinnen 18 M., sonstige Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahren 11 M. und über 16 Jahren 13 M. Regelmäßige Überstunden sind nicht zulässig, Hilfsarbeiter wie Arbeiterinnen dürfen wöchentlich nicht mehr wie 5, jährlich nicht mehr wie 80 Überstunden leisten. Überstundenvergütung mit 25 bis 50 Proz. Zuschlag. Gesehliche und ortsübliche Feiertage sind zu bezahlen. Ferien von drei Tagen bis zwei Wochen.

Die Kölner Elektroschaffmacher.

Das Kölner Gewerbegericht verurteilte im Streik der Elektromonteur, der nunmehr schon 7 Wochen dauert, eine Einigung herbeizuführen, welche aber an dem Nachstandspunkt der Vorstandsmitglieder der Unternehmerversammlung scheiterte. Die Herren vom Vorstand, die ausdrücklich ersucht wurden, einen Beschluß der Vereinigung über das Schicksal des Gewerbegerichts herbeizuführen, kamen diesem Ersuchen nicht nach, sondern beschloßen lediglich im Vorstand. Ihr Beschluß ging dahin, daß sie jegliche Verhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband oder mit einer Kommission der Streikenden strikte ablehnten. Wie lange die Mitglieder der Vereinigung sich dieses absolutistischen Vorgehens des Vorstandes noch gefallen lassen, muß abgewartet werden. Fest steht, daß sehr viele unzufrieden sind und lieber Frieden machen möchten. — Nach dieser Ablehnung beschloßen die Streikenden einstimmig, im Streik auszuharren, um so den Nachstandspunkt der Herren zu brechen. Es ist nunmehr die dringende Pflicht aller organisierten Arbeiter, die Kölner Elektromonteur durch Fernhaltung jeglichen Zuganges zu unterstützen, denn nur darauf wird es ankommen, ob diese den Kampf zu einem siegreichen Ende führen können.

Kommunales.

Teuerungsbekämpfung im Stadtparlament.

Die Stadtverordneten beschäftigten sich gestern abend bis in die zehnte Stunde hinein mit der Erörterung der Frage, was zu geschehen habe, um der herrschenden Teuerung und dem durch sie verursachten Notstand zu begegnen. Zwei hierzu vorliegende Anträge, einer von den Freisinnigen und einer von der sozialdemokratischen Fraktion, erlitten den Magistrat, bei den Reichs- und Staatsbehörden vorstellig zu werden und auf die erforderlichen Abhilfe-maßnahmen hinzuwirken. Der Antrag unserer Genossen forderte außerdem den Magistrat auf, selber eine Abhilfe zu versuchen und durch die Gemeinde Einrichtungen zur Versorgung Berlins mit Lebensmitteln zu schaffen. Stadtv. Koempf begründete den Antrag der Freisinnigen in einer langen Rede, die die Sachlage in großen Umrissen schilderte und in einer Absage an die Politik der Reichsregierung gipfelte. Temperamentvoller als dieser Freisinniger sprach unser Genosse Wurm. Er brandmarkte die Junkerherrschaft, die mit ihrer Agrarpolitik den Notstand weiter kreise und die Bevölkerung verschuldet hat. Wie Koempf forderte auch Wurm vor allem die sofortige Erleichterung der Einfuhr von Lebensmitteln, die bisher zugunsten des beutegierigen Junkertums künstlich erschwert worden ist. Unser Redner wies aber angelegentlich der herrschenden Teuerung, die man dem hungernden Volke als eine „Prüfung des Himmels“ hinstellen wolle, der Gemeinde die Pflicht zu, auch ihrerseits Schritte zur Abhilfe zu tun. In den Vorschlägen, die er machte, äußerte sich Oberbürgermeister Kirchner. Er versprach, daß alles geschehen werde, was möglich sei. Warten wir ab, was dem Magistrat da als möglich gelten wird. Die Versammlung stimmte beiden Anträgen zu und überwies sie der gemischten Deputation, die bereits früher zur Erörterung der Teuerungsbekämpfung eingeseht worden ist.

Im ersten Teil der Sitzung wurde über das Projekt der von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu bauenden Schnellbahn Gesundbrunnen-Rixdorf Beschluß gefaßt. Der Ausschuss empfahl, der Magistrat sollte noch einmal mit der A. E. G. darüber verhandeln, ob nicht die Bahn in ihrer ganzen Ausdehnung als Untergrundbahn ausgeführt werden könne. Oberbürgermeister Kirchner erklärte von vornherein, daß der Magistrat im voraus beschloßen habe, auf diesen Vorschlag nicht einzugehen. Diese Fixigkeit, die man an unserem Magistrat sonst nicht kennt, erregte bei den Stadtverordneten einige Sensation. Herr Kirchner erwartet von der A. E. G. keinerlei Entgegenkommen mehr, und Stadtkaufmann Krause hält die technischen Schwierigkeiten für unüberwindlich. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte für den Antrag des Ausschusses. Genosse Sime forderte, daß bei einer Weigerung der A. E. G., die Bahn ganz als Untergrundbahn zu bauen, die Stadt selber den Bau übernehmen solle. Das war natürlich nicht nach dem Geschmack des Freisinnigen, von dessen Rednern nachher kein einziger diesen Vorschlag unterstützte. Nach langer Debatte wurde der Antrag des Ausschusses mit unerwartet großer Mehrheit angenommen. Vielleicht überlegen sich nun Magistrat und A. E. G. doch noch einmal.

Auch über die Einsprüche gegen die Gemeinde-wählerliste wurde gestern beschloßen. Die Veranschlagung vorschlug, wurden noch etliche hundert Wahlberechtigte nachträglich aufgenommen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, auch alle die anzunehmen, die wegen sogenannter Unterstützung durch Krankenpflege gestrichen worden waren. Genosse Leid legte dar, daß das eine Forderung einfacher Billigkeit sei, die a. B. Charlottenburg bereits erfüllt habe. Von freisinniger Seite äußerte sich — niemand. Nur der Ausschussberichterstatter behauptete, nach Lage der Gesetzgebung könne man so nicht beschließen. Der Antrag wurde dann mit erdrückender Mehrheit abgelehnt. Für ihn stimmte durch unseren Genossen niemand.

Letzte Nachrichten.

Von der Cholera.

Konstantinopel, 21. September. (B. Z. B.) Die Cholera ist im Abnehmen begriffen. Gestern und heute wurden 27 Erkrankungen und 17 Todesfälle festgestellt, unter den Truppen 9 Todesfälle und 4 Erkrankungen. In den eigentlichen Krankheitsherden Daskoi, Buzukdere, Skutari und Kessim-Pascha wurde seit Tagen kein Cholerafall mehr verzeichnet.

Budapest, 21. September. (B. Z.) In Budapest sind mehrere neue choleraverdächtige Erkrankungen vorgekommen. Aus dem Weihenburger Komitat werden mehrere festgestellte Cholerafälle gemeldet.

Schiffsunglück bei Havre.

Paris, 21. September. (Fr. G.) Wie aus Havre gemeldet wird, ist das Schiff Nr. 37 aus Havre an dem Leuchtturm bei Havre gescheitert und gesunken. Zwei Matrosen sind ertrunken, die anderen konnten gerettet werden.

Stadtverordneten-Versammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 21. September, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Ausruf für den verstorbenen Stadtverordneten Deutsch (Hoz-fortschr.).

In den Ausschuss, der sich mit den Bauprojekten für sechs neue Gemeindeparkanlagen, sowie mit den für 11 städtische Pausenanlagen geforderten Nachbewilligungen zu beschäftigen hat, sind von der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtverordneten Fischer, Glöck, Hünke und Koblentz deputiert.

Zur Erörterung und Beschlussfassung steht zunächst die Vorlage betr. den Abschluss eines Vertrages mit der A. E. G. in Berlin über den Bau einer

Schnellbahn Gesundbrunnen-Nikdorf

auf Grund des vom Stadtv. Lenk (A. L.) erstatteten Ausschussberichts. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses haben wir bereits ausführlich berichtet. Der mit 7 gegen 6 Stimmen gefasste Beschluss des Ausschusses geht dahin, der Versammlung zu empfehlen, sich mit dem Abschluss des Vertrages auf der allgemeinen Grundlage des vorgelegten Entwurfes einverstanden zu erklären, wenn an Stelle der Hochbahn die Endstrecke zwischen Oranienplatz und Nikdorf bzw. zwischen Hünener und Christianiastraße als Unterpfasterbahn hergestellt werden und zugleich die Anlage eines Zwischenbahnhofes im Norden vorgesehen wird. Ueber diese Änderungen soll der Magistrat mit der A. E. G. neu verhandeln. Die Gesellschaft hat sich bisher nur mit dem Ausbau der Südstrecke als Untergrundbahn und nur unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, dass Berlin 5,9 Millionen Mark zuzuschießen (die Gesamtkosten ihres Projekts berechnet die A. E. G. auf 84 Millionen). Die Ausführung der Nordstrecke als Unterpfasterbahn erklärte sie wegen der technischen Schwierigkeiten für unzulässig, eventuell will sie sie nur übernehmen, wenn die Stadt 3,3 Millionen zuzahlt und eine Reihe weiterer Bedingungen betr. Zinsgarantie usw. eingetht.

Oberbürgermeister Fischer: Ich muß schon bei Beginn der Beratung auf die Nachteile aufmerksam machen, die ein Beschluß der Versammlung im Sinne der Ausschüsse an sich haben würden. Die Hoffnung, daß die A. E. G. bereit sein wird, auf die Ideen des Ausschusses einzugehen, erscheint nicht begründet; dazu kommen Erwägungen technischer Natur. Eine Untergrundbahn ist ja einer Hochbahn an sich vorzuziehen; die Prüfung durch unsere Techniker hat aber ergeben, daß die Untergrundbahn sich am Süden, nicht aber im Norden durchführen lassen wird, daß sie hier eine erhebliche Verschlechterung des Projekts bedeuten würde, ja nach Ansicht des Stadtbaurats Krause geradezu unausführbar ist. Auch würde ein verändertes Projekt an dieser Stelle die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht finden. Der Ausschussantrag würde somit die Ausführung des Projekts unmöglich machen. Der Magistrat hat schon vor einigen Wochen in meiner Abwesenheit beschlossen, dem Antrage nicht stattzugeben, auch wenn die Versammlung ihn akzeptiert. (Bewegung.) Ich glaube und fürchte, daß, wenn Sie dem Antrage zustimmen, die Aussicht auf die Verwirklichung des Baues nur noch sehr gering ist, daß etwas Gutes verworfen wird, weil noch etwas Besseres gedacht werden kann, was aber nicht erreichbar ist. (Beifall.)

Stadtbaurat Krause: Es ist nicht angenehm, daß die A. E. G., mit der wir ja von Anfang an wegen schon seit 6 Monaten verhandelnd, von ihrem Standpunkt abgehen wird. Der Referent hat gemeint, die A. E. G. könnte die Bahn für 62 Millionen ausführen, aber er hat den Unternehmer nicht genannt, der sie für diesen Preis zu bauen bereit wäre. Bei der Südstrecke handelt es sich ja lediglich um eine Finanzfrage; wir sollen bis 5,9 Millionen Garantie leisten. Wenn man nicht durch die Urbanstraße gehen will, kann man durch den Kottbuser Damm gehen, aber dort ist auch eine Hochbahn sehr wohl ausführbar, wie uns die A. E. G. noch heute nachgewiesen hat; sie würde dann bis zum Kottbuser Tor als Untergrundbahn geführt werden. Im Norden aber sind die technischen Schwierigkeiten zu groß, die Lage der Bahnhöfe dort ist sehr ungünstig, wir kommen 13 Meter tief und es müßten Aufzüge eingerichtet werden. Die Verlegung des Bahnhofs Gesundbrunnen nach der Ramlerstraße würde die Verlegung der Bahn erheblich erschweren; die A. E. G. rechnet hier einen Verlust von 175 000 Mk., kapitalisiert 4,4 Millionen, heraus, die wir außer den 3,3 Millionen noch zu übernehmen hätten. Die Bahnhöhe ist 4 Meter breiter als die Gieselerstraße; Bedenken gegen eine Hochbahn bestehen dort nicht, zumal ja die Schwedebahn dort einen größeren Teil der Straße eingenommen haben würde als das Projekt der A. E. G.

Der Widerstand gegen dieses Projekt in der Bürgererschaft überläßt und bestürzt uns. Letzt die Versammlung dem Ausschusse bei, so dürfte der ganze Bahnbau scheitern.

Stadtv. Hünke (Sog.): Die eben gehörten Erklärungen klingen nicht sehr hoffnungsvoll, was ich sehr bedauern muß. Die Verkehrswirtschaften für das Publikum, namentlich auch für die Arbeiterbevölkerung, sind tatsächlich im Norden wie im Süden unerträglich geworden. Wir verlangen, daß die Stadt auch diese Linie in eigener Regie erbaut, und dürfen auch glauben, daß, wenn die Stadt hier gleich energisch wie bei der Nord-Südbahn und dem neuen Projekt Koabit-Treptow vorgeht, wenn die A. E. G. sich weigert, ihre Bedingungen zu ändern, der Bau durch die Stadt ausgeführt werden kann. Der Verkehr Gesundbrunnen-Nikdorf ist schon jetzt ein außerordentlich großer und wird sich immer mehr steigern; finanzielle Bedenken können hier nicht ins Feld geführt werden. Wir hören heute vom Stadtbaurat, daß die Nachprüfung durch die städtischen Techniker ergeben hat, daß das Projekt der A. E. G. mit 8 Millionen weniger, also mit 76 Millionen auszuführen sein dürfte; man sieht daraus, mit welcher hohem Verdienste die A. E. G. rechnet. Die technischen Schwierigkeiten, die dem Ausbau der Nordstrecke als Untergrundbahn entgegenstehen sollen, erscheinen mir doch mehr vorgeschoben, um die Hochbahn durchzubrüden. Ich möchte mit dem Kollegen Lenk glauben, daß die A. E. G. ihren Widerstand aufgeben und uns annehmere Bedingungen stellen würde, wenn die Versammlung mit großer Mehrheit den Ausschussantrag annähme.

So gut wie übrigens die A. E. G. für dieses neue große Bauprojekt neue technische Kräfte usw. einstellen wird, so gut kann das doch die Stadt Berlin auch; und das Graulichmachen mit einer großen Schuldenlast kann doch niemand schrecken, auch die Rentabilität erscheint durchaus gewährleistet. Die Stadt hat also gar kein Risiko, wenn sie die Linie selbst errichtet. Wir sind freilich mit dieser Ansicht im Ausschuss allein geblieben. Somit können wir nur anheimstellen, wenigstens dem Ausschussantrage beizustimmen.

Stadtv. Aufmann (Fr. Fr.) freut sich im Gegensatz zum Vordränger, daß der Magistrat wieder das Privatkapital zu Bahnbauten heranzieht. Die freie Fraktion werde in ihrer großen Mehrheit den Ausschussantrag ablehnen, denn sie wolle vor allem, daß die Bahn gebaut werde.

Stadtv. Heumann (A. L.): Ein Ausspruch wie der des Oberbürgermeisters, der Magistrat wird so und so verfahren, gleichviel wie die Versammlung beschließt, ist mir in meiner 13jährigen Tätigkeit hier noch nicht vorgekommen. (Heiterkeit und Widerspruch.) Aber ich sage: Lange machen gilt nicht! Erst vor ein paar Tagen hat ja unser Oberbürgermeister Freundschaft geschlossen mit einem Ranne, mit dem er über ein Jahrzehnt lang im heftigsten Kampfe lag! Die überwiegende Mehrheit meiner Freunde wird für den Ausschuss stimmen.

Stadtv. Thieme (Fr. Fr.) spricht namens der Mehrheit, die in seiner Fraktion den Standpunkt der Ausschussmehrheit einnimmt. Eine Hochbahn dürfe man in der Bahndraht schon deshalb nicht errichten, weil die Konzession ja auf 90 Jahre erteilt werde, der Verkehr sich aber rapide steigern müsse, da der Brunnen in spätestens 10 Jahren zugebaut sein werde.

Stadtv. Rosenow (A. L.) bezieht sich auf die vorweg abgegebene Erklärung des Oberbürgermeisters, daß der Magistrat nicht mehr mit der A. E. G. neue Verhandlungen führen will. Die neue Linie werde heute einstimmig für den Ausschussantrag stimmen.

Stadtv. Jacobi (A. L.): Die Erklärung des Oberbürgermeisters war sehr dankenswert und wertvoll; er war auch zu dieser Erklärung verpflichtet, die uns Auffassung gibt über das, was hier im Interesse der Stadt liegt. Die Rentabilität hat die Verkehrsdeputation ganz anders beurteilt als Herr Fischer.

Stadtv. Albert (Fr. Fr.) spricht namens der Magistrats zu rechtfertigen. Mit der A. E. G. die erklärt habe, pflichtgemäß ihrer Ueberzeugung über den Anschlag und die Rentabilität Ausdruck gegeben zu haben, seien neue Verhandlungen absolut ausgeschlossen. Die Freunde des Ausschussantrages hätten sich teilweise in Widersprüchen bewegt.

Stadtv. Gronowald (A. L.) tritt mit großer Lebhaftigkeit für den Gesundbrunnen und für die reine Untergrundbahn ein. Damit schließt die Beratung. Mit großer Mehrheit wird der Ausschussantrag angenommen.

Der Ausschuss für die Vorprüfung der Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen hat — wie bereits gestern im „Vorwärts“ berichtet wurde, über die 3201 gegen die

Wichtigkeit der Gemeindeväterliste

in diesem Jahre erhobenen Einwendungen beraten und beschlossen, 573 davon als berechtigt anzuerkennen und die nachträg-

liche Eintragung der Reklamanten zu empfehlen. Referent ist Stadtv. Romm (Fr. Fr.)

Stadtv. Leib (Sog.): Man hat eine Reihe von Einsprüchen abgewiesen, weil die betreffenden Leute eine Extrazustellung erhalten haben. Es handelt sich da um Lieferung von Milch und um Beträge von 2 Mk., 2,50 Mk. usw. Wir halten den vom Ausschuss eingenommenen Standpunkt für etwas hart. Man verweist darauf, daß die Milch durch den Armenvorsteher, also aus öffentlichen Mitteln gegeben worden ist, folglich müsse die Entziehung des Wahlrechts die Folge sein. Das brauchte sie aber nicht zu sein, denn diese Art Unterführung ist doch nur ganz vorübergehender Natur. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es sind auch neuerdings Entschädigungen des Bundesamts für das Heimatwesen ergangen, nach denen der Begriff der „vorübergehenden Unterführung“ doch nicht ganz feststeht. Wir stellen besondere Anträge nicht, wollen vielmehr nur unseren Standpunkt markieren. Für ganz falsch aber halten wir den Standpunkt der Ausschussmehrheit, das Wahlrecht wegen erfolgter Krankenunterführung zu entziehen. Viele der Erkrankten sind ja bereit, durch Katzenabgabe die erwachsenen Kosten zu decken. Leider sind wir auch hier an Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes gebunden. In der Zwischenzeit ist aber doch immerhin ein Reichsgesetz zustande gekommen, welches den Begriff der Unterführung enger faßt und wonach die Gewährung von Krankenpflege oder die Uebernahme in Krankenanstalten in Zukunft das Reichstagswahlrecht nicht mehr tangiert. Leider hat Preußen noch nicht den gleichen Weg betreten; im Februar 1909 verabschiedete der Reichstag das Gesetz; nach fast 3 Jahren hat der preussische Landtag in dieser Richtung immer noch nichts getan, im Gegensatz zu anderen einzelnen staatlichen Verordnungen. Hoffentlich beschäftigen wir uns heute zum letztenmal mit dieser Frage.

Meine Freunde glauben, daß trotz der entgegenstehenden Entscheidungen die Versammlung den Betreffenden das Wahlrecht belassen könnte, wie es z. B. in Charlottenburg seit Jahren üblich ist (hört, hört!), ohne daß Einwendungen dagegen erhoben worden sind. Deshalb bringen wir hiermit einen bezüglichen Antrag ein.

Der Antrag wird abgelehnt; die Versammlung beschließt nach dem Ausschussantrage.

Die Entwürfe und Kostenschläge für den Bau eines neuen Wasserwerks in der Wuhlschloß

sind von dem eingesehten Ausschuss einstimmig genehmigt worden.

Ohne Debatte beschließt die Versammlung dementsprechend.

Von den Stadtv. Kämpf, Cassel (A. L.), Korte (Fr. Fr.) und Rosenow (A. L.) ist am 6. September mit insgesamt 73 Unterschriften folgender Antrag eingebracht:

„Den Magistrat zu eruchen, bei den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden Vorstellungen zu erheben zwecks Ergründung der zur Beseitigung der drohenden Versteuerung der Nahrungsmittel dringenden erforderlichen Maßnahmen.“

Die Stadtv. Dr. Arons und Genossen (Sog.) legten am 15. September den Antrag vor:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, unverzüglich Schritte zur Linderung der verhängnisvollen Lebensmittelsteuerung zu tun, sowohl durch Eingaben an die zuständigen Stellen um Aufhebung der die Nahrungsmittel verteuernenden staatlichen Maßnahmen als auch durch städtische Einrichtungen zur Versorgung Berlins mit Lebensmittel.“

Die Beratung beider Anträge wird verbunden.

Stadtv. Kämpf: Wir leben in schwerer Zeit. Das wirtschaftliche Leben auch der Hauptstadt wird beeinträchtigt durch internationale Spannungen, die hoffentlich bald beseitigt sein werden, und durch die Lebensmittelleuerung, die zum Teil schon zu einer Revolte in der Bevölkerung geführt hat. Die Fleischsteuerung ist bleibend schon seit Jahren, wiederholt schon haben wir uns damit befassen müssen. Im vorigen Jahre wurde eine gemischte Deputation eingesetzt, die eine Denkschrift auszuarbeiten sollte, die uns noch nicht vorliegt. Im August 1911 sind die Fleischpreise gegen August 1910 bis auf das Kalbfleisch und das Schweinefleisch weiter gestiegen, zum Teil erheblich, und dabei waren sie auch im August 1910 schon exorbitant. Die Aussichten auf die Zukunft sind sehr gering.

Die Maul- und Klauenseuche greift weiter um sich; die Futtermittelpreise steigen und die schlechte Kartoffelernte wird auch das Schweinefleisch im Preise wieder steigern. Ein Verkauf des Viehes wegen des Futtermangels ist dabei auch für die Konsumenten

Kleines feuilleton.

Johannes Proelß ist in Stuttgart gestorben. Als Sohn des ehemals bekannten Librettisten und Literaturhistorikers Robert Proelß am 4. Juli 1853 zu Dresden geboren, hat er sich als Lyriker, Novellist und Verfasser einiger Konversationslustspiele betätigt. In Stuttgart war er auch längere Zeit Mitredakteur der Gartenlaube; wurde jedoch schließlich kalt gestellt, angeblich, weil er nicht zu schreiben verstand, in Wahrheit jedoch, weil er allerdings den literarisch-ökonomischen Familienblattstil verschmähte und neuen, protegierten Reaktions-Talglückern der Gartenlaube Platz zu machen genötigt wurde. Adolf Kröner, der damalige Verleger, hat dann zwar den Schriftsteller noch einige Zeit gelegentlich beschäftigt. Im Grunde aber war Proelß auf journalistische Talglückerei angewiesen. Mehr Erfolg hat er auf dem Gebiet der literarisch-historischen Forschung errungen: nämlich als Biograph Joseph Viktor Schöffels, des Trompeters- und Elsbard-Dichters; ferner des frankfurterischen Humanisten Friedrich Stolze und als Herausgeber Lenauers Briefe. Bleibende Bedeutung besitzt sein Buch über: „Das junge Deutschland“, dem jedoch ein großangelegtes Werk: „Jugendlicher Sturm und Drang“ von H. S. Dönders berücksichtigend und ergänzend zur Seite getreten ist.

Thalia auf Eis. Jetzt wird auch in den Berliner Eispalästen — Theater gemacht. In dieser Verschönerung des schönen Eislaufsports schreibt Julius Wab in der Schaubühne: Ich finde nicht, daß Berlin als Theaterstadt Fortschritte macht, in der Höhen- oder Tiefendimension, meine ich; in der Breite aber wächst es fürchterlich, und die Berliner scheinen nachgerade nichts und nirgends mehr gehen zu können, wenn nicht ein bühnen Theater dabei ist. Im Circus müssen die hohe Schule und der dumme August schon längst hinter dem Ausstattungstheater zurückbleiben. Das Variété ist drauf und dran, aus einer Stätte der ehelichen Reduzierung, Schlagenmenschen und Panderlspieler ein schlechtes Operntheater zu werden. Unsere Landpartien arten in Naturtheater aus, und jetzt beginnt dieser Polack auch noch den Sport zu verschlingen. Zunächst ist die Dame Thalia einmal auf Eis gestellt worden. Ruhte dies Unternehmen sich so grauam verpöbeln? War es wirklich nicht mit den unergiebigsten Ebleren, reinlichen und imposanten Vorführungen allein zu halten, die man noch jetzt dort vor neun und nach zehn Uhr im sportlichen Teil bewundern kann? Denn daß das Theater auf alle Fälle etwas „Höheres“ sei, ist ein etwas verdächtigter Kommissionspunkt. In der Sportbegeisterung kann hingebungsvolles Sachinteresse, begeisterungsfähige Leidenschaft, echter Schaulustsinn sich ausleben. Das Theater aber in dieser Form bedeutet nichts als ein Aufheben für faule Gehirne, die ein paar möglichst gewöhnliche, möglichst zusammenhanglose Vorstellungen durchzuführen lassen wollen, und für stumpfe Sinne, die die größte Durcheinanderschüttelung

von Farben und Form noch eben ein bißchen kräftig. So als ein Verdauungsmittelgen des positiven Philisteriums ist das Theater eine böse Niederungserscheinung, und die Freunde der Kunst sollten sich vielleicht doch mehr Sorge darüber machen, daß die Theaterstadt Berlin — derartig ins Breite wächst, wie daß sie ihnen nicht schnell genug in die Höhe sproßt.

Theater.

Lessing-Theater. „Alles um's Geld.“ Fünf Akte von Herbert Eulenberg. Die irrisierend-phantastische Art des Dichters, den Entschlossenheit früher für eine große Zukunftsvision der deutschen Bühne hielten, ist sich gleichgeblieben. Einfälle, Amrisse, seltsame Situationen, Bilder und Vergleiche strömen ihm in Flüssen zu. Aber zu dem drängenden Gevölk dieser Assoziationen gesellt sich nicht die Kraft des gliedernden Gestaltens, seinem Dichten fehlt die Gabe konzentrierender Verdichtung, die des prägnanten Abwägens, des überlegenden Verstandes nicht entzehen kann. So stürzt er in seiner dramatischen Produktion von einem Verzicht zum anderen, und jeder trägt die Spuren kläglichster Improvisation, zerfallener Willkür. Ein Spiel von Schattenspielen schließt sich an die Stelle der Entwicklung von Individualitäten und Konflikten und erzeugt im Zuschauer — auch dem, der willig mitzugehen versucht und regame Empfanglichkeit für alles Neue mitbringt — bald ein Gefühl qualvoll erwidender Zwecklosigkeit. Das zeigte sich auch bei der Aufführung des neuen Stückes. Die souveräne Freiheit, mit der sich Eulenberg über die Wirklichkeit hinwegsetzt, frapierete anfangs, schien in gewissem Maße originell und schön und weckte die Erwartung irgend welcher Intentionen, zu deren Ausdruck dieser Stil als Mittel dienen sollte. Jedoch sie blieben aus. Jeder Schritt weiter brachte immer neue, immer krampfhafter verzerrte und höhere Unmöglichkeit. Nach dem dritten Akte setzte die Opposition energisch ein, der vierte wurde mit eifrigem Schweigen aufgenommen, erst am Schluß rafften sich die unentwegten Anhänger wieder zu lärmend demonstrativem Beifall auf. Versam dankte in des Autors Namen.

Herr Vincenz, den der Theaterzettel dem Wohlwollen der Zuschauer als eine „Kreatur Gottes“ empfiehlt und das ganze um ihn in seiner Dahnmannde verammelte Menschenhäuflein — der kranke Sohn, die verführte Tochter und ihr in Anbetung erserbender Verehrer, der Schreiber Cassian — sind nach des Dichters Ansicht ausserordentliche Naturen, die tragischerweise am stumpfen Widerstand der Welt zu Grunde gehen. Sie stellen sich gegenseitig dieses Reugnis aus. Was man im übrigen von ihnen sieht und hört, ist nur Verblüdung. Wenn Jhsens Gabriel Vormann, der Gefranndete, von den Millionen träumt, so lebt darin der Nachhall einer Wirklichkeit. Er hatte nicht das Neug zum großen kapitalistischen Grobierer. In seiner Sehnsucht nach dem Golde pulst elementarere Schaffensdrang, täuscht ihm die Perspektive eines allgemeinen Fortschritts vor. Da zeigen sich bedeutsame Beziehungen, an die das Interesse anknüpft. Vincenz verhäßt Reichstumsdifferenzen sind jedes solchen Hintergrundes bar.

In kindischer Verblüdung, törichten Spekulationen hat er sein mütterliches Erbeil durchgebracht und redet sich nun ein, das Schicksal schauhe ihm Abwende. Von jedem Tage erwartet er das Wunder. Eine königliche Ausstattung soll die Tochter erhalten, in Samt und Seide will er die Seinen kleiden. Das ist der ewig wiederkehrende Refrain seiner eckigen Sinnigen, im Leeren schweifenden Vergehrlichkeit. Sinnlos verpricht er, sinnlos ist sein ganzes Tun und Treiben. Als die Tochter ihm gesteht, daß sie von einem verheirateten Manne ein Kind unter dem Herzen trägt, ruft er einfach seinen getreuen Cassian, den still verlebten Schreiber, man, herbei: Er mag das Mädchen heiraten. Der Jüngling läßt sich herbeifügen, und auch die edle Schwärmerin scheint nicht abgeneigt. Sie wartet akkurat bis zu dem Hochzeitstage und erbrütigt sich dann mit goldener Kette. — Ein ganzer Akt wird aufgewendet, zu zeigen, wie Vincenz beim Verlust, dem reichen Vater nochmals Gelder abzuhängen, Schiffbruch leidet. Aber später schied der alte Herr aus unbekanntem Gründen in einem Briefe zwanzigtausend Mark und Vincenz in Verzweiflung über den Tod seines armen Jungen verbrennt das ungeöffnete Kuvert — zur Totenerbe. Die romantische sentimentalen Partien wechseln mit burlesk fälschlichen Gläubigerzügen ab. Schließlich taucht eine steinreiche, feiergute alte Jungfer auf, die aus Hochachtung und Mäßigung den Witwer Vincenz heiraten und alle Schulden zahlen will. Der Held ist davon anfangs hoch begeistert, bis er dann plötzlich wieder anderen Sinnes wird. Im Schlußakt sieht man ihn als gebrochener Mann von der guten Dame behütet. Er hat endlose Traumgesichte und scheidet sich endlich tot. Cassian spricht an der Leiche der Bewunderung.

Die Aufführung war erstklassig. Oskar Sauer gab den Schwadronaden des Träumers einen Schimmer lebenswärtiger Vermogenheit und half dem Schönen, soweit der Text es zuließ, zu einem Schein des Lebens. Sehr innige und warme Töne fand Pauline Hertlich in der unklaren Rolle der Tochter. Von den anderen Leistungen sei besonders Marsz über Vorlesung Gilarius, Horaks Heiratvermittler, Stieler's Cassian und Jika Grünings Prachtvolle des alten Jüngferchens hervorzuheben.

Notizen.

— Goethes „Rephissophetes“ im Faustdrama erachten die jüdischen Gemeinden von Wilmersdorf als eine — Satire auf das Judentum. Nun protestieren sie heftig. — Bedelinds „Wächse der Pandora“ wurde im Neuen Schauspielhaus zu Königberg aus sittenpolizeilichen Gründen verboten. — Frau Elise Schwaichel bittet auf diesem Wege dem Parteivorstand, den Delegierten der Provinz Sachsen zum Jenaer Parteitag, den delegierten Genossinnen sowie allen, die in loerbender Weise ihres 80. Geburtstages gedacht haben, herzlichsten Dank zu sagen.

durcharbeitet. Das Brotgetreide ist zurzeit um 5 (Weizen), 14 (Roggen und Hafer), 15 (Gerste), 30 (Mais) Prozent teurer als im Durchschnitt der Jahre 1900—1910. Dabei trifft die Auffassung, daß wir 1911 eine schlechte Getreideernte haben, nach den neuesten Feststellungen nicht zu, die Roggenernte wird sogar sehr gut ausfallen. Aber billiger wird das Brot deshalb nicht werden, so schwer es dem gesunden Menschenverstande wird, das zu begreifen. Schuld sind daran die Hölle, ist das Zollsystem. Gleiches gilt vom Futtermittel. Das Fleisch hält also etwa seinen Preis, das Brot aber wird teurer. Ganz außerordentlich getrieben sind die Preise für Gemüse, Mohrrüben, Bohnen, Kohl; ebenso sind Butter, Eier, Milch teurer geworden. Die Kartoffeln haben 100—150 Proz. Preisaufschlag erfahren. (Hört, hört!)

Die Dürre soll ein Unglück sein, das man hinnehmen muß — aber wenn diese Dürre in ihren verheerenden Wirkungen durch künstliche Mittel, durch die Gesehgebung noch gesteigert wird, so müssen die Konsumenten, die Kommunen sich regen, um dem Begriff des Konsumenten, der schon fast zum Märchen geworden ist, wieder Beachtung zu schaffen. England hat sich in dem gestorenen oder gestörten argentinischen Fleisch ein Hilfsmittel für die Volksernährung geschaffen. Zur Ruhbarmachung dieses Fleisches müssen freilich sanitäre Einrichtungen getroffen werden, die den Import auf Jahre hinaus stellen. Das ist in England der Fall; bei uns aber hindert das Fleischbeschaugesetz geradezu diesen Import und will ihn hindern. Die Regierung hat nichts getan, um angesichts der Fleischsteuerung ein Ventil zu öffnen.

Frachtherabsetzung hätte kaum eine Wirkung. Die Frachtmehrigung für Futtermittel, Gerste, Hafer, Mais kann die Preissteigerung nicht entfernt ausgleichen; sie kommt nur den Rüchtern zugute, was an sich ja durchaus wünschenswert ist. Beim Brotgetreide wirken die Ausfuhrerleichterungen jedenfalls nicht im Interesse der Konsumenten. Billiges Brot und billiges Fleisch kann nur durch Suspendierung der Futtermittelzölle und Milderung der Nahrungsmittelzölle erlangt werden. Wieweit eine selbständige Aktion der Kommunen hier in Frage kommt, wird auch für Berlin zu prüfen sein. Gegen die Fischnahrung bestehen Vorurteile, denen begegnet werden muß; es wäre ein Glück, wenn es gelänge, den Seefischen größeren Eingang in unsere Haushaltungen zu verschaffen. Ich beantrage, beide Anträge der noch bestehenden gemischten Deputation zur schleunigen Berichterstattung zu überweisen.

Stadtv. Wurm (Soz.): Die arbeitende Bevölkerung leidet unter dem Mangel an Lebensmittelleistungen mehr als jede andere Bevölkerungsklasse. Soll die von oben herab als „himmlische Präfung“ bezeichnete Teuerung eine ständige Einrichtung werden? Der Staat ist es in erster Linie, der an den schreienden Missetaten die Schuld trägt; die Agrarpolitik, die Junkerherrschaft bringt uns die Preisnot, die Brotnot, alle diese Räte, und dabei ist jenen Herren der Jolltarif ja noch nicht vollkommen, noch nicht lückenlos genug! Ich freue mich, daß der Vortrager so entschieden sich gegen die Nahrungsmittelzölle wandte; ich würde mich noch mehr freuen, wenn in allen Teilen des Reiches seine Parteifreunde dieselbe Stellung einnahmen. Leider hat man da auch entgegengekehrte Meinungen vertreten, ich erinnere nur an Herrn Schyllings Wort: „Rein Mensch denkt daran, die Getreidezölle in Kauf und Bogen aufzuheben.“ Die Not der Bevölkerung entspringt den Jollen und der angeblich zum Schutz gegen Verfeuchung ergangenen Gesehgebung. Die Laizade widerspricht der immer wiederholten Behauptung, daß Deutschland die Dedung seines Bedarfs allein besorgen kann; das liegt ja gar nicht im Interesse der Produzenten, denn dann könnten die hohen Preise nicht gehalten werden. Gewiß lassen sich noch viele tausend Hektar Moor kultivieren; aber bei dem heutigen Tempo dieses Betriebes müssen wir nach dem Freiherren von Wangenheim ja noch 300 Jahre darauf warten! Hätten wir billige Futtermittel, so ginge es noch an, aber bei den hohen Schutzzöllen, die darauf lasten, kann von einem Ruhen der verflügten Tarifermäßigung keine Rede sein.

Und nun die Grenzsperrn! Ein Drittel des deutschen Viehes, das gegen die Seuchen geschützt werden soll, ist bereits verseucht; und dieses Verhältnis wird nicht besser werden, solange wir nicht eine bessere Kontrolle unserer Viehställe haben, die aber die Agrarier stets abgelehnt haben. Das argentinische Fleisch kann nicht zu uns herein, es wird durch § 12 des erwähnten Gesetzes ferngehalten; trotzdem muß man fordern, daß die Ausschlußvorschriften gegen dieses Fleisch beseitigt werden. Es hätten doch Massenepidemien in England, in der Schweiz usw. eintreten müssen, wenn dieses Fleisch wirklich gesundheitsgefährlich wäre.

Beim Getreide haben wir es nicht bloß mit den Jollen, sondern auch mit der feinen Einfuhrzölle zu tun, welche fast dieselbe verteuernde Wirkung üben wie die Seuchengesehgebung beim Fleisch. Der Weizenpreis steht heute bei uns genau um den Jollbetrag höher als im Ausland. Die Einfuhrzölle wirken als Ausfuhrprämie und wir kommen dadurch in die tragikomische Lage, daß deutscher Roggen nach Rußland geht, um russisches Vieh gut und billig zu füttern, das dann aber mindestens um den Joll verteuert über die Grenze zu uns kommen kann; der Roggen wird gleichzeitig auch verteuert —

geradezu wider sinnige Maßnahmen, die aber denen, die sie treffen, zum großen Vorteil gereichen. Die Beseitigung der gemeingefährlichen Ausfuhrzölle muß vor allem gefordert werden, auch im Interesse der Reichskasse, die in dem letzten Jahre allein 123 Millionen Mark dadurch verloren hat. (Hört, hört!)

Außer durch diese Prämie ermöglicht der Staat die leichtere Ausfuhr auch noch durch besonders billige Frachtsätze. Gegen diese einseitige Agrarpolitik müssen auch die Gemeinden Front machen. Woher soll der Arbeiter die Teuerung erschwern? Er muß zu neuen Lohnkämpfen übergehen; die Gemeinden müssen Teuerungszulagen geben. Was hat Berlin, die größte deutsche Gemeinde, zur Linderung der Not an ihrem Teil getan? Im vorigen Jahre warf unser Vortrager diese Frage auf. Da hat man die Sache auf die lange Bank geschoben, man schickte die gemischte Deputation ein, man hat auf den Städtetag vertröstet, und der hat schmächtig versagt; die Sache kam ganz zuletzt auf die Tagesordnung, und es waren nur noch sehr wenige Leute da, so daß in der Verhandlung nicht mehr eingetreten werden konnte; das ist auch ein charakteristisches Zeichen, wie die deutschen Städte verwaltet werden.

Die gemischte Deputation trat erst nach einem Jahre zusammen und hat nur eine Sitzung gehabt. Wie können wir uns unterdessen dafür wirken, der

Bevölkerung billige Nahrung zuzuführen?

Die Gemeinden um Berlin sind und da daran interessiert; Seefischmärkte sind errichtet worden in Wilmsdorf und Charlottenburg. Gestern wurde in der Markthallenkommission mitgeteilt, daß der Reichszentraler einen Kommissar zu uns geschickt, um uns nachzulegen, für Versorgung der Bevölkerung mit Seefischen zu sorgen. Man weiß ja, was dafür das Motto ist, das Bestreben, den Joren gegen die Grenzsperrn einzubäumen, einen kleinen Vorteil aber bietet diese Maßnahme immerhin für die Bevölkerung, ebenso der Verbrauch von Fleischkonserven. Aber sobald wir einen solchen Versuch machen werden, Fischnahrung zu betreiben, werden wir es mit den Interessenten zu tun bekommen; hat doch schon im Juni der Verband deutscher Seefischhändler gegen die kommunalen Seefischmärkte scharfen Protest eingelegt! Das gibt einen Vorgeschmack von der Agitation, die wir zu erwarten haben.

Arg ist auch die Preissteigerung des zwar nicht eigentlichen Nahrungsmittels, aber doch gewohnheitsmäßigen Sättigungsmittels der breiten Masse, der Kartoffel. Großmützig gestattet die Regierung den Brennern, mehr Getreide zu brennen, damit mehr Kartoffeln auf den Markt kommen! Tatsächlich gehen dabei bloß die Brenner, niemand sonst. Will man hier wirklich volkstreu handeln, so muß man unsern Weg des Schnapsbrennens

gehen; das Minus von 600 000 Hektoliter Konsum hat ganz anders eingewirkt. Ein kommunaler Kartoffelbezug ließe sich sehr wohl durchführen. Die Milchsteuerung muß gerade die Stadt Berlin, die jährlich für 55 Millionen Mark verkonsumiert, dahin führen, den Milchbetrieb, die Milchversorgung in Kontrolle zu nehmen und selbst Milch zu liefern. Ein Anfang ist ja dazu schon gemacht, aber unsere Rieselgüter sind beschränkt und von gewissen Seiten will man diesen Betrieb wieder einschränken. Die Not zu lindern wird möglich sein, wenn alle Betriebe, alle Organisationen zusammenarbeiten.

Ich hoffe optimistisch genug, daß der herrschende Rothand, der sich in diesem Winter noch zu einer furchtbaren Skalamität auszuweiten wird, die Stadt Berlin dahin bringen wird, im Sinne unseres Antrages zu verfahren. (Beifall bei den Soz.)

Oberbürgermeister Rischner: Die Teuerungsercheinungen beschäftigen unangenehm den Magistrat, der gern bereit ist, sich in der gemischten Deputation mit Ihnen über die Hilfsmittel zu besprechen. Ich habe mich für den Fall, daß die Stadt dazu übergeben sollte, selbst Lebensmittel abzugeben, an unsere Güterverwaltung gewandt. Wir haben fast überall auf den Gütern eine Rührernte in Kartoffeln. Mohrrüben sind in größeren Quantitäten vorhanden, aber im wesentlichen liegt auch hier eine Rührernte vor. Fleisch könnte möglichenfalls in größeren Quantitäten abgegeben werden. Mit der Seefischnahrung hat sich die Markthallenkommission schon wiederholt beschäftigt, neuerdings ist auch eine Antrags des Kanzlers gekommen. Es wird von ihr empfohlen, in den städtischen Markthallen Verkaufsstellen für Seefische unentgeltlich unter städtischer Kontrolle zur Verfügung zu stellen, die Ankunft der Seefischsendungen an den Säulen bekanntzugeben. (Beifall.) Auf die Tagesordnung des Städtetages konnte der Gegenstand nicht kommen, weil sie längst festgestellt war und die Referenten ernannt waren; in der Zwischenzeit ist aber nichts verabsäumt worden. Der Magistrat wird sicherlich bereit sein, alles zu unterstützen, was irgendwie geeignet ist, den Rothand zu mildern und zu beseitigen. (Beifall.)

Damit schließt die Beratung. Die beiden Anträge werden der bestehenden gemischten Deputation zur schleunigen Beratung überwiesen.

Für die Vorbereitung der Wahlen der 40 Vertreter, welche Berlin in die Verbandsversammlung von Groß-Berlin auf Grund des

Sonderverhandlung

zu entsenden hat, soll nach dem Magistratsvorschlage eine gemischte Deputation (5 Magistratsmitglieder, 10 Stadtvordordnete) eingesetzt werden. Die Versammlung stimmt zu und wählt die 10 Mitglieder durch Zufall. Darunter auch Heilmann und Dr. Wehl (Soz.).

In das vergrößerte Kuratorium der Zentralen Buch sind 8 Stadtvordordnete zu wählen. Die Wahl wird vollzogen; zu den Gewählten gehören auch die Stadtv. Dr. Arons und Böhm (Soz.).

Das Dispositionskontingente von 600 000 M. im Etat für 1911 ist bereits jetzt aufgebraucht. Der Magistrat beantragt eine Nachbewilligung von 200 000 M., die aus dem Ueberschuß von sechs Millionen aus dem Etatsjahr 1910 gedeckt werden soll.

Stadtv. Sassenbach (Soz.) verweist darauf, wie recht seine Freunde gehabt hätten, als sie voriges Jahr die Erhöhung auf eine Million Mark beantragten. Der Antrag sei abgelehnt worden, weil man die 100 Proz. nicht überschreiten wollte. Jetzt sei noch nicht das halbe Etatsjahr vorbei und der Fonds von 600 000 Mark schon verbraucht, ein Beweis, wie fehlerhaft die Ablehnung jenes Antrages gewesen. Mit den 200 000 M. werde auch nicht viel zu machen sein, man solle 400 000 M. bewilligen und auf den Ueberschuß aus 1910 verzichten, der 1,3 Millionen Mark höher sei, als im Etat für 1911 vorgegeben.

Der Antrag Sassenbach wird vom Vortrager Michalek unterstützt und von der Versammlung angenommen. Schluß 11 Uhr.

Jugendbewegung.

Ueber die Jugendbewegung in Oesterreich veröffentlicht das Verbandsorgan „Der jugendliche Arbeiter“ eine interessante Statistik. Von den 8558 ordentlichen Mitgliedern sind mehr als drei Viertel Lehrlinge und jugendliche Hilfsarbeiter im Alter von 14 bis 18 Jahren. 1547 Mitglieder gehören schon den Gewerkschaften an, in die jeder Verbandskollege beim Erreichen des 18. Jahres eintreten muß, wenn er nicht aus der Gemeinschaft der Arbeiterjugend ausscheiden will. Die meisten Mitglieder hat der Verband jugendlicher Arbeiter Oesterreichs in Deutschböhmen, nämlich 4659, dann folgt Niederösterreich (Wien) mit 2563 Mitgliedern. Sprunghaft hat sich die Entwicklung in Böhmen vollzogen, wo 1907 erst 9, 1908 schon 68 und Ende 1910 128 Ortsgruppen und Zählstellen bestanden. Ein trefflicher Beweis für die kolossale Verschärfung des Klassenkampfes nach den roten Wahlen von 1907, wo die Einfangung der Arbeiterjugend für die geldharnischen „Jungmannschaften“ unsere Genossen zur Gegenwehr aufriefen. Das Verbandsorgan begann 1902 mit 3000 Exemplaren und stieg bis jetzt auf eine Auflage von 10 500. Mit den nichtdeutschen Jugendorganisationen besteht ein Verbandsverhältnis. Die Verfolgungen beschränken sich auf angebliche und wirkliche Uebertretungen des vorhinmilitärischen Kolportagebotes und des Vereinsgesetzes. Von einem behördlichen Vernichtungskampf ist nicht zu berichten.

Arbeiter-Jugend.

Aus dem Inhalt der selben erschienenen Nummer 19 heben wir hervor: Die Sozialdemokratie und der Völkerridder. — Auf Gummischuh (Fortsetzung). Von Alwin Rudolph. — Der Profit. Von Gustav Schlein I. — Einiges über Orakel (Illustriert). Von Hermann Krafft. — Vom Kriegsschauplatz. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Der König der Magabunden (Fortsetzung). Erzählung von Erwin Rosen. — Ein Kampf um Recht. Von Kersten. — Politische Satire in der altniederländischen Kunst (mit Illustrationen). Von W. Hausenstein. — Abendstille. Gedicht von Carl Busse. — Interessantes von der Sprache. — Ein Jungenstreik. Erzählung von August Wysocki.

Aus Industrie und Handel.

Diskonterhöhung.

Am Donnerstag haben die Notenbanken in London, Paris und Brüssel den Diskont um 1 Proz. erhöht; die Bank von England ging auf 4 Proz., die Oesterreich-Ungarische Bank auf 5 Proz., die belgische Nationalbank auf 5½ Proz. hinauf.

Die goldene Internationale.

An der Kapitalisierung der Türkei ist Deutschland stark beteiligt. Es ist besonders der Konzern der Deutschen Bank, verbunden mit den Unternehmungen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, der die wirtschaftliche Erschließung Kleinasiens eifrig betreibt. Als wichtigste Konkurrenten kommen Oesterreich-Ungarn und Frankreich hinzu, aber auch die Vereinigten Staaten von Amerika haben in der Türkei schon Erfolge erzielt. Die Gemeinschaftsgesellschaft der Elektrizitätsindustrie begannen für die Türkei vor zwei Jahren mit der Gründung der „Union Ottomane“, Gesellschaft für elektrische Unternehmungen im Orient, Zürich. Das Kommando hatte schon im Gründungsjahr die Deutsche Bank. Beteiligt waren außerdem fünf Pariser und ein belgisches Bankinstitut, die Kommerz- und Diskontobank war ebenfalls beteiligt. Es handelte sich

bei der „Union Ottomane“ um eine gemeinsame Transaktion der angeblich gegnerischen A. G. mit den Siemens u. Halske, resp. Siemens-Schudert- sowie Schudert-Nürnberg-Konzernen. Mit 12 Millionen Mark Aktienkapital trat die „Union Ottomane“ ins Leben.

Das neugeborene Unternehmen bemühte sich, möglichst viele türkische Konzessionen zu erhalten. Bei der Gründung übernahm es die Aktienmehrheit der Konstantinopler Straßenbahn von der Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg (Schudertkonzern). Es sollte dann versucht werden, die Konzession für ein Konstantinopler Telephonnetz im Verein mit den Deutschen Telephonwerken zu erhalten. Ebenso versuchte man die Berechtigung zum Bau eines Elektrizitäts-Licht- und Kraftwerkes für den europäischen Teil der Stadt und seine Banneile zu erreichen.

Beides mißlang. Die Telephonkonzession kam in amerikanische Hände, das andere Projekt wurde einer ungarischen Firma — Ganz u. Co., Budapest — genehmigt. Bei der letztgenannten Firma ist also auch wieder die A. G. interessiert.

Den leitenden Kreisen der „Union Ottomane“ schien es nach dem Aufgeben ihrer ersten Pläne am liebsten, eine neue große Gründung durchzuführen. Die Liquidation der Züricher Gesellschaft wurde beschloffen. Da die „Union Ottomane“ aber die Aktien der Konstantinopler Straßenbahn noch in ihrem Portefeuille hat, und außerdem die türkischen Pläne nicht aufgegeben werden sollen, gründet man ein neues, gleichartiges belgisches Unternehmen. Die neue Gesellschaft wird die Straßenbahnaktien übernehmen und zwar gegen Barzahlung. Die Liquidation der „Union Ottomane“ wird so ein ganz leichtes Extragefühl.

Der Konstantinopler Elektrizitätsstrukt soll mit einem Aktienkapital von 45 Millionen Frank und außerdem 45 Millionen Frank Obligationen Anfang Oktober in Brüssel entstehen. Im Gründungsjahr sollen dieselben Interessenten wie in dem Züricher Unternehmen. Das Kapital des Krusts soll zum Ankauf der Straßenbahnwerte der „Union Ottomane“ dienen, sodann wird von der Deutschen Orientbank, die am Unternehmen ebenfalls beteiligt ist, die Metropolitan-Tunnelgesellschaft übernommen. Ganz u. Co., Budapest, die die Konzession zur Konstantinopler Licht- und Kraftzentrale erhalten haben, bringen dieses Unternehmen in die neue Gesellschaft ein. So geht auch der größte Teil der Beleuchtungskonzessionen in die Hände des neuen Unternehmens über.

Mit diesem Gründungsvorgang ist wieder einmal bewiesen, wie auch scheinbar widerstreitende Interessen rasch und sicher, natürlich mit anständigem Gewinn, unter einen Hut gebracht werden, zum Segen der Aktiendividende.

Gewinnsteigerung. Fast jeder Abschluß der großindustriellen Unternehmen zeigt von einer glänzenden Lage. Das könnte nach den Demonstrationen in der Unternehmensehre über die schwere Belastung der Industrie durch die Sozialversicherung überraschen, wenn man nicht von vornherein gewußt hätte, daß jene Klagen nur als Mittel zur Erlangung von Ausnahmegesetzen gegen die Gewerkschaften gedacht waren. Den größeren Gesellschaften mit sehr guten Abschüssen reicht sich nun der Schweizer Bergwerksverein an. Der Gesamtüberschuß für das Geschäftsjahr 1910/11 beträgt nach Abzug aller Verwaltungskosten und Zinsen 7 718 614 M. gegen 7 507 198 M. im Vorjahre. Der Aufsichtsrat beschloß, auf Anlagevermögen 3 500 000 M., wie im Vorjahre, abzuküpfen und der für den 31. Oktober einzuberufenden Generalversammlung 8 Proz. Dividende, wie im Vorjahre, vorzuschlagen und 760 753 M. gegen 520 189 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

Eine Mahnung.

In Deutschland tobt an vielen Orten ein „Milchrieg“, hervorgerufen durch die Trockenheit, die Unmöglichkeit, das fehlende eigene Milch- und Kraftfutter durch billiges ausländisches zu ersetzen (dank eigener Schuld der Bauern!), und die Weigerung der Konsumenten, höhere Preise zu zahlen. In Amerika gab es auch Farmerstreiks, die infolge der Trockenheit höhere Milchpreise forderten. Hören wir einmal, was dazu die „Farmerpost“, eine der größten Farmerzeitungen des mittleren Westens, schreibt:

„Alle Autoritäten bestätigen, daß unsere Kühe nicht halb soviel Milch und Butterfett produzieren als sie sollten. Es gibt Gegenden, in denen die Kühe 100 Proz. und noch mehr denn unsere produzieren. Das bedeutet natürlich, daß unsere Kühe nicht genug Geld für den Eigentümer bringen. Viele von ihnen geben überhaupt keinen Profit. Nun, was ist das Heilmittel? Das am meisten vorgeschlagene Heilmittel ist die Erhöhung der Preise, d. h. die Konsumenten noch etwas mehr einzuflehen. Zu viele von uns, in den Städten wie auf dem Lande, versuchen ihre Existenz auf den Schultern ihrer Mitmenschen aufzubauen. Wir sollten unsere Existenz auf uns selbst aufbauen. Der Farmer, der Kühe melkt, ist zu einem anständigen Preise für seine Milch oder seine Butter berechtigt, aber ist er auch berechtigt zu einem Profit von Kühen, die nur halb soviel Milch oder Butterfett hervorbringen als sie sollten? Ist gerade das das einzige anständige Hilfsmittel, die Kosten für den Konsumenten zu verteuern? Wenn der Farmer durch entsprechende Züchtung seine Kühe mehr als doppelt soviel produzieren mag, dann erhöht sich sein Verdienst noch um weit mehr als das Doppelte, weil die Futterkosten nicht in entsprechendem Maße steigen.“

Wilt das nicht auch bis zu einem gewissen Grade für Deutschland?

Gerichts-Zeitung.

Einen umfangreichen Handel mit Feserbewurk.

Die unter falscher Flagge in das Publikum eingeschmuggelt worden ist, hat der Kaufmann Karl Krüger, der gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen wurde, betrieben. Er hatte sich wegen Nahrungsmittelfälschung und Betruges zu verantworten. Die Anklage richtete sich ferner gegen Hermann Schrollner und den Wurstwarenhandeler Anton Rupp in Frankfurt a. M. Letzterer war nicht erschienen, weil er inzwischen geisteskrank geworden ist. Krüger ist der Sohn eines Regierungs-Forstrats. Nach Verlassen der Schule wurde er Advokat und ist als Unteroffizier aus dem Militärdienst geschieden. Dann wurde er Kaufmann und Reisender. Seit dem Juli 1909 betrieb er in Berlin und Bororten ein umfangreiches Wurstwarengeschäft, u. a. in Lichtenberg, in der Prenzlauer Allee und zuletzt in Vohlgangens-Rummelsburg. Er machte eine große Reklame und inserierte in etwa 20 Tages-, Fach- und Provinzialblättern. Er pries gewöhnlich „schneideste und garantiert einwandfreie Herbelat, Salami, Ploß, Mett- und Polnische Wurst zum Preise von 82—85 M. bezw. 58—60 M. pro Zentner“ an. Seine Ware ging an eine große Anzahl von Wurstwarenhandlern in den verschiedensten Provinzen, denn der billige Preis lockte an, und so nahm sein Geschäft einen großen Umfang an. Es hat sich aber dann durch Untersuchung herausgestellt, daß es sich der Hauptfache nach um Feserbewurk handelt und der Angeklagte ein bedeutender Kunde eines Feserbewurkfabrikanten in Weihenstephan war. Der Angeklagte Krüger behauptete zunächst, daß gegen die Zusammensetzung seiner Wurstwaren gar nichts einzuwenden sei, und als ihm der Vorkisende vorhielt, daß er doch nachweisbar Feserbewurk verwendet habe, ohne seinen Abnehmer etwas hiervon zu sagen, erklärte er ganz naiv: Feserbewurk sei ja billiger, aber es schmecke besser und seine Preise seien doch auch sehr niedrig gewesen. — Da Krüger schon eine Zeitlang in Herzberge gewesen ist, ergab sich die Notwendigkeit, seine Verhandlungsfähigkeit zu prüfen. Sachverständiger Dr. Ely hielt eine Verhandlungsfähigkeit für ausgeschlossen. Der Angeklagte

Habe in Bergberge Seullische Anzeichen des Größenwahns erkennen lassen; u. a. habe er sich mit dem phantastischen Projekt getragen, sämtliche Restaurateure Berlins mit einer bestimmten Sorte Wurst zu versehen und auf diese Weise ein ungeheures Geschäft zu machen. Der Angeklagte leide an schwerer Störung des Zentralnervensystems, es liege hier geradezu ein Schulfall von Paralyse vor. — Sachverständiger Dr. Schmidt schloß sich diesem Gutachten an und stellte den Antrag, den Angeklagten auf seinem Geisteszustand in einer öffentlichen Anstalt beobachten zu lassen. — Das Gericht beschloß nach diesem Antrage.

Die Strafsache Krüger wurde daher abgetrennt und nur gegen Schröter verhandelt, gegen den nur ein Straffall vorlag. Die Behauptung des Angeklagten, daß er dem in Frage kommenden Abnehmer gesagt habe, es handle sich um Pferdefleisch, wurde von dem Zeugen bestritten. Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen Schröter 2 Monate Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete auf nur 100 Mark Geldstrafe.

Die „Winde“ der Studenten.

Halle, 20. September. Was sich die Studenten glauben der Polizei gegenüber herausnehmen zu können, darüber belehrte die heutige Schöffengerichtssitzung, in der verhandelt wurde gegen den stud. med. Bernhard Schwarzenberg. Sohn, der Sohn eines Fabrikdirektors war angeklagt am Abend des 11. Juni auf der Geißestraße den Wachmeister Kammrow — wir drücken uns gerichtlich aus — durch Streichenlassen zweier lauter Winde — öffentlich beleidigt zu haben. Der Polizeibeamte sagte aus, mehrere Kommissionen kamen in Begleitung einer Kellnerin über die Straße und verübten Unfug. Als er einen der Tumultanten

festnehmen wollte, trat Schwarzenberg vor ihn hin, machte Gesten, pressende Bewegungen und ließ zwei laute Winde streichen, worüber seine Begleiter in großes Gelächter ausbrachen. Die Winde hätten unangenehm berührt und Passanten zu Enttäuschungen veranlaßt. Zeuge habe sich schwer verletzt gefühlt. Der Student bestritt, daß die Winde beabsichtigt waren; „so etwas“ entschlüpfte einem manchmal, ohne daß man es wolle. Der Amtsanwalt meinte, der Angeklagte habe sich nicht ethisch — ästhetisch benommen, zumal sich eine Dame unter den Kommissionen befand. Der gute Ton sei verletzt, der Beamte sei durch die Geräuße absichtlich lächerlich gemacht worden und es sei wegen öffentlicher Beleidigung eine Geldstrafe von 25 Mark zu beantragen. — Das Gericht schenkte den Angaben des Beamten vollen Glauben und erkannte demgemäß.

Aus der Frauenbewegung.

Indiens Bevölkerungsverhältnisse.

Die in diesem Jahre in Indien durchgeführte Volkszählung hat im Gegensatz zu den in Großbritannien und den österreichischen Staaten zu beobachtenden Verhältnissen eine starke Zunahme des männlichen Elementes gegenüber dem weiblichen seit der Volkszählung von 1901 ergeben. Im Bundesstaat sank die Verhältniszahl der Frauen zu tausend Männern von 858 auf 817, in den vereinigten Provinzen (Agra und Duds) von 931 auf 908. Technische Rückgänge sind auch in anderen Provinzen zu verzeichnen. Das gewaltige Volk 315 Millionen Menschen zu zählen, wurde durch die verhältnismäßige Sechstätigkeit der indischen Bevölkerung im Ver-

gleich zur westeuropäischen bedeutend erleichtert. So war es möglich, noch nach einem Monat Richtigkeit der Zensusziffern vorzunehmen. Bei uns in Deutschland ist bekanntlich der weibliche Ueberschuß von reichlich einer Million Frauen der vorletzten Zählperiode, auf 798 429 Frauen nach der letzten Zählung zurückgegangen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonderfahrt am Sonntag, den 24. September, nach Tegel, Stolpe, Gohren-Neuendorf, Birkenwerder. Treffpunkt (ca. 8 1/2 Uhr, Endstation der Straßenbahn. Gäste willkommen.

Marktpreise von Berlin am 20. Septbr. 1911, nach Ermittlung des Königl. Volkepreisdirektors. Markthallenpreise. (Rheinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Roden 34,00—50,00. Speisebohnen weiße, 35,00—50,00. Linen 31,00—50,00. Kartoffeln 8,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,10. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,40—3,20. 60 Stück Eier 3,20—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Sale 1,60—2,80. Zander 1,50—3,60. Hechte 1,20 bis 2,80. Barsche 1,00—2,00. Scharbe 1,40—3,00. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Korbbe 2,50—3,00.

Briefkasten der Expedition.

Fallenten in Berlin, Ost und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freigeplätzen sofort ihre Adressen einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleistet werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin: Charitéstr. 3. Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 24. September, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Elektromonteuere und Helfer
Berlins und Umgegend
in Kellers Neuer Philharmonie, Köpnickstr. 96/97.
Tagesordnung:
1. Unser letzter Lohnkampf und was müssen die Kollegen davon gelernt haben? Referent: Kollege Gaudke. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Jahreslicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 24. September, vormittags 9 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung

aller in der
Metallindustrie beschäftigten Maschinen-
Arbeiter und Arbeiterinnen
in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.“ Referent: Kollege H. B. u. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten.

Der außerordentlich interessante Tagesordnung wegen sind alle in der Metallindustrie beschäftigten Hobler, Bohrer, Fräser, Stoßer, ferner in den Betrieben der Gelbmetallindustrie beschäftigten Schnittarbeiter, an Ziehpressen und Stochwerken Beschäftigte, ferner alle an Maschinen tätigen Arbeiterinnen freundlichst eingeladen.

Sonntag, den 24. September 1911, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung

der Schmiede, Kesselschmiede und
Autogen-Schweißer
im Lokal von H. Koffmann, Dragonerstraße 15.
Tages-Ordnung:
1. Branchenanliegenheiten. 2. Wahl eines Kommissionsmitgliedes für die Kesselschmiede. 3. Verschiedenes.
Jahreslicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 24. September 1911, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Branchen-Versammlung

der Rohrleger u. Helfer Groß-Berlins
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Kari über: „Gewerkschaftsentwicklung und Kapitalkonzentration.“ 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Es liegt im eigenen Interesse der Kollegen, in dieser Versammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen.
123/8

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Protokolle der 10. ordentlichen Generalversammlung unseres Verbandes erschienen und zum Preise von 50 Pf. im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben sind.

Desgleichen sind noch Jubiläumsummern „500 000“ zum Preise von 50 Pf. im Bureau zu haben.

Achtung! Erwerbslose (Kranke).

Wegen Quartalschluß bleibt das Bureau am Sonnabend, den 30. September, den ganzen Tag geschlossen und erhalten die kranken Kollegen schon am Freitag, den 29. September für diesen Tag ihre Unterstützung.

Sind werden die kranken Kollegen ersucht, bis zum 29. September, ihre Unterstützung abzugeben. Ausgeschlossen davon sind diejenigen, welche sich in Krankenhäusern und Heilstätten befinden und ihre Unterstützung erst nach Beendigung der Krankheit abgeben.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Telephon: Amt IV 9737. Sebastianstr. 37/38.

Achtung! Achtung!
Herren- u. Stapelkonfektion.
Montag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche
Konfektionsschneider-Versammlung
in der Brauerei Friedrichshain (fr. Vips).
Tages-Ordnung:
Welche Forderungen erheben wir an die Berliner Konfektionäre und welche Löhne sind die Konfektionäre bereit zu bewilligen.
Referent: Kollege Kunze.

Kollegen und Kolleginnen! Da die Unternehmer bereits mit den Vertretern unseres Verbandes über die Tarife verhandelt haben, so soll in dieser Versammlung darüber beschlossen werden, ob die Zugeständnisse der Unternehmer genügen oder nicht.
Jahreslicher Besuch erwartet.
Die Kommission.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe
zu Berlin.

Wahl der Vertreter zur Generalversammlung.
Nach §§ 44 und 45 des Kassenstatuts besteht die Generalversammlung aus Vertretern der Kassenmitglieder und Arbeitgeber.

Die Kassenmitglieder haben die Vertreter aus ihrer Mitte in einem Wahlgange zu wählen, während die zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte zu Vertretern wählen und in der Wahlversammlung sich durch solche vertreten lassen können.

Für 1911/1912 sind zu wählen:
von den Kassenmitgliedern 256 Vertreter,
von den Arbeitgebern 121
Die Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder findet am
Sonntag, den 22. Oktober cr., vorm. präz. 10 1/2—11 1/2 Uhr,
im
Gewerkschaftshaus (gr. Saal), Engelauer 15,
statt. (Um 11 1/2 Uhr wird der Wahlakt geschlossen.)
Der Vorstand ladet zu zahlreicher Beteiligung hierdurch ergebenst ein.
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Zur Legitimation dient das Quittungsbuch bezw. die Quittungskarte, und werden die Herren Druckereikassierer gebeten, selbige den oben aufgeführten Mitgliedern behufs Teilnahme an der Wahl auszuhändigen.
Ohne Quittungsbuch bez. Quittungskarte ist die Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.
Die Arbeitgeber wählen ebenfalls in ungeteilter Wahlversammlung am
Mittwoch, den 25. Oktober cr., abends 8 Uhr,
im
Papierhaus (Buchgewerbe-Saal), Dessauer Str. 2,
und ladet der unterzeichnete Vorstand ebenfalls zu zahlreicher Beteiligung ein.
Berlin, den 18. September 1911.

J. Blenz,
Vorsitzender.

Otto Wontzki,
Schriftführer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal):
Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 24. September, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14—15:
Versammlung für die Zalonje-Branche.
Tages-Ordnung:
Vortrag: „Die Frau in der Arbeiterbewegung.“ Referent: Frau Martha Tiets.
Nach dem Vortrag: Musikalische Unterhaltung und Tanz.
Die Kollegen werden gebeten, ihre Frauen mitzubringen.

Blavierarbeiter.
Montag, den 25. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 1):
Branchen-Versammlung.

Bergolber.
Montag, den 25. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal III):
Versammlung aller in der Rahmenleisten-Branche beschäftigten Leistenmacher, Furnierer, Puher u. Schleifer.

Bautischler.
Montag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Becker, Weberstraße 17:
Branchen-Versammlung
der im
Holzarbeiter-Verband, Gewerksverein der Holzarbeiter u. christlichen Holzarbeiterverband organisiert. Bautischler.
Tages-Ordnung: 1. Arbeitsnachweis und Arbeitsnachweis-Vermittlung. Referent: Kollege Glocke. 2. Diskussion. 3. Mitgliedsbuch legitimiert.

Verband der Branerei- und Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgenossen
Zahlstelle Berlin.
Geschäftsstelle: O. 54, Wulaustr. 10 L. Fernsprecher: Amt 3, 4518

Sonntag, den 24. September, vormittags 10 Uhr:
Versammlung der Mühlenarbeiter
in
Willes Festsälen, Sebastianstr. 39 (unweit Alte Jakobstraße).
Tages-Ordnung:
Stellungnahme zu dem am 20. September 1911 eingegangenen Bescheid des Arbeitgeber-Verbandes der Mühlenindustrie auf unseren eingereichten Tarifvertrag. Beschlußfassung.

Kollegen! Wir machen es allen Mühlenarbeitern zur strengsten Pflicht, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen und für einen recht zahlreichen Besuch derselben in den Betrieben zu agitieren. Bringt die Unorganisierten mit!
44/9*
Die Ortsverwaltung.

Für die herzlichste Gratulation zur Silberhochzeit sagen wir den Genossinnen und Genossen der Abteilung Gohren-Neuendorf unseren besten Dank.
W. Albrecht und Frau.

Tischler-Verein
C. O. 89.
Sonnabend, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 13:
Versammlung.
Bereitsangelegten Aufnahme neuer Mitglieder. Lesen der Beiträge. 199/3
Der Vorstand.
Gräfinne am Sonnabend, den 23. d. Mts., eine 699/5

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4.

Selowsky-Cigaretten
als ersklassig anerkannt!

Bolero **Caruso** **Zenith** **Victoria**

Stoffe
Damentuche, Eekimo, für eleg. Palatots, Jacken, Kleider Str. 2.50, 4.50 Mk. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Wis- & vis der Gertraudenstr. 20/21 Polwikische.



Zur Vermeidung von Verwechslungen: Die Firma **A. Wertheim** unterhält in Berlin nur diese 3 Geschäfte

A. Wertheim

G. m. b. H.

Versand-Abteilung
Berlin W. 66
Leipzigerstr. 132/37.
Bei Briefen ist genaue Adresse erforderlich.



Rosenthaler Str. Leipziger Strasse 132-37 Oranien Strasse

Soweit vorhanden

Lebensmittel-Angebot

Die mit * versehenen Artikel können nicht zugesandt werden.

Mosel- u. Saarwein

Ober-Mosel	1/2 Fl.	80 Pf.
1909 Wintricher	1/2 Fl.	95 Pf.
1907 Lösenicher	1/2 Fl.	1.15
1909 Wiltinger	1/2 Fl.	1.25
1907 Brauneberger	1/2 Fl.	1.40
1906 Berncastler Altenwald	1/2 Fl.	1.80

Wachstum Steuerinspektor Gerber.

Rheinwein Rheingau- und Rheinbess. Weine

1907 Engelstadter	1/2 Fl.	83 Pf.
1908 Jugenheimer	1/2 Fl.	95 Pf.
1907 Niersteiner	1/2 Fl.	1.15
1907 Rudesheimer	1/2 Fl.	1.25
1906 Winkeler Dachsberg	1/2 Fl.	1.55
1907 Geisenh. Morschberg	1/2 Fl.	1.90

Auslese, Wachstum Johann Klein

Bordeauxwein

1907 Bas Médoc	1/2 Fl.	87 Pf.
1904 Saint Emilion	1/2 Fl.	95 Pf.
1905 Dignac. Landureau	1/2 Fl.	1.05
1904 Chât. du Mayne	Saint-Emilion	1.35
1907 Chât. Léoville Poyferré	Saint-Julien	1.55
1907 Ducru Branaire	Saint-Julien	1.70

Weisser Tischwein	1/2 Fl.	70 Pf.
Roter Tischwein	roter Naturwein	67 Pf.
1909 Saint Marie	roter Naturwein	73 Pf.
Almando	roter Naturwein	80 Pf.
Borsdorfer Apfelwein	1/2 Fl.	32 Pf.
Baxter's Double brown stout	10 Fl.	2.10
Baxter's Imperial stout	10 Fl.	2.80
Baxter's Pale Ale	10 Fl.	2.80

Flaschen werden mit 10 Pf. berechnet und ebenso zurückgenommen.

Fleischwaren

Braunsch. Zerkelwurst im Fettdarm	Pfd.	1.30
*Teewurst	Pfund	1.10
*Feine Leberwurst	Pfund	95 Pf.
*Landleberwurst	Pfund	85 Pf.
*Pasteten-Leberwurst	Pfund	1.00
*Rotwurst	Pfund	45 u. 70 Pf.
*Gänsebrust geräuchert, in ganzen und halben Brüsten		1.45
Schinkenspeck in Stücken von ca. 1 1/2 bis 4 Pfd.	Pfund	1.00
Mausschinken ca. 2 1/2-3 Pfund schwer	Pfund	1.15
Landschinken ca. 8-12 Pfund schwer	Pfund	1.15
Speck fett, Pfd.	65, mager	72 Pf.

in Stücken von ca. 4 Pfund

*Butter u. Käse

Koch- und Backbutter	Pfd.	1.20
Tischbutter	Pfd.	1.30, 1.40
Bratenschmalz	Pfd.	58 Pf.
Limburger Käse	Pfd.	60 Pf.
Tilsiter	Pfd.	65 Pf. Schweizer Pfd. 85 Pf.
Emmentaler Käse	Pfd.	1.15
Harzer Käse	Kiste	1.45
Romatour	Pfd.	30, Brikkäse Pfd. 75 Pf.
Camembert	Stück	22 Pf.
Faust- u. Spitzkäse	3 Stück	20 Pf.

*Räucherwaren

Grosse Ahlbeck. Flundern	Pfd.	50 Pf.
Grosse Kieler Flundern	Pfd.	40 Pf.
Mittel Ahlbeck. Flundern	Pfd.	25 Pf.
Geräucherte Aale	Pfd.	1.10
Bücklinge kleine Kiste	32, Sprottbücklinge	Pfd. 25 Pf.
Makrelenbücklinge	Stück	10 Pf.
Stralsunder Bücklinge	4 Stück	15 Pf.
Geräuch. Lachs in Stücken	Pfd.	65, 75 Pf.
Bratheringe	4 Liter-Dose	98 Pf.
Matjes-Heringe	3 Stück	25 Pf.

*Obst u. Gemüse

Blaue Pflaumen	5 Pfund	55 Pf.	
Pastorenbirnen	Pfund	14 Pf.	
Grosse Koch- u. Essbirnen	Pfd.	12 Pf.	
Tiroler Tafel-Aepfel	Pfund	18 Pf.	
Kanada-Reinetten	Pfund	14 Pf.	
Italienische Tafel-Aepfel	Pfd.	12 Pf.	
Grosse Koch-Aepfel	Pfund	12 Pf.	
Kurtrauben blau Pfd.	18, Goldtrauben	20 Pf.	
Tomaten	Pfd.	10, Mohrrüben	6 Pf.
Kürbis	Pfund	5 Pf.	
Spanische Melonen	Pfund	12 Pf.	
Rot- und Weisskohl	Kopf	5 u. 8 Pf.	
Kohlrabi	Md.	15, Rote Rüben	Pfd. 5 Pf.

Junge Gänse

Junge Gänse	Pfund	48, 58, 68, 75 Pf.
Gänserrümpfe		3.25 bis 4.50
Gänsekeulen		60 Pf.
Gänse-Stückenfleisch	Pfund	55 Pf.
Gänsebrust	Pfund	93 Pf.
Junge Enten		1.30 bis 3.00
Brüsseler Poularde	Pfund	1.38
Junge Hähne		1.00 bis 1.75

*Hirsch und Wildschwein

Keule	80 Pf., Rücken	75 Pf., Blatt	60 Pf., Ragout	20 Pf.
*Kasseler Rippespeer	Pfund	65 bis 80 Pf.		

Frisches Fleisch jetzt auch Oranienstr.

Pa. Rinderfilet im Ganzen	Pfd.	1.00	
Pa. Roastbeef	Pfd.	1.00, bei 10 Pfd. 95 Pf.	
Pa. Schmorfleisch	Pfd.	90 Pf.	
Fehlrippe u. Brust	Pfd.	75, bei 5 Pfd. 70 Pf.	
Kamm u. Querrippe	Pfd.	65, bei 5 Pfd. 60 Pf.	
Gulasch	Pfd.	70 Pf. Gehacktes	60 Pf.
Nierentalg	Pfund	50, ausgelassen	55 Pf.
Schweinekotelettes	Pfund	80 Pf.	
Schweinefilet	Pfund	1.25	
Eisbein (Dickbein)	Pfund	60 Pf.	
Rückenfett	Pfd.	2.85, Liesen	3.50
Kalbskamm u. Bug	Pfd.	70, bei 10 Pfd. 75 Pf.	
Kalbsbrust	Pfd.	80, -Spitze	95 Pf.
Hammelkeule	Pfd.	75, gestift	80 Pf.

*Fische jetzt auch Oranienstr.

Grüne Heringe	Md.	25 Pf.	
Kabeljau ohne Kopf in ganzen Fischen	Pfund	15 Pf.	
Seelachs ohne Kopf in ganz. Fischen	Pfd.	8 Pf.	
Seeaale ohne Kopf	Pfund	10 Pf.	
Schellfische	Pfd.	15 Pf. Große Schollen	Pfd. 25 Pf.
Scharbenzungen	Pfd.	16 Pf. Lachs	Pfd. 55 Pf.
Zander	Pfund	40 bis 65 Pf.	
Frischer Tafellachs	Pfund	2.50	
Lebende Hechte	Pfund	1.10	
Lebende Karpfen	Pfund	65, 85 Pf.	
Lebende Aale	Pfund	75, 90 Pf. 1.10	
Lebende Schleie	Pfund	95 Pf. 1.30	
Lebende Krebse	Md.	13 Pf. bis 4.00	
Solkrebse	Stück	35, 55 Pf.	

Inserat Genossen
Wilhelm Sellin nebst Frau
die herzlichste Gratulation zur Silbernen Hochzeit!
Die Genossen u. Genossinnen des 657. b. Bezirks (6. Kreis).

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis. (Bezirk 153.)
Am 20. September verstarb unser Genosse, der Arbeiter **Martin Pieckowiak** (Geburtsj. 3.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Urban-Krankenhauses aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die herzlichste Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Bediensteten **Martin Drykoningen** spreche ich dem Verein der Aufzugsmonitoren nochmals meinen herzlichsten Dank aus.
Die Braut **Anna Trammnitz**.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Köpenicker Viertel. (Wahlbezirk 209, I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Sattler **Hermann Gabel** (Sorauner Straße 8) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Köpenicker Viertel. (Wahlbezirk 211.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt **Adolf Sievert** (Schiller Str. 50) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 19. d. M. mein lieber Mann und bergensguter Vater, der Fleischarbeiter **Adolf Sievert** (Schiller Str. 50) im Alter von 56 Jahren nach schweren Leiden entschlafen ist.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Mathilde Sievert nebst Sohn.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Ortsverwaltung Berlin.
Unsern Mitgliedern zur Nachricht, daß am 19. September, der Kollege, Stallmann **Karl Bieber** (Schloßbrauerei Schöneberg) nach langen, schweren Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 22. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Gemeinde-Friedhofes, Blantehofstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Wahlkreise.
Am Mittwoch, den 20. d. M., verstarb unser Mitglied und Genosse, der Holzer **Emil Bornemann** (1. Abteilung).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 23. d. M., nachmittags 8 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenkirchhofes in Weihenfer, Köpenickerstr., aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter - Verband Zweigverein Berlin.
Am 19. September verstarb unser Mitglied **Emil Bornemann** (Bezirk Nord-DR).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 23. September, nachmittags 8 Uhr, von der Halle des Georgenkirchhofes in Weihenfer, Köpenickerstr., aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Hermann Fischers billigste Särge
Urbanstr. 111. früher Ritzbar. Tel.

Deutscher Transportarbeiter - Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Eduard Zwanzig** am 20. d. Mts. im Alter von 59 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 23. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Parochialkirchhofes, Borghagener Straße, aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Am 20. September früh 3 Uhr verschied nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe gute Frau und Mutter **Christiane Pfaff** im 51. Lebensjahre (Geburtsj. 1867).
Dies zeigt tiefbetrübt an
Franz Pfaff und Tochter.
Die Beerdigung findet am 23. September, nachm. 5 Uhr, auf dem neuen Jakobikirchhof, Ritzdorf, Hermannstr. 100, statt.

Glumen- und Kranzbücherei von **Robert Meyer**, nur Mariannen-Straße 2.

Am 20. September verschied nach langem schweren Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer **August Müller** im Alter von 57 Jahren.
Ein treues Andenken bewahren ihm
Die Kollegen des „Berliner Tageblatt“.
Die Beerdigung findet am Montag, den 25. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nordfurter Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Verband deutscher Metallarbeiter, dem Verein der Metallarbeiter Berlins u. Umgebend, dem Wahlverein des 4. Wahlkreises, dem Sparverein „Weihnachtsfonds“, den Kollegen der Firma Wig u. Genest meinen besten Dank.
7115
Frau Valeska Rehbach nebst Kindern.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, Mutter, Schwieger- und Großmutter sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Genossen des sechsten Wahlkreises (Bezirk 221) sowie dem Gesangsverein „Beddinger Männerchor“ meinen herzlichsten Dank.
7125
Die trauernden Hinterbliebenen
Wilhelm Gottschalk u. Kindern.

Aus aller Welt.

Eine Exkursion auf dem Aetna.

Vor einigen Tagen hat eine wissenschaftliche Kommission her- vorragender Gelehrter eine Exkursion auf den Aetna unter- nommen, um Untersuchungen über die neuerliche Kraterbildung vorzunehmen.

Wir hatten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen und schwedten eine Zeitlang in höchster Lebensgefahr. Denn als wir in der Nähe des Hauptkraters angelangt waren, strömten plötzlich um uns herum giftige Gase aus.

Die Annahme, daß die letzten Erdstöße nur die Ausläufer der vulkanischen Tätigkeit sein würden, hat sich als trügerisch heraus- gestellt. Der Lavaström ergießt sich vielmehr mit neuer Ge- walt ins Tal.

Steinen beworfen. Die Polizei weigerte sich, die Ange- griffenen zu schützen.

Belustigungen eines fürstlichen Militärs.

Beim 1. Manenregiment in Bamberg dient ein Leut- nant Fürst Brede, der schon öfter durch seine höchst feu- dalen „Späße“ Aufsehen erregte. Einmal ließ er sich nach einem lustigen Gelage durch die Regimentsmusik nach Hause spielen, wo- für er zwei Tage Zimmarrest bekam.

Ordnungsgesinde.

Wegen seines mammothischen Auftretens gegenüber den un- sauberen Praktiken der örtlichen Gewalthaber hat sich unser Ge- nosse Cassfeld, Herausgeber eines sozialistischen Blattes in Garden City (Kansas), den Hah des Ordnungsklingels zu- gezogen.

Kleine Notizen.

Entdecktes Braunkohlenlager. Beim Bohren eines Brunnens wurde in Neu-Schweidnitz bei Goldberg in Schlesien in einer

Tiefe von 17 Meter eine mächtige Braunkohlenschicht ge- funden. Ein größeres Braunkohlenlager soll sich auch unter der Erde von Brodendorf bis hien an Goldberg heran erstrecken, das jedenfalls mit dem jetzt erschlossenen Lager in Verbindung steht.

Schwerer Automobilunfall. Infolge Versagens der Steuerung fuhr auf einer Chaussee bei Rehlis (Rheinland) ein mit mehre- ren Personen besetztes Automobil gegen einen Chausseestein. Die Insassen wurden herausgeschleudert; eine junge Dame war so- fort tot, ihr Bräutigam erlitt schwere Verletzungen.

Krieg im Frieden. Der von uns gestern gemeldete Unfall auf dem französischen Panzerkreuzer „Gloire“ hat unter den Schwerverwundeten noch mehrere Todesopfer gefordert. Die Zahl der Toten beträgt nunmehr sieben.

90 Personen an Fleischvergiftung erkrankt. In der belgischen Ortschaft Camine sind 90 Personen infolge Genusses von Leberpastete unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Eine Person ist bereits gestorben, zwei liegen auf dem Todbänke. Der Verkäufer der Leberpastete ist verhaftet worden.

Mord im Kabarett. In dem Pariser Kabarett „Capin- affie“ wurde in der letzten Nacht an dem Sohne des Inhabers ein Mord verübt. Ein Herr und eine Dame gerieten wegen der Rede mit dem jungen Mann in Streit, in dessen Verlauf er durch den Fremden niedergeschossen wurde. Auch die Wirtin wurde durch Schüsse schwer verletzt. Da nie- mand sonst zugegen war, entkam das Paar unerkannt.

Der Ministerpräsident im Kammerstium. Der ehemalige holländische Ministerpräsident Ruys de Beere erregte dadurch Aerger- nis, daß er in Brüssel in einem am inneren Boulevard gelegenen Hotel öffentlich ein Sonnenbad nahm, was einen Menschenauflauf hervorrief. Die Polizei protokollierte den Vorfall. Herr Ruys de Beere ist Mitglied der Liberalen Partei und wird sich wohl durch sein erneutes öffentliches Auftreten die Gunst seiner Freunde vollständig verschert haben.

Besonderes Angebot für die Leser des „Vorwärts“

Auschnitten und einleiten!

Sämtliche Begriffe u. Stichwörter sind lexikalisch geordnet, wodurch das Nachschlagen erleichtert wird

Geheimen Hofrat Joseph Kürschners

Lexikon des Deutschen Rechts

Nachschlagewerk der gesamten Reichsgesetzgebung zum praktischen Gebrauch.

Unter Mitwirkung von Rechtsanwalt und Notar Böhm, Rechtsanwalt R. Caro, Rechtsanwalt Dr. jur. J. Chomse, Rechtsanwalt Dr. jur. L. Fuld, Rechtsanwalt Dr. jur. H. v. Holtzendorff, Rechtsanwalt Dr. jur. F. Sellgehn, Amtsrichter H. Jentsch, Amtsgerichtsrat C. Pannier, Referendar H. Cuno, Referendar Hering, Geh. Postrat Dr. jur. M. König, Vieh- und Schlachthofdirektor Dr. E. Schwarz, Bankbeamter G. Obst, Königl. Eisenbahn- beamter R. Rohde, J. L. Algermissen, A. Schroot, bearbeitet von Joseph Kürschner.

Mit einer Sammlung von 533 Formularen, Kontrakten, Klagen, Gesuchen, Eingaben, Liquidationen, einer Verwandtschaftstafel u. a.

In der Vorrede sagt der Herausgeber: „Wie an praktischer Nutzbarkeit übertrifft das Werk auch an Reichhaltigkeit alles Aehnliche“. Nicht nur das Bürgerliche Recht, das Straf-, Handels- u. Wechselrecht, die sozialpolitische Gesetzgebung, das Gewerberecht, Verfassung und Staatsbürgerrechte in allen ihren Teilen sind behandelt, auch Zoll-, Steuer- und Stempelgesetzgebung, Maß-, Münz- und Gewichts-, Bank- und Börsen- wesen, Patente, Marken, Modelle, Gebrauchsmuster, Warenenschutz, geistiges Eigentum, die Gesetzgebung betr. Schifffahrt, Seerecht, Verfälschungen, Pflanzenbau, Viehseuchen, Auswanderung, Verkehrsweisen usw. fanden Aufnahme und nicht minder die Gesetzes auf den Gebieten: Militär und Marine, die Reichsbeamten-Gesetzgebung usw. jetzt für alle Leser sowie endlich die Organi- sation der Reichsbehörden. Zwei große starke Bände früher 20 M. des „Vorwärts“ nur

5 M.

Legitimationschein für die Leser des „Vorwärts“.

An den Humboldt Verlag G. m. b. H. Berlin W. 57, Bülowstr. 68.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit unter Nachnahme:

... Expl. Kürschner, Lexikon d. Deutschen Rechts, 2 Bde., früh. 20 M. für nur M. 5,- franco. Das Werk wiegt 5 kg.

Name Stand Wohnung

A. Jandorf & Co

Sowelt Vorrat: Belle-Alliancestrasse Gr. Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Frisches Fleisch, Obst, Kartoffeln von der Zu- sendung ausgeschlossen.

Gänsebrust im Ganzen Pfund 1.45

Lebensmittel

Gänse .. Pfund 60, 68 Pf.

- Cervelat- o. Salamiwurst Pfund 1.25
Schinkenwurst Pfund 1.25
Teewurst Pfund 1.00
f. Leberwurst Pfund 95 Pf.
Landleberwurst..... Pfund 75 Pf.
Rotwurst I Pfund 75 Pf.
Zwiebelleber- od. Rotwurst Pf. 48 Pf.
Schweizer-Käse Pfund 85 Pf.
Tilsiter-Käse..... Pfund 50, 73 Pf.
Edamer-Käse Pfund 78 Pf.
Limburger Käse..... Pfund 48 Pf.

- Kaffee Mischung I Pfund 1.10 II Pfund 1.20 III Pfund 1.35
Kakao Pfund 65, 95 Pf.
Haushalt-Schokolade Pfund 68 Pf.

- Essbirnen Pfund 15 Pf.
Kochbirnen Pfund 10 Pf.
Essäpfel Pfund 15 Pf.
Kochäpfel Pfund 11 Pf.
Weintrauben Kiste 90 Pf.
Zitronen Dutzend 25, 35 Pf.
Bananen Pfund 24 Pf.
Wirsingkohl Kopf 5, 10 Pf.
Weisskohl Kopf 5, 10 Pf.
Rotkohl Kopf 5, 10 Pf.

Frisches Fleisch

- Schweinekotelettes m. Schmalz Pfund 70 Pf.
Schinken im Ganzen Pfund 70 Pf.
Schulterblatt Pfund 65 Pf.
Kamm oder Schult Pfund 70 Pf.
Schmorfleisch ohne Knochen Pf. 85 90 Pf.
Brust- oder Fehrippe Pfund 70 Pf.
Kamm- od. Querrippe Pfund 65 Pf.
Hammelkeule im Ganzen Pfund 75 Pf.
Dicke Rippe Pfund 70 Pf.
Dünnung Pfund 58 Pf.
Rückenfett Pfund 60 Pf.
Lieser Pfund 68 Pf.

- Sardinen in Oel 25-24 Stück .. Dose 95 Pf.
Sardinen in Oel Dose 28, 38, 48 Pf.
Sardinen oder Anchovis ... Glas 24 Pf.
Bismarck- o. Bratheringe Dose 45 Pf.
Sardellen ca. 1 Pfund-Dose 58 Pf.
Lachs in Stücken..... Pfund 75 Pf.
Aale geräuchert Bund 40 Pf.
Bücklinge 5 Stück 18 Pf.

Kassler Pfund 68 Pf. Kartoffeln 10 Pfund 35 Pf.

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Gr. Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm Ein Posten Croisé-Barchent weiss, für Röcke oder Beinkleider Meter 45 Pf.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 22. Sept. 1911:

Anfang 7 1/2 Uhr.

R. Oberhaus. Madama Butterfly.
R. Schauspielhaus. Penthesilea.
Deutsches. Ein Sommerabend.
Neues Schauspielhaus. Josephine.
Feeling. Alles um Geld.
Gaberland. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Laubentruhe 48/49.
Roms Jubiläumsjahr und seine Ausstellungen.

Neues R. Operntheater. Fidele.
Kammerspiele. Der verwundete Vogel.
Neues Operntheater. Die schöne Helena.

Berliner. Bummelstudenten.
Kunsttheater. Der Großfürst.
Schiller. O. Der Probekandidat.
Schiller. G. Charlotteburg.
Der Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Kabale und Liebe.

Alecu. Der Leibarzt.
Reines. Die Mutter. Zuflucht.
Schöne Seelen.

Wesien. Die Dame in Rot.
Romische Oper. Die feuchte Entzweiung.
Reißens. Ein Walzer von Chopin.
Edalia. Polnische Birtschast.
Königgrätzer Straße. Gute Bienenstube.

Trianon. Ihr Mibi.
Reifen. Das Wintermärchen.
Sakus. Der selige Hollschinsky.
Spoko. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Wagner. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.

Rose. Das Mädchen von Heilbronn.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Holles Caprice. Die Meisterlinge von Dürberg. Nr. 14.
Walhalla. Lemel, das hat eingeschlagen!
Road. Der Mann im Monde.
Volgt. Der Prozeßhauf.

Belle-Alliance. Heimat.
Antimes. Von Liebesabenteurer.
Neues Volkstheater. Des Pastors Riecke.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Kaiser-Panorama. Hamburg und seine Schiffahrt. — Reise in der Schweiz. — Tellfrage.

Schiller-Theater O. Wallner.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonabend, abends 8 Uhr, 3. 1. Male:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Vollständ. mit Gesang in 5 Akten
von Ludwig Angenberger.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Darauf: Der eingebildete Kranke.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Bund der Jugend.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Bummelstudenten.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Gastspiel Wiesenthal.
Neues Theater.
8 Uhr. Gastspiel Hansi Niese:
Die Mutter. Eine Zuflucht.
Schöne Seelen.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die Dame in Rot.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Lezte Spielzeit unter Direktion
Richard Alexander.
Ein Walzer von Chopin.
Schwank in 3 Akten v. Stronch u. Barck.
Für die deutsche Bühne bearb. v. Bolten-
Baders. — Morgen u. folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Freitag, den 22. September, 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Sonabend 8 Uhr: Zum 1. Male:
Moral.

Belle-Alliance-Theater.
Heute abend 8 1/2 Uhr:
Heimat.
Morgen Sonnabend, 8 1/2 Uhr:
Zum 1. Male: Jaja.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Das Mädchen
von Heilbronn.
Anfang 8 Uhr.
Sonabend zum 1. Male: D.
Reißer.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
 Abends 8 Uhr:
Roms Jubiläumsjahr und seine Ausstellungen.
 Das Programm der Hörsaalvorträge im 4. Qu. 1911 ist erschienen und kostenlos erhältlich.

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
 Eintritt 1 Mark
 Von abends 6 Uhr ab 50 Pf.

Neue Volksbühne

Die Kunst dem Volke!
Heute Freitag im Neuen Volks-Theater, Köpenicker Str. 68: Des Pastors Riecke. Komödie von Erich Schalkjäger.

Jeden Sonntag Vorstellungen im Deutschen Theater
 Kammertheater
 Schiller-Theater O.
 Schiller-Th. Charlottenburg
 Kleinen Theater*
 Neuen Volks-Theater
 Theater in der Königgrätzer Str.
 Metropol-Theater*
 Neuen Opern-Theater*
 Trianon-Theater
 Theater der Hochschule in Charlottenburg. 150/3

Konzerte, Kunst- und Lese-Abende
 Gesellige Veranstaltungen
 Gesellschaftsreisen.

Eintrittsgeld 1 Mark.
 Jede Vorstellung 1 Mark
 (in den mit * bezeichneten Theatern 1,20 Mark).

Man verlange Prospekte, die in den Zahlstellen des Vereins, in den Warenhäusern Tietz, Alexander-Platz, Frankfurter Allee, Leipziger Straße (an der Theaterkasse) und in der Geschäftsstelle des Vereins: Köpenicker Str. 68 unentgeltlich zu haben sind.
 Telefonische Auskunft Amt IV 10292, 11138.

Luifen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Das Wintermärchen.

Metropol-Theater.

Die Nacht von Berlin!

Große Kabarettrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Squit. Wiederauftreten v. Joseph Josephi, Joseph Giampietro, G. Thielscher, Will Bishop, Viktor Norbert, Dehlt von Else Kupfer, Madge Lessing, Gussy Holl a. D., Lori Leux a. D., Ly Winter etc.
 Anfang 8 Uhr. — Rauchen gestattet.

Apollo Theater.

Ab 8 Uhr:
10 große Novitäten,
 u. a.

Die G'schamige.
 Ein Dialog nach dem bekannten Bild von F. v. Reznicek.

PASSAGE :: PANOPTIKUM

Das größte Schauetablissemment des Kontinents.
 Lebendiger Mann mit der eisernen Zunge.

Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwabende Jungfrau.
 Alles ohne Extra-Entree.

Männerchor Norden

Chormeister Paul Kurz. M. d. D. A.-S.-B.
 Sonntag, den 24. September 1911, im großen Saale der „Brauerei Bötzw“, Prenzlauer Allee, Ecke Saarbrücker Straße:

KONZERT

unter gefälliger Mitwirkung von Erna Selpin-Sabin (Konzertfängerin), Eduard von Winterstein (Rezitator) und des Kabattschen Solisten-Ensemble.
 Saalöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Einlaßkarte 40 Pf. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt. Rauchen nicht gestattet.

Nach dem **BALL.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.

LUNA-PARK.

Sensationelle Attraktionen.
Johnstons Untergang usw.
 Eintrittspreis bis 6 Uhr 30 Pf., nach 6 Uhr 50 Pf. — Kinder unter 10 Jahren haben in Begleitung Erwachsener freien Eintritt.

Elitetag! Morgen Sonnabend, Elitetag!
 den 23. September:
Riesen-Front-Feuerwerk
 In der „Straße von Cairo“. Großes Abschiedsfest. Große sudanesishe Tauffeier. Prunkillumination des Parks. — 3 Kapellen.
 Eintrittspreis 50 Pf.

Sonntag, den 24. September 1911:
Populärer Sonntag.
 Wiederholung aller Festlichkeiten vom Sonnabend. Sämtliche Attraktionen zu ermäßigten Preisen.
 Eintrittspreis 30 Pf.



CLOU

BERLINER KONZERTHAUS
 Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.
 !!! Heute !!!
Großes Doppel-Konzert!
 Kap. 2. Garde-Reg. z. F., Dirig. Oberm. Graf. — Kap. 1. Garde-Dragoon-Reg., Dirigent Oberm. Baarz.
 Anfang 8 Uhr.

An allen Wochentagen nachmittags:
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

SPORT PALAST

Potsdamer Str. 72
 Allabendlich: Hurra! Parade! Gr. militärische Revue in 6 Bildern. Sport-Attraktionen I. Ranges. Sololäufer u. -Läuferinnen, Schnellauf-Konkurrenzen, Hockey-Spiele usw.
 Zirka 200 Mitwirkende.
 2 Musik-Kapellen. — Feenhafte Beleuchtung.

Sonntag erster Volkstag

Eintritt bis 5 Uhr 30 Pf., abends 50 Pf.
 Nachmittags und abends Vorstellungen.

Grösster Eispalast der Welt!

22. Septbr. - 1. Oktob. 1911
 Ausstellungshallen am Zoo



ALLGEMEINE AUSSTELLUNG DES DEUTSCHEN KONDITIONEN-GEWERBES UND VERWANDTER BRANCHEN BERLIN 1911

Heute mittags 12 Uhr Eröffnung.

Volks-Theater.

Rixdorf, Hermannstr. 20.
 Sonntag, 24. 9.: Der Stabstrompeter. Gesangsposse in 4 Akten von Mannsacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag, 25. 9.: Die Wohlthäter der Menschheit. Schauspiel in 3 Akten von Philipp. Anfang 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Meisterringer v. Dürberg
 Unter Solocit.
Nr. 14.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
 Täglich:
In Iandsiger Nacht.
 Burleske mit Gesang in 1 Akt.
 Nante Pohlmann, Monny Solms, Miani Neumann, Rudolfi, Präciosa, der weibl. „Sherlock Holmes“.
 Anf. wochent. 8. Sonntags 6 Uhr.

Zirkus A. Schumann.

Freitag, den 22. September, abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung
 mit reichhaltigem Programm.
 9 1/2 Uhr zum 7. Male:

1000 JAHRE

auf dem
MEERESGRUND

in 5 Bildern, nach Motiven aus 1001 Nacht. Entworfen und inszeniert vom Kommissionsrat Direktor A. Schumann.
 3 1/2 Uhr. Sonntag: 7 1/2 Uhr.
2 große Vorstellungen 2.

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener Lacherfolg!

Das Kind der Firma

mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
 Anfang 8 Uhr.
 Vorberz. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Union-Theater

Direktion: Willy Cremer.
Heute letzter Tag
 der glänzenden 5 Sensationsprogramme in den Union-Theatern.

Alexanderplatz
 Unter d. Linden
 Wedding
 Moritzplatz
 Hasenheide

Morgen:
Neuheiten-Revue!

Auf allgemeines Verlangen und infolge des beispiellosen Erfolges auf eine weitere Woche prolongiert

Moritzplatz
„Im großen Augenblick“
 Schauspiel in 3 Akten mit **Asta Nielsen** in der Hauptrolle.

Admiralpalast

Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
 Geöffnet v. 10 Uhr vorm. Nachmittags:
 Kunstausproduktionen, u. a.:
 Apachenlänze.
 Einödschloß-Konzert.
 Altabendlich:
 Das prunkvolle Eisballlet

Montreal
 Die Stadt auf Schlittschuhen.
 Neu: Push-Ball-Spiel
 Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts.
 Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abda.: halbe Kassenpreise.

Zirkus Busch

Heute Anfang 7 1/2 Uhr.
Humorist. Gala-Abend.
 Auf vielseitiges Verlangen Wiederholung der neuesten studierten Pantomime

Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV.
 Original-Ausstattungsstück des Zirkus Busch.
 Vorher: Die letzte und größte Attraktion aus Herrn Karl Hagenbecks Tierpark in Stellingen: Die beiden Menschen-Affen „Max und Moritz“ u. das große Gala-Programm.

Eröffnung

morgen Sonnabend, 23. September.

Ausstellung Nordland

auf dem entsprechend hergerichteten Platze
Kurfürstendamm 151
 (frühere Rollschuhbahn)
125 Polarbewohner
 bei Arbeit, Sport und Spiel.
 Wissenschaftliche und lehrreiche Darstellungen.
 Original-Hütten u. -Zelle.
 Hausindustrie.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Marietta Oily
 (Kleines Theater)
Guido Herzfeld
 (Deutsches Theater) in ihrem Sketch
„In einer Nacht!“
Soma Balogh
 d. Sängerin u. d. doppel. Kehlle und das große Variété-Programm.

Volgt-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Der Prozeßhauf.
 Vollständ. in 4 Aufzügen von Ludwig Ganghofer u. Hans Reuert. Musik von F. Volta.
 Aufführung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
 Berlin N., Dammstraße 16.
 Zum letzten Male:
Der Mann im Monde.
 Besetzung mit 5 Bild. v. Jacobson. Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 R.
 Morgen: Hiel Heccha.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
 Meissel, Britton, Seidel, Horst, Schröder, Schubert, Gröning A. u. R. Schrader.
 Anfang wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.

Kreuzberg-Festsäle.

SW., Kreuzberg str. 48.
 Neben Freitag:
Koffmanns Sänger.
 Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Kaffeepartout u. Vorkonzert gratis.
 Nach der Vorstellung:
 Frei-Tanzfräuzchen.
 Jeden Mittwoch:
 Gr. Frei-Tanz. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Für Vereine Sonnabende noch zu vergr.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Ihr Alibi.

Humor-Quartett

Am III. Berliner No. 5009
 Gg. Treuer Kastanienallee 40

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

DEUTSCHE BANK

BERLIN W., Behrenstraße 9-13

Zentralleitung der Depositenkassen: W., Mauerstr. 28

Aktienkapital 200 000 000 Mark
Reserven 107 781 000 Mark

Im letzten Jahrzehnt (1901-1910) verteilte Dividenden: 11, 11, 11, 12, 12, 12, 12, 12, 12 1/2, 12 1/2 %
Zweigniederlassungen: Bremen, Brüssel, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Konstantinopel, Leipzig, London, München, Nürnberg.

Depositenkassen: Augsburg, Chemnitz, Wiesbaden.

Depositenkassen in Berlin:

W.:	N.:	Kasse L
Mauerstraße 26-27 Kasse A*	Chausseestraße 17 Kasse L	
Potsdamer Straße 134a C	Schönhauser Allee 9-9a V	
Königsgrätzer Straße 6 CD	Reinickendorfer Straße 2 X	
Potsdamer Straße 96 (a. d. Bülowstr.) P	Brunnenstraße 24 Z	
	Badstraße 56 JK	
NW.:	NO.:	N*
Alt-Moabit 129 (Ecke Werftstraße) K	Landsberger Straße 89 NO*	
Turnstraße 51 FG*	Greifswalder Straße 2 MN*	
SW.:	O.:	F*
Jerusalemmer Straße 41 (Dönhofsplatz) H	An der Jannowitzbrücke 4 O*	
Belle-Alliance-Platz 2 O	Frankfurter Allee 89 DE*	
Ritterstraße 48 EF	SO.:	T*
Belle-Alliance-Straße 21 HJ*	Dresdener Straße 3 (Kottbuser Tor) SO*	
Friedrichstraße 209 (Ecke Kochstr.) PQ	Köpenicker Straße 30 QR*	
S.:	C.:	G*
Oranienstraße 140 D	Königsstraße 41-42 C*	
	Am Spittelmarkt 8-10 E	
	Hackescher Markt 3 B	

Depositenkassen in den Vororten:

Charlottenburg:	Rixdorf:	Kasse S
Berliner Straße 66 Kasse J*	Berliner Straße 102 Rixdorf	
Kurfürstenstraße 115 M*	Schöneberg:	U*
Savignyplatz 6 Q*	Kaiser-Wilhelm-Platz 2 U*	
Kantstraße 162 R*	Martin-Luther-Straße 5 AB*	
Kurfürstendamm 188-189 KL*	Bayerischer Platz 1 ST*	
Tauntonstraße 21-24 NO*	Spandau:	SP*
Bismarckstraße 84 OP*	Markt 4 Spandau	
Friedenau:	Steglitz:	GH*
Rheinstraße 17 Y*	Schloßstraße 88 Steglitz	
Halensee:	Weißensee:	LM*
Joachim-Friedrich-Straße 16 TU*	Berliner Allee 216 Weißensee	
Lichtenberg:	Wilmsdorf:	W*
Frankfurter Chaussee 152a RS*	Uhlandstraße 57 W*	
Potsdam:	Schaperstraße 1 BC*	
Am Alten Markt 17		

Die mit einem * bezeichneten Kassen besitzen **Stahlkammer-Einrichtung**.

Die Depositenkassen eröffnen Geschäftstreibenden, Industriellen und Privaten laufende Konten für den **Depositen- und Scheck-Verkehr** und besorgen

den An- und Verkauf von Wertpapieren, fremden Geldsorten, Schecks und Wechseln auf das Ausland, die Ausschreibung von Kreditbriefen, die Ausgabe von Welt-Zirkular-Kreditbriefen, zahlbar an all. Hauptplätzen der Welt, etwa 1800 Stellen, die Diskontierung sowie Einziehung von Wechseln, die Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren, die Versicherung von Wertpapieren gegen Kursverlust im Falle der Auslosung, die Einziehung der abzutrennenden Coupons.

Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern.

Nachlaß- und Vermögensverwaltung, Uebernahme von Testamentsvollstreckungen.

Sonderabteilung für Diskontierung von Buchforderungen.

Stahlkammern.

Die Stahlkammern der Depositenkassen stehen unter eigenem Verschluss der Mieter und eignen sich zur **Aufbewahrung von Wertpapieren, Hypotheken-Dokumenten, Urkunden, Wertgegenständen und Schmucksachen.**

Die Vermietung dieser Schrankfächer erfolgt je nach Wunsch auf beliebige Zeit.

Bedingungen für den Depositenverkehr und die Benutzung der Stahlkammern nebst Beschreibung der letzteren werden an den Schaltern der Kassen ausgehändigt.

Die Deutsche Bank ist mit ihren sämtlichen Zweigniederlassungen und Depositenkassen **amtliche Annahmestelle** von Zahlungen für Inhaber von Scheck-Konten bei dem Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Postsparkassen-Amte in Wien.

Neu!
Amerikanische Schutz hose
mit selbsttätigen verstellbaren Ärmeln.
Von d. Gewerbeinspektion empfohlen.
D. H. G. R. Bester Schutz gegen Betriebsunfälle.
Praktische Erfindung!



Die Schuhhose ist aus prima echt indigoblauem Napper felt gearbeitet, reicht bis an die Kniehöhle heran. Hinten 2 Taschen.
Trotz der vielen Vorzüge kostet die Schuhhose nur **Mk. 3.95**
Extra weit 4.50 Buschen-Größe 3.45
Bei Entnahme von 6 Stk. 5%, Rabatt.

Berufs- und Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
Spezialhaus größten Maßstabes
11 Brüden-Straße 11.
Chaussee-Straße 29/30.
Gr. Frankfurter Str. 20.
Schöneberg, Hauptstr. 10.
Haupt-Katalog kostenfrei.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.

Touren
zum Sonntag, 24. September.
Die Tour nach Stolpe-Hohen-Neuendorf wird nicht gefahren.
1. bis 10. Abt.: 1 1/2 Uhr: Baum- schulenweg (Speer). Start: An den bekannten Stellen. 12/16
Lichtenberg und Umgegend.
Tour wird am Start bekannt gegeben. Start: 1 Uhr bei Urteil.

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!
Meiner werten Kundschaft und Nachbarschaft zur Kenntnis, daß die Differenzen zwischen dem Bäcker- und Konditorenverbande und mir wieder geregelt sind.
Ich bitte meine verehrte Kundschaft, hiervon Notiz zu nehmen.
Gleichzeitig empfehle ich meine anerkannt wohlschmeckende **Weiß- und Ruchenware** sowie **In Konditorware**, auch mache ich auf mein großes wohlschmeckendes Brot a 40-60 und 80 Pfennig aufmerksam.
Dachstuhlbock

August Weber, Syrengestraße 4-5.
Der Vertrauensmann der Bäcker und Konditoren Berlins.

Gänse! Gänse!
Sämtliche **Gänse-Artikel** täglich frisch und in großer Auswahl.
Billigste Tagespreise!
Prima Schlack- und Salamiwurst a Pfund 1.20.
Täglich frische Gänseleberwürstchen Stück 10 Pf.
Hermann Leibner, Klosterstr. 95,
Eckhaus Kaiser-Wilhelmstr. 11. Zentral-Markthalle Stand 23.

Möbel-Angebot.
Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen wäßrige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft. 7106*

Meine Kundschaft ist sehr zufrieden!

Das ist mein Geschäftsstolz!

Möbel Polsterwaren

Trotz billigerer Kassapreise Teilzahlungen gern gestattet.

Wohnungs-Einrichtungen schon von 225 Mark an.

Kulant in Zahlungen
Reell in Bedienung
Solid in Preisen.

Ergänzungs-Möbel:
Vertikos von 36 M. an
Kleiderschränke von 36 M. an
Spiegelspinde von 19 M. an
Sofas mit Auszug von 54 M. an

Küchen. von 46 M. an
Garnituren von 140 M. an
bis zu den elegantesten.

Bettstellen mit Federboden von 33 M. an
Ausziehtisch von 17 M. an

Möbel-Magazin Otto Pichl Berlin N. Brunnenstr. 120

H. Weltmann Nachf. Stefan Esders

Kaiser-Wilhelm-Str. 41-42 Berlin C Spandauer Str. 70-71

Herren-Anzüge

ein- und zweireihig

aus Cheviot, Kammgarn- und modern gemusterten Fantasiestoffen

19.- 25.- 32.- 38.- 45.- Mk.

Neueste Modelle
Hervorragende Passform
Erstklassige Verarbeitung

Charlottenburger Stadtverordneten- versammlung.

Die Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten vom Mittwoch, die erste nach den Ferien, wies eine so reichhaltige Tagesordnung auf, daß sie sich bis gegen 1 Uhr nachts hinzog. Trotzdem blieben eine Reihe von Punkten unerledigt.

Eine lebhafte Debatte knüpfte sich zunächst an die Vorlage betr. Errihtung einer Badeanstalt

in der Nürnberger Straße. Es handelt sich hier um ein Projekt, das schon seit zehn Jahren schwebt und nun endlich verwirklicht werden soll. Der Magistrat bezweckt die Schaffung eines hygienischen Bades, welches der Erhaltung und Steigerung der Gesundheit der gesamten großstädtischen Bevölkerung und namentlich der heranwachsenden Jugend dienen soll; er legt deshalb den Hauptwert auf die Ausgestaltung der Schwimmbäder. Am den Nachschub, den die Schwimmbäder erfordern, zu verringern, soll dies Bad durch Errihtung einer Abteilung für Dampf-, Schwim- und Dampfbäder erweitert werden, von der die Erzielung von Badeschwümmen erwartet wird. Sowohl der Berichterstatter Stadtv. Dr. Franke als auch die meisten Redner der bürgerlichen Parteien hatten an dem Projekt zögerliche Ausstellungen zu machen. Von allen Seiten wurde die luxuriöse Ausstattung getadelt, und auch die Nichtschwimmerpolitik, die eine Gefährdung Charlottenburger Interessen darin erblickt, wenn auch mal Berliner oder Wilmersdorfer Einwohner in einer städtischen Anstalt baden, brachten wieder ihre Bedenken vor. Ebenfalls fehlte es an dem verollten Argument, die Stadt dürfe den Privatbadeanstalten keine Konkurrenz machen.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion sprach sich Genosse Fietzsch aus kulturellen Erwägungen heraus im Prinzip für die Vorlage aus. Wenn wir das Projekt ausführen könnten, würden wir eine der schönsten Badeanstalten in ganz Deutschland bekommen, die für andere Städte vorbildlich sein würde. Aber auch seine Freunde hätten einige Bedenken, die sich zunächst gegen die Platzfrage richteten. Dagegen könne er sich nicht auf den lokalpatriotischen Kirchturnstandpunkt einiger Vorkredner stellen. Was schade es denn, wenn auch Berliner, Schöneberger oder Wilmersdorfer die Anstalt benutzen? Durch die Errihtung der Anstalt an der äußersten östlichen Peripherie der Stadt würden der Westen und der Norden sehr vernachlässigt werden. Er frage deshalb, wann und in welchem Umfange der Magistrat eine Erweiterung der Badeanstalt in der Krummestraße vornehmen, und wann und in welchem Umfange er in dem Stadtteil jenseits der Spree eine Anstalt errichten werde. Ein weiteres Bedenken seiner Freunde richtete sich gegen die zum Teil übertriebene luxuriöse Ausstattung der Anstalt und gegen die Klassifizierung, die so weit geht, daß sogar für die Hunde zwei Klassen von Bädern vorgesehen sind. Das Projekt des Magistrats entspreche nicht dem Charakter einer Volksbadeanstalt; seine Freunde würden sich bemühen, die Klassenunterschiede zu beseitigen und dafür zu sorgen, daß die Anstalt eine wirkliche Volksbadeanstalt wird.

Nachdem Oberbürgermeister Schustehrus den Entwurf des Magistrats verteidigt und nach Vollendung der Anstalt in der Nürnberger Straße die Errihtung kleinerer Badeanstalten mit Schwimmgelände in den verschiedenen Gegenden der Stadt in Aussicht gestellt hatte, wurde die Vorlage einem Ausschuss überwiesen.

Der Magistratsvorlage betr. die Bewilligung von 250 M. zur Bereinigung eines Ausbildungskurses für Jugendpflege und von 500 M. als Beihilfe an den Hauptauschub für Jugendpflege stimmte die Versammlung zu, obwohl Genosse Fietzsch die Maßnahmen als einen Teil der Bestrebungen zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendbewegung kennzeichnete.

Nach Erledigung einer Reihe von Vorlagen, die Nachbewilligungen verschiedener Statpositionen betreffen, nahm die Versammlung einstimmig einen Dringlichkeitsantrag des Stadtv. Otto an, der den Magistrat ersucht, die Wahlzeit für die Wahlen der dritten Abteilung auf 9 bis 6 Uhr festzusetzen. (Der Magistrat hat als Wahltermin Sonntag, den 5. November, von 11—6 Uhr bestimmt.) Ob der Magistrat dem Verlangen der Stadtverordneten Folge leisten wird, ist nach der Erklärung des Oberbürgermeisters, der die Zeit von 11—6 Uhr als ausreichend bezeichnet, sehr zweifelhaft.

Von Interesse für unsere Genossen ist die von der Stadtverordnetenversammlung genehmigte Festsetzung von Fluchtlinien für eine neue Straße zwischen Rosinen- und Gueridestraße, die in nächster Nähe des Charlottenburger Volkshauses vorbeiläuft.

Nach längerer Debatte, die sich in Einzelheiten verlor, nahm die Versammlung das Originat gegen die Verunstaltung der Ortschaft im wesentlichen nach den Beschlüssen des Ausschusses an.

Endlich, kurz vor Mitternacht, beschäftigte sich die Versammlung noch mit der

Frage der Lebensmittelsteuerung. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Den Magistrat zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen um eine sofortige Suspension der Lebensmittel- und Futtermittel, die Deckung der Grenzen zur Einfuhr von ausländischem Vieh und Fleisch und die Befestigung der Getreideeinfuhrschleuse zu petitionieren.

2. Den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation weitere Schritte zur Bekämpfung der Teuerung zu beraten, insbesondere, ob nicht durch Vermittelung der Stadt selbst ein billigerer Bezug von Lebensmitteln, vor allem von Kartoffeln, Milch, Brot und Fleisch, für die Bevölkerung ermöglicht werden kann.

Weiter hatten die Liberalen beantragt:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, bei den Reichs- und Staatsbehörden dahin vorstellig zu werden, daß schleunigst weitere Maßregeln zur Milderung der Teuerung ergriffen werden, da die von dem preussischen Staatsministerium beschlossenen Preiserhöhungen nicht ausreichend sind, eine Verbilligung notwendiger Nahrungsmittel in dem erforderlichen Maße herbeizuführen und der drohenden Zunahme der Teuerung vorzubeugen.

Genosse Fietzsch begründete den sozialdemokratischen Antrag. Die Versammlung habe sich bereits in früheren Jahren wiederholt mit der Frage der Lebensmittelbeschaffung beschäftigt, ohne indessen — abgesehen von der Errichtung des Seefischmarktes — positive Maßnahmen zu ergreifen. Ja, sogar die gemischte Deputation zur Beratung von Maßnahmen zur Befestigung der Fleischnot sei wieder aufgehoben worden. Heute habe man es nicht nur mit einer Teuerung des Fleisches, sondern mit einer Lebensmittelteuerung im allgemeinen zu tun, deren Folgen noch gar nicht abzusehen seien und die nicht nur die weitesten Schichten der Bevölkerung schwer schädigen, sondern auch der Stadt selbst hohe finanzielle Opfer auferlege. Der Armenrat werde belastet, das Kranpensenhaus und andere städtische Anstalten könnten mit ihren Etats nicht auskommen, der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit und gegen die Tuberkulose sei vergeblich, wenn die Massen des Volkes an Unterernährung leiden. Was solle man demgegenüber tun? Gewiß sei in erster Linie die Preisgebung verantwortlich, aber Abhilfe sei von dieser Seite bei der jetzigen Zusammensetzung der Parlamente nicht zu erwarten, die Petitionen der Städte wandern ersparungslos in den Papierkorb. Wenn er trotzdem die Abendung einer Petition beabsichtige, so, um die Regierung immer und immer wieder an ihre Pflicht zu erinnern. Das Hauptverbot lege er aber auf den

zweiten Teil des Antrags. Nachdem Charlottenburg bereits einen Fischmarkt errichtet habe, werde man mit dem Einwand, daß die Lebensmittelversorgung nicht Aufgabe der Städte sei, nicht mehr kommen können. Eine ganze Reihe von Gemeinden seien bereits viel weiter gegangen, und die Erfahrungen mit dem gemeinsamen Einkauf von Lebensmitteln und mit der Eigenproduktion seien durchaus günstige. Gewiß würden dadurch einzelne Leute geschädigt, aber die Rücksicht auf die Gesamtheit sei höher, als das Interesse des einzelnen. Für den Augenblick zeige der sozialdemokratische Antrag den Weg; was später zu tun sei, wolle er unerörtert lassen, nur darauf mache er aufmerksam, daß eine Aenderung der Wirtschaftspolitik nicht zu erwarten sei, solange nicht das Bürgerum den Kampf gegen die Agrarier ebenso energisch aufnehme wie die Sozialdemokratie.

Stadtv. Wöllmer schloß sich in der Begründung des liberalen Antrags in mancher Hinsicht dem sozialdemokratischen Redner an, erklärte sich aber gegen den zweiten Teil des sozialdemokratischen Antrags, da dessen Verwirklichung die Vernichtung vieler kleiner Existenzen bedeute.

Oberbürgermeister Schustehrus betonte den Ernst der Lage und gab die Erklärung ab, er selbst werde im Magistrat die Einsetzung einer gemischten Deputation befehlen. Dann könne man wenigstens für Charlottenburg den Notstand lindern.

Nachdem noch Stadtv. Stadthagen sich mit einigen „Weng“ und „Aber“ für die Abendung einer Petition und die Einsetzung einer gemischten Deputation ausgesprochen hatte, wurde der liberale Antrag in Verbindung mit dem zweiten Teil des sozialdemokratischen Antrags angenommen.

Schließlich überwies die Versammlung noch die Mitteilung betr. die Wahl der Vertreter zur Verbandssammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin einem Ausschuss. Der Ausschuss hat lediglich die Wahlordnung des Magistrats zu beraten, über die Vertretung selbst ist zwischen dem Magistrat und den Fraktionen eine Verständigung erzielt. Der Magistrat bekommt von den 10. Sihen 4, die Stadtverordneten 6. Auf die Sozialdemokraten entfällt ein Vertreter und ein Stellvertreter.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Fünfter Kreis. Das Lokal „Distrikts-Logenhaus“, Viniensstr. 121 (Jah. Reumann) steht der Partei und den Gewerkschaften zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

In Steglitz (L.-V.) ist das Lokal „Abrechthof“ und in Südende Dahl und Schultze nach wie vor gesperrt!

Die Lokalkommission.

Kempelhof. Sonnabendabend pünktlich 9 Uhr: 30tes Stiftungsfest des Wahlvereins. — Festspreche, Streichorchester, Männerchor, Liebesvorträge (Frau Else Eulert, Sopran), Rezitation (Hr. M. Schupmann), Klavier (Frau Verta Stahl-Wed).

Wannsee. Am Sonnabend, den 23. d. M., abends 8 Uhr, im Restaurant „Fürstehof“: Dessenliche Versammlung. Genossin Marie Juchacz-Moldorf spricht über: „Die Bedeutung der nächsten Reichstagswahlen“.

Schenkendorf (bei Königs-Wusterhausen). Am Sonnabend, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Otto Paetzl: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Zur Kontrolle der Kaimarken sind Partei- und Gewerkschaftsmittglieder mitzubringen.

Hohen-Neuendorf. Infolge der Schwierigkeiten, die die Behörden bei der Wiedereinstellung des Denkmal für unseren erschienenen Genossen Adolf Herrmann machen, wird die geplante Gedenkfeier nicht am Sonntag, den 24. September, sondern später stattfinden. Der genaue Termin wird an dieser Stelle rechtzeitig bekannt gegeben.

Bernau. Sonnabend, den 23. d. M.: Mitgliederversammlung im Lokale des Gen. Salymann. Tagesordnung: Vortrag, Wahl, Vereinsangelegenheiten.

Stanken. Sonnabend, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Gnädigs Gasthof: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung.

Berliner Nachrichten.

Beschaffung von frischen Seefischen für die Berliner Bevölkerung.

Die Markthallendeputation beriet in ihrer gestrigen Sitzung die Frage einer städtischerseits zu unternehmenden Beschaffung von frischen Seefischen zu billigen Verkauf in einer Anzahl Markthallen, um den Konsum von Seefischen im allgemeinen zu heben und auch, um ein gesundes und wohlschmeckendes Nahrungsmittel als teilweisen Ersatz für das im Preise gestiegene Fleisch zu bieten. Es wurde eine Kommission gebildet, die unter Hinzuziehung von städtischen Verkaufsbemittelern und hiesigen Fischhändlern die Angelegenheit beraten und vorschlagen soll, wie ein Verkauf unter Aufsicht der Markthallenverwaltung zu regeln und in welcher Weise frische Seefische vorteilhaft zu beschaffen sind. Vornehmlich sollen in den Markthallen der Außenbezirke solche öffentlichen Verkaufsstellen errichtet und Sorge getragen werden, daß nur frische Seefische zum Verkauf kommen.

Bekanntlich sind die Gemeinden Wilmersdorf und Charlottenburg auf diesem Gebiete vorangegangen.

„Violettas“ flucht vor dem Kriegsgericht.

Die seinerzeit großes Aufsehen erregende Flucht der Hochkaplerin und Hoteldiebin „Violetta“ alias Stella Wittenberg aus der königlichen Charité fand gestern vor dem Kriegsgericht der ersten Gardebrigade ein Nachspiel. Die Flucht hat für den Stadtarzt Dr. Koch von der Charité insofern unangenehme Folgen nach sich gezogen, als Dr. Koch für das „Versehen“, dem Violetta ihre Flucht zu verdanken hat, verantwortlich gemacht wird. Als „Violetta“ im April dieses Jahres in Berlin verhaftet wurde, mußte sie die königliche Charité verlassen, da sie der Geburt eines Kindes entgegenstand. Sie wurde ohne Begleitung nach dem Aufnahmebureau geschickt, um dort die nötigen Formalitäten zu erledigen. „Violetta“ benutzte aber die günstige Gelegenheit, die Flucht zu ergreifen.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Kriegsgericht sollte festgestellt werden, inwieweit Dr. Koch ein Verschulden an der Flucht der Hochkaplerin trifft. Wie bekannt, war seinerzeit auf dem Einlieferungsbureau, der seitens des Untersuchungsrichters für die Ueberweisung an die Charité ausgestellt worden war, ausdrücklich vermerkt worden, daß „Violetta“ für den Fall, daß sie keine Aufnahme in der Charité finden sollte, sofort wieder in das Untersuchungsgefängnis zurücktransportiert sei. Nach Verlesung der Anklage äußert sich der Angeklagte in folgender Weise: Am 21. Juni dieses Jahres sei eine schwangere Frau in der Charité aufgenommen worden. Er habe sie nach der Entbindung an der Untersuchung geschickt. Gleichzeitig sei ein Schriftstück bei ihm abgegeben worden, das etwa folgenden Wortlaut hatte: „Die hochschwangere Stella Wittenberg ist jetzt unbedingbar hinfällig; sie muß schleunigst entlassen werden.“ Dr. Koch.

Er sei daher der Ueberzeugung gewesen, daß die Wittenberg freigelassen werden müsse. Während sie in der Entbindungsklinik

untersucht wurde, entfernte sich der Angeklagte aus der Charité, und als er später wieder zurückkehrte, sah „Violetta“ mit dem Out auf dem Kopf im Empfangszimmer. Seines Erachtens lag sein Grund vor, sie festzuhalten. Auf die Vorhaltungen des Verhandlungsleiters, daß der Angeklagte die W. nicht für hochschwanger und infolge dessen auch nicht für hinfällig halten konnte, erklärt Dr. Koch, daß er die Einlieferung freilassen konnte unter den obwaltenden Umständen. Es sei sonst Unus in der Charité, daß eingelieferte Untersuchungsgefangene durch einen Wärter nach dem Aufnahmebureau gebracht werden. Im vorliegenden Falle hätte erst recht eine Begleitung vorhanden sein müssen, da er die Wittenberg bereits einmal zurückgeschickt habe. Er habe ihr erklärt, er wolle mit ihr nichts zu tun haben. Der Angeklagte habe sich über das Geschäftsvorgehen des zuständigen Beamten gewundert, der Stella Wittenberg wieder zurückschickte. Kriminalkommissar Weiß habe, wie Dr. Koch später hörte, darauf geachtet, die „Violetta“ nach der Charité zu überführen, denn dort existiere kein gesicherter Raum für Justizgefangene. Es sei bekannt, daß aus der Charité zahlreiche Gefangene entwichen, und man habe festgestellt, daß etwa die Hälfte der eingelieferten Justizgefangenen aus der Charité entwichen. Leider seien die Sicherheitszustände nach dieser Richtung hin in der Charité keine ausserordentlich.

Als erster Zeuge wird Rechnungsrat Buch gehört. Er erledigt alle Ausnahmangelegenheiten. Nach den Befragungen des Zeugen werden Untersuchungsgefangene in der gleichen Weise aufgenommen wie andere Patienten der Charité. Männliche Gefangene werden gewöhnlich durch einen Gefängniswärter, weibliche durch eine Wärterin vorgeführt, und wenn der „grüne Wagen“ vorgeht, dann kommt noch ein Transporteur mit. Der Verhandlungsleiter, Kriegsgerichtsrat Dr. Rastke ersuchte dann den Zeugen um Auskunft darüber, wo die Wärter und Wärterinnen während der Anwesenheit der eingelieferten Justizgefangenen verblieben. Rechnungsrat Buch erklärt, daß hierüber keine Bestimmungen in der Charité existieren. Die Wärter und Wärterinnen bleiben gewöhnlich so lange in der Charité, bis über die Gefangenen entschieden worden sei. Auch die Frage: Wer ist verantwortlich für die Untersuchungsgefangenen? ist nach den Befragungen des Zeugen schwer zu entscheiden. Rechnungsrat Buch erklärt, daß auch hierüber keine Bestimmungen in der Charité vorhanden seien. Nach seiner Ansicht müsse der jeweilige aufnehmende oder untersuchende Arzt verantwortlich gemacht werden. Eine bestimmte Aussage vermag der Zeuge aber nicht zu machen. Der Vertreter der Anklage, Gerichtsassessor Dr. Zieffe richtet dann an den Zeugen eine Frage betreffs der verspäteten Meldung der Flucht der „Violetta“ an die Untersuchungsbehörde. Vom 21. bis 24. Juni habe man es nicht für nötig befunden, der Behörde Mitteilung zu machen. Erst vier Tage später sei dies geschehen. Wäre die Meldung sofort erhalten worden, dann hätte die Polizei noch alle Hebel in Bewegung setzen können, um die Flüchtlinge an der Grenze festnehmen zu lassen.

Daran schließt sich die Vernehmung der Transporteurin Opelt. Sie ist Wärterin im Moabiter Untersuchungsgefängnis und hat seinerzeit die Wittenberg nach der Charité transportiert. Sie fuhr in einer Droschke mit der Inhaftierten fort. Auf die Frage, ob sie nicht Punkt gehabt habe, eine so schwere Verbrecherin allein zu begleiten, erwiderte die Zeugin, daß sie keine Bedenken getragen habe. Es war ihr nicht aufgetragen worden, so lange in der Charité zu bleiben, bis die Wittenberg aufgenommen sei.

Geheimrat Küller, der Verwaltungsdirektor der Charité, verbreitet sich dann eingehend über das Aufnahmeverfahren in der Charité. Die Charité sei ein Teil Universität, und es stehe im Besonderen der Verwaltung, aufzunehmen, wen sie wolle. In den fünfziger Jahren seien Bestimmungen erlassen worden, die heute aber veraltet seien und nicht mehr in Anwendung kämen. Nach Ansicht des Zeugen hätte der Angeklagte die Justizgefangene nach erfolgter Untersuchung einer Wärterin übergeben und zur Aufnahmeprüfung zurückschicken müssen. — Auf die Frage, warum er dies nicht getan habe, erwidert der Angeklagte, er habe die Wittenberg das erste Mal zurückgeschickt, und als man sie ihm wieder zuschickte, habe er geglaubt, man wolle ihn an der Kofa herumführen. Da habe er schließlich gesagt, seinetwegen könne sie hingehen, wo sie wolle. — Der Angeklagte hebt hervor, daß er weder eine schriftliche noch eine mündliche Verpflichtung eingegangen sei, nach der er für Justizgefangene verantwortlich gemacht werden könne. Geheimrat Küller bemerkt hierzu, daß kein Arzt definitiv über Aufnahme und Nichtaufnahme entscheiden könne.

Der Vertreter der Anklage bittet den Zeugen um Auskunft darüber, ob aus der Charité schon öfter Gefangene entwichen seien. Geheimrat Küller erklärt, daß ein Fall, wie der vorliegende, noch nicht vorgekommen sei. Allerdings seien wiederholt Justizgefangene aus den Krankensälen entwichen. Die Direktion der königlichen Charité übernehme außerdem für die Untersuchungsgefangenen keinerlei Garantie. Dann wird der erste Leiter der Charité, Generaloberarzt Professor Scheibe vernommen. Auch dieser Zeuge ist der Ansicht, daß der Angeklagte dafür sorgen mußte, daß die Wittenberg beim zweiten Zurückschicken nach der Aufnahme weiterbefördert wurde.

Der Vertreter der Anklage, Gerichtsassessor Dr. Zieffe, wies in seinem Plaidoyer darauf hin, daß in der Charité unklare Verfügungen beständen, und daß nicht allein den Angeklagten die Schuld treffe. Mit Rücksicht hierauf beantragte er 200 Mark Geldstrafe, weil für je 10 Mark einen Tag Gefängnis. — Der Verteidiger erklärte, ein Arzt sei nicht dazu da, um Gefangene zu beaufsichtigen. Er müsse die Freisprechung beantragen. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

Zum Gutverbot in den Theaterlogen

äußert sich das Polizeipräsidium wie folgt: „Die Theaterdirektoren beabsichtigen durch das polizeiliche Gutverbot für einen Teil der Theaterlogen, das am 1. Oktober in Kraft tritt, einen Kostenausfall. Nach dem Inhalt einer Anzahl zustimmender Zuschriften, welche dem Polizeipräsidium zugegangen sind, kann angenommen werden, daß mancher Theaterfreund, dessen Kunstgenuss bisher durch mangelnde Aussicht beeinträchtigt wurde, künftig häufiger als bisher das Theater besuchen wird. Solche Hebung des Theaterbesuches wäre erwünschte Folge und zugleich materielle Stütze des Verbotes.“

Aus der Parlamentsdeputation. In der Sitzung der Parlamentsdeputation vom 20. d. M. wurde beschlossen, den Fahrweg durch den Friedrichshain, der die große Allee hinter dem Denkmal kreuzt und eine große Gefahr für die dort zahlreich verkehrenden Spaziergänger und Kinder bildet, dem Wogenverkehr zu entziehen, zumal dieser Weg als Verkehrsstraße verhältnismäßig wenig in Betracht kommt. Die Deputation beschäftigte sich auch mit der Frage, wie der Forderndesplan höher ausgefüllt werden könnte. Ein Springbrunnen würde den Platz sicherlich verschönern, aber wegen der Unebenheit des Geländes muß von der Anlage eines solchen abgesehen werden. Dem Platz soll durch erweiterten Blumenstand ein reizvolleres Ansehen gegeben werden. Die Parlamentsdeputation hofft, daß sie durch das den Platz besuchende Publikum eifrig in dem Schutz der Anlagen, die leider zu oft von roher Hand zerstört werden, unterstützt wird. — Im vergangenen Jahre ist die Weberswiese zum ersten Male für die Zwecke einer Eisbahn hergerichtet worden. Die Verwaltung beschloß, auch in diesem Winter unter Verächthigung der gemachten Erfahrungen wieder eine Eisbahn dort anzulegen. Im Interesse eines geregelt Eisbahnbetriebes wird ein geringes Eintrittsgeld erhoben werden; doch sollen selbstverständlich zahlreiche Freikarten an Schüler verteilt werden.

Die städtischen Badeanstalten sind am Freitag und Sonnabendnachmittag sowie am Sonntagvormittag in der Regel überfüllt. Es empfiehlt sich daher, die Anstalten nach Möglichkeit in den ersten Tagen der Woche zu besuchen.

